



Die Zukunft der Sozialen Stadt in Baden-Württemberg

Tagungsdokumentation

**9. Netzwerk-Treffen
Landesarbeitsgemeinschaft Soziale
Stadtentwicklung**

**Kunsthof Bruchsal
Moltkestr. 17a
76646 Bruchsal**



Herausgeber:

Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit
Baden-Württemberg e.V.

Redaktion:

Eva Rühle, Karlsruhe
Dr. Clemens Back, Freiburg
Michael Fritz, Karlsruhe
Albrecht Keller, Stuttgart
Peter Hoffmann, Heidelberg
Gerald Lackenberger, Freiburg
Gabi Silberborth, Pforzheim
Elke Vienken, Karlsruhe
Dieter Gohl, Bruchsal

Bildnachweise:

Michael Fritz, Karlsruhe

Kontaktadresse:

Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit

Gerhard Lackenberger
Nachbarschaftswerk e.V.
Stadteilbüro Haslach
Quartiersmanagement
Melanchtonweg 9b
79115 Freiburg
Tel: 0761 7679005
E-Mail: gerald.lackenberger@nachbarschaftswerk.de

Gabi Silberborth
AWO Nordschwarzwald
Familienzentrum Ost
Zeppelinstraße 20
75175 Pforzheim
Tel: 07231 1545600
E-Mail: awo-fzost-silberborth@t-online.de

Inhaltsverzeichnis

Profil der LAG	4
Gerald Lackenberger Begrüßung.....	7
Rainer Steen Moderation.....	9
Cornelia Petzold-Schick Soziale Stadtentwicklung in Baden-Württemberg aus Sicht der Kommunen.....	10
Daniel Rousta Die Soziale Stadt in Baden-Württemberg, Perspektiven.....	16
Gerhard Segmiller Der ESF in Baden-Württemberg - Möglichkeiten und Grenzen.....	22
Nicole Graf „Die Soziale Stadt“ - Zukunft des Bund-Länder Programms.....	29
Diskussion Die Zukunft der Sozialen Stadtentwicklung in Baden-Württemberg.....	44
Gabriele Steffen Soziale und integrierte Stadtentwicklung - Erfahrungen, Wirkungen, Impulse.....	66
Tom Naumann / Dieter Gohl Gutes Beispiel aus der Praxis - Kunsthof Bruchsal.....	75
Bündnis für eine Soziale Stadt Vorstellung des Entwurfes.....	77
Pressespiegel	79
Teilnehmerliste	80
Beitrittserklärung zur LAG	85

Das Profil der LAG

Netzwerk: Die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg e.V. ist ein selbstorganisiertes und -finanziertes Netzwerk von rund 400 Professionellen aus

- Stadtteileinrichtungen, -projekten und -vereinen
- Wohlfahrtsverbänden
- Wissenschaft und Forschung
- Öffentlichen Verwaltungen
- Kommunal- und Landespolitik
- Wohnungsgesellschaften und Sanierungsträgern
- Kommunal-, Berufs- und Fachverbänden
- Sozial engagierten Unternehmen

Ziel: Förderung einer integrierten, nachhaltigen sozialen Stadt- und Stadtteilentwicklung, insbesondere in Stadtvierteln/-quartieren mit besonderem Handlungsbedarf („überforderte Nachbarschaften“) durch

- Vernetzung von Akteuren der Sozialen Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit
- Entwicklung und Umsetzung fachpolitischer Positionen zur sozialen Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit
- Förderung partizipativer Strukturen und Prozesse der Stadt(teil)entwicklung

Aktivitäten: Öffentliche Netzwerk-Treffen als Bildungsveranstaltungen:

- 1.) 24.06.2004, Pforzheim: Bausteine der Gemeinwesenarbeit für eine soziale Stadt
- 2.) 22.04.2005, Mannheim: Hochschulen und Stadtteilprojekte im Dialog
- 3.) 02.12.2005, Heidelberg: Finanzierung von Stadtteilprojekten – Praxiserprobte Lösungen
- 4.) 30.06.2006, Karlsruhe: Zusammenarbeit im Stadtteil organisieren – mit und ohne Geld!
- 5.) 22.06.2007, Esslingen: Strategien der Verstetigung sozialer Stadtteilentwicklung in Baden-Württemberg
- 6.) 26.09.2008, Freiburg: Zukunftsweisende Strategien zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum
- 7.) 23.10.2009, Stuttgart: Gesundheitsförderung im Sozialraum – Gesunde Lebenswelten schaffen
- 8.) 22.10.2010, Pforzheim: Soziale Stadtentwicklung in Zeiten der Finanzkrise – oder „Den letzten beißen die Hunde“
- 9.) 02.12.2011, Bruchsal: Die Zukunft der Sozialen Stadt in Baden-Württemberg – Bündnis für eine Soziale Stadt

Bisherige ReferentInnen u.a.:

- Antes, Wolfgang
Geschäftsführer Jugendstiftung Baden-Württemberg
- Ayrlé, Hartmut, Prof. Dr.-Ing.
Leiter Stadtplanungsamt, Stadt Bruchsal
- Bitzan, Maria, Prof. Dr.
Hochschule Esslingen
- Böhme, Christa
Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin
- Graf, Nicole
Regierungsdirektorin, Bundesministerium f. Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung, Berlin
- Greiffenhagen, Sylvia, Prof. Dr.
Evangelische Fachhochschule Nürnberg, IfSS Stuttgart /Nürnberg
- Klus, Sebastian
Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht - WIM“, Freiburg
- Knoth Andreas / Baier Christian,
SOCIOUS Organisationsberatung gGmbH Berlin
- Krogull-Raub, Richard
Nachbarschaftswerk e.V., Beschäftigteninitiative, BIWAQ „TuWAS in HaWei“,
Freiburg
- Lüttringhaus, Maria, Dr.
Fortbildung/Organisationsberatung/Projektbegleitung, Essen
- Meyberg, Eckart, Dr.
Ministerialrat im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
- Möhrke, Stefan
GBG - Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH, Mannheim
- Petermann, Gerhard
Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH
- Rausch, Günter, Prof. Dr.
Evangelische Hochschule Freiburg
- Rexhäuser, Sonja
Fachstelle Wohnungssicherung, Stadt Karlsruhe
- Rhode, Marcus
Team Gesundheit Essen – Gesellschaft für Gesundheitsmanagement mbH, Essen
- Rousta, Daniel
Ministerialdirektor im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, Stuttgart
- Schaumburg, Renate
Beauftragte für Senioren und Bürgerschaftliches Engagement, Stadt Esslingen
- Scheuermann, Michael
Geschäftsführer Gemeinschaftszentrum Jungbusch, Mannheim
- Schmettow, Petra / Beck, Sylvia
Stadt Esslingen / Mehrgenerationen- & Bürgerhaus Pliensauvorstadt
- Steen, Rainer
Gesundheitsamt Rhein-Neckar, Heidelberg
- Steffen, Gabriele
Weeber+Partner, Institut für Stadtplanung und Sozialforschung, Berlin/Stuttgart
- Segmiller, Gerhard
Lt. Ministerialrat, Ministerium f. Arbeit u. Sozialordnung, Familien, Frauen u.
Senioren, Stuttgart

und weitere Persönlichkeiten.

Bisherige Unterstützer der Netzwerktreffen:

- Fachhochschule SRH Heidelberg
- Hochschule Esslingen
- Evangelische Hochschule Freiburg
- Landesgesundheitsamt Stuttgart
- AWO Nordschwarzwald, Pforzheim
- Stadt Bruchsal
- Stadt Esslingen
- Stadt Karlsruhe
- Stadt Mannheim
- Rolf Seltenreich, ehem. MdL
- GBG – Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH
- Graeff Container- und Hallenbauten GmbH, Mannheim

Träger: Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg e.V.

Vorsitzende: Gerald Lackenberger, Nachbarschaftswerk e.V., Freiburg
Gabi Silberborth, AWO Nordschwarzwald, Pforzheim

Kassierer: Michael Fritz, Dezernat 6, Stadt Karlsruhe

Beisitzer: Dr. Clemens Back, K.I.O.S.K. e.V. Rieselfeld, Freiburg
Peter Hoffmann; Stadt Heidelberg
Albrecht Keller, Kommunalentwicklung, Stuttgart
Eva Rühle, Stadt Karlsruhe
Elke Vienken, Karlsruhe

Kontakt: LAG Soziale Stadtentwicklung BW e.V.
c/o Stadt Karlsruhe
Dezernat 6
z.Hd. Michael Fritz
Rathaus am Marktplatz
76124 Karlsruhe
Tel.: 0721 133-1063
Fax: 0721 133-1069
E-Mail: Michael.Fritz@dez6.karlsruhe.de

Internet: www.lag-sozialestadtentwicklung-bw.de

Kontoverbindung: Konto-Nr. 571 036 007
BLZ 600 907 00 (Südwestbank)

Begrüßung

Gerald Lackenberger

Vorsitzender der LAG, Freiburg

Guten Morgen, meine Damen und Herren, herzlich willkommen zu unserem 9. Netzwerktreffen der LAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in Baden-Württemberg. Schön, dass Sie es geschafft haben, zu so früher Stunde hier zu sein.

Ich fange zunächst mit der Begrüßung an und möchte zuerst nennen Frau Oberbürgermeisterin Petzold-Schick. Herzlich willkommen und herzlichen Dank, dass wir hier sein dürfen, hier im Kunsthof in Bruchsal. Dann begrüße ich Frau Nicole Graf vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aus Berlin. Begrüßen möchte ich auch Herrn Daniel Rousta, Ministerialdirektor im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg aus Stuttgart. Frau Mannhardt und Herrn Schäfer - ebenfalls vom Ministerium für Finanzen und Wirtschaft - begrüße ich auch sehr herzlich. Vom Sozialministerium ist Herr Segmiller noch nicht da, aber ich hoffe, er kommt gleich, und deshalb begrüße ich ihn schon einmal vorab. Weiter begrüße ich Frau Steffen von der Firma Weeber+Partner, Stuttgart, eine Expertin für die Soziale Stadt im nichtinvestiven Bereich. Wir haben sie nachher auch auf dem Podium. Und ich begrüße Herrn Rainer Steen, der Sie durch den heutigen Tag führt.

Das Thema des 9. Landesnetzwerktreffens ist die Zukunft der "Sozialen Stadt" und der "Sozialen Stadtentwicklung" in Baden-Württemberg. Das Programm "Soziale Stadt" ist Ihnen - davon gehe ich aus - relativ geläufig. In den letzten 10 - 12 Jahren war dieses Programm - das kann man sagen - eine Erfolgsgeschichte. Im gesamten Bundesgebiet hat es weit über 500 Projektstandorte gegeben, und die Zwischenevaluierungen und Untersuchungen haben gezeigt, dass es zu diesem Programm keine Alternative gibt.

Die Zielrichtung des Programms, nämlich die Integration von baulichen und sozialen Maßnahmen in Stadtteilen und Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf, ist richtungsweisend gewesen. Mit dieser Ausrichtung ist vieles Positive für die Städte und Regionen sowohl bundesweit wie auch in Baden-Württemberg erreicht worden. Unzählige Stadtteilprojekte, Netzwerkstrukturen, bürgerschaftliches Engagement - all dieses ist innerhalb dieses Programmrahmens entstanden.

Wir hatten für dieses Jahr im Programm "Soziale Stadt" von der Bundesseite eine Kürzung von 70 % zu verkraften, und damit war eigentlich dem Programm als solches die Grundlage entzogen.



Das bereits Erreichte ist dadurch natürlich massiv gefährdet. Die Stabilisierung und Entwicklung sowie die positive Gestaltung von sozial und wirtschaftlich benachteiligten Stadtteilen ist zumindest aus meiner Sicht auf absehbare Zeit eine Daueraufgabe. Das ist nichts, was man innerhalb von fünf Jahren mal soeben auf die Beine stellt.



Mit dem Programm "Soziale Stadt" erfolgten konkrete, am Menschen orientierte Investitionen in Bildung, Integration, Gesundheitsprävention, Beschäftigung - Sie können sich den ganzen Katalog der Handlungsfelder, die in den Programmleitlinien genannt sind, vorstellen. Zukünftig - und das war einer der großen Vorteile des Programms - müssen Maßnahmen, die in die gleiche Richtung gehen sollen, synchronisiert und gebündelt sein. Wir können im Prinzip nicht wieder auf den

Stand vor 1998 zurückfallen, dass dies lediglich in der Hoheit der Länder und der Kommunen liegt.

Mit dem Programm "Soziale Stadt" hat der Bund den "Goldenen Zügel" in der Hand, indem er zum einen klare Leitplanken gesetzt hat, was innerhalb des Programms stattfinden kann, aber auch gleichzeitig einen Spielraum eröffnet hat, was die lokalen Bedarfe und Bedürfnisse vor Ort angeht. Das hat das Programm letztendlich so erfolgreich gemacht.

Wir haben heute hier zum ersten Mal als Landesarbeitsgemeinschaft Vertreterinnen und Vertreter von Bund, Land und Kommunen hier, und es hat bereits beim Ankommen erste Gespräche gegeben. Ich denke, wir werden heute von den Vertreterinnen und Vertretern hören, wie die Zukunft der "Sozialen Stadtentwicklung" in Baden-Württemberg zumindest in Ansätzen skizziert werden kann.



Ich will jetzt weiter nichts sagen, denn ich will niemandem und nichts vorgreifen. Deshalb bitte ich jetzt Herrn Steen nach vorne, der alles Weitere übernimmt. Wir sehen uns nachher wieder.

(Beifall)

Moderation

Rainer Steen

Gesundheitsamt Rhein-Neckar-Kreis, Heidelberg

Auch von mir ein herzliches Willkommen. Ich komme sozusagen aus dem Bündnisbereich der "Sozialen Stadt", nämlich aus der Gesundheitsförderung - Öffentlicher Gesundheitsdienst beim Landratsamt Heidelberg -, leite dort das Referat Gesundheitsförderung, und wir haben schon eine gemeinsame Tagung mit der LAG Soziale Stadtentwicklung gehabt, wo es um das Thema ging, welche Rolle die Gesundheitsförderung in der "Sozialen Stadt" spielt.



Ich möchte gleich überleiten, um nicht in Zeitverzug zu kommen, denn ich bin auch der Zeitverfechter und muss die nachfolgenden Rednerinnen und Redner auf die 20-Minuten-Grenze hinweisen, die zur Verfügung stehen. Ich finde es sehr spannend, dass es möglich war, hier alle wichtigen Ebenen ins Gespräch zu bringen und in die Pflicht zu nehmen. Was mich als eher Außenstehenden interessiert,



ist, ob man auch Klarheit darüber bekommt, worüber man heute redet. Geht es nur um das Bauen

oder auch um das, was zwischen den Menschen passiert? Mir ist dazu eingefallen, dass es auch in den Weisheiten des Laotse solche Hinweise gibt, der beispielsweise sagt: Aus Ton forme ich eine Schüssel, und das eigentliche Werk ist das Leere in der Schüssel. Denn dafür ist sie da, dass man etwas hineinfüllt. - Und so scheint es mir hier auch zu sein, dass man mit dem Bauen etwas erreichen will, was in den Mauern zwischen den Menschen passiert. Das kann und darf nicht getrennt werden, das sollte das grundlegende Motto einer solchen Diskussion sein.

Soziale Stadtentwicklung in Baden-Württemberg aus Sicht der Kommunen

Cornelia Petzold-Schick
Oberbürgermeisterin der Stadt Bruchsal



Ich darf jetzt zunächst Frau Cornelia Petzold-Schick begrüßen. Ich hatte darum gebeten, dass man mir auch immer etwas über die Geschichte des jeweiligen Menschen sagt. Ich will das hier nicht weiter ausbreiten, aber wichtig zu wissen ist sicherlich, dass sie Juristin ist, Sie hat auch einmal Bankkauffrau gelernt - sie wird uns jetzt aber nicht die Bankenkrise erklären wollen -, hat kommunalpolitisch sehr vielfältige Erfahrungen, da sie auch schon in anderen Gemeinden in verschiedenen Funktionen tätig war: Bad Wildbad, Rheinstetten, Ettlingen und jetzt seit 2009 Oberbürgermeisterin der Stadt Bruchsal. Ich denke, es ist richtig, mit Ihnen anzufangen, denn die kommunale Ebene ist die, auf der alles ankommen muss - egal, woher die Gelder kommen, egal, wer das politisch entscheidet. Wenn sich auf der kommunalen Ebene nichts bewegt, haben wir irgendetwas falsch gemacht.

Herzlichen Dank, dass Sie da sind, und Ihre Perspektive auf die "Soziale Stadt" ist jetzt erwünscht.

Danke schön für die freundliche Einleitung. Ich denke, ich darf Sie zunächst einmal als Stadtoberhaupt hier in unseren ganz besonderen Räumlichkeiten begrüßen und darf auch ein paar wenige Menschen namentlich erwähnen.

Ich freue mich außerordentlich, dass unser neuer Ministerialdirigent Herr Rousta zu uns gekommen ist - und mit ihm Herr Schäfer, den wir schon seit vielen Jahren als bewährten Partner seitens der Kommunen kennen. Und dann habe ich eine - so hoffe ich - neue Mitstreiterin auf Bundesebene für die sozialen Belange kennen lernen dürfen. Frau Graf, es ist uns eine Ehre, dass Sie von Berlin nach Bruchsal gekommen sind. Das ist nicht selbstverständlich. Da sind wir zwar selbstbewusst, aber auch realistisch. Insofern ist es ein schönes Zeichen für die Veranstaltung. Und ich darf noch jemanden nennen, der uns im Alltag immer wieder mit Rat und Tat im Rahmen seiner Möglichkeiten zur Seite steht, das ist Herr Wolf vom Regierungspräsidium. Insofern haben Sie schon zu Recht gesagt, wir haben alle Ebenen da, und wer weiß, wie es ist, wenn Kommune, Land und Bund miteinander reden, da gibt es immer gute Diskussionen - jenseits der Parteigrenzen.



Freuen Sie sich also auf eine spannende Podiumsdiskussion. Ich darf mich an dieser Stelle ganz herzlich bei Herrn Lackenberger bedanken, der - so habe ich es verstanden - seit Jahren das Netzwerk zusammenhält, und ich glaube, dieses Netzwerk ist notwendig. Ich denke, es wird auch für die peppige Moderation - und ich danke, dass Sie alle da sind.

Ich darf ganz kurz noch einen Werbeblock für Bruchsal einlegen. Wir sind Barockstadt - das sieht man auch. Sie können das Schloss sehen, wir haben eine Peterskirche, es gibt viele barocke Elemente. Sie haben alle sehr gute stadtplanerische Augen, und da werden Sie auch erkennen, nicht nur aus der Vogelperspektive, sondern auch vom Durchlaufen, die Stadt hat ihre Wunden. Der 1. März 1945 hat Wunden in der Stadt mit einem Bombenangriff der Alliierten geschlagen, und diese städtebaulichen Wunden - mit Blick auf die Geldgeber - sind bis heute noch nicht vollständig ausgemerzt. Wir haben - wie gesagt - nicht nur entsprechende Probleme mit Nachkriegsbauten wie andere Städte auch, sondern tatsächlich noch Brachflächen in der Stadt, die aufgrund der Gesamtproblematik noch nicht angegangen wurden und auf die wir vielleicht noch zu sprechen kommen. Das heißt also, Bruchsal ist eine Stadt der Gegensätze. Es gibt sehr viel Kultur, auch wenn wir darum nicht sehr viel Lärm machen. Diesen Teil sehen Sie heute mit dem Kunsthof. Unsere Frau Redecker und Herr Naumann von der Musik- und Kunstschule sind heute auch hier. Wir haben ein vielfältiges Mittelzentrumskulturangebot, das sehr von engagierten Laien geprägt ist, gerade in der Theaterszene.

Wir haben aber auch eine sehr spannende Gewerbestruktur und Industriebetriebe. Wir haben mit SEW, Sulzer und John Deere drei globale Player, die uns meist mit Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen Freude machen, die natürlich aber auch - und jetzt komme ich zu der Seite, wo ich als Oberbürgermeisterin schlecht beraten wäre, nicht zu jammern - von der momentanen globalen Entwicklung gebeutelt sind. Insoweit schlägt dies direkt durch auf die entsprechende Haushaltssituation der Stadt, und da kommt es umso dicker an. Sie kennen sicher die Situation von Daimler; gerade die Städte, die an guten globalen Unternehmen dran sind, hängen dann natürlich auch entsprechend nieder, wenn es anders wird.

Bruchsal ist eine spannende Kommune. Es gibt viel zu tun, und in diesem Gesamtkontext bewegt sich das, was heute ansteht: Wie geht es mit den "Soziale Stadt"-Projekten weiter? Bruchsal hat ganz viele Aktionen gestartet - in baulicher Hinsicht, aufgrund der historischen Barockstruktur, die gebeutelt wurde. Man hat jahrzehntelang baulich peu à peu mit den entsprechenden Sanierungsprogrammen Verantwortung übernommen, und dann kam die Frage: Wie ist der Inhalt? Und in dieser Gesamtgemengelage kommen jetzt auch Ihre Projekte. Das heißt, das Bund-Länder-Sanierungsprogramm "Soziale Stadt" ist in Bruchsal seit langem angekommen. Wir haben nicht nur in Bruchsal, sondern auch in anderen Kommunen verstanden, was der Anreiz dieses Programms ist, und sind auch entsprechend darauf ausgerichtet.

Insofern darf ich Ihnen nun ein paar Beispiele aus Bruchsal nennen, damit Sie auch verstehen, was wir mit dem Geld machen und was wir auch in Zukunft damit zu tun gedenken. Ich erspare Ihnen Einzelheiten, aber ein paar Blitzlichter sollten Sie schon wissen. Eine Stadtentwicklungs Herausforderung ist, ehrlich zu sein. Ich glaube, mit unserer gemarkungsspezifischen Zuschreibung gerade in diesem Viertel, wo wir jetzt sind, sind wir ehrlich. Bruchsal hat zwar 44 000 Einwohner, aber die sozialen Problematiken sind unterschiedlich verteilt. Insofern haben wir in unseren Ortsteilen, was das Thema Migration und Ausländerintegration betrifft, weniger Schwerpunkte als in der Kernstadt.

Das haben wir hier berücksichtigt, und das gedenken wir auch in Zukunft zu berücksichtigen, d. h. ein klares Bekenntnis von mir, auch mit dem Ziel weiterer Maßnahmen, das Geld nicht gießkannenmäßig zu verteilen, sondern sich der Mühe zu unterziehen, was auch politisch schwierig ist, klar zu



bekennen, dass es bestimmte Schwerpunktbereiche sozialer Problemstellungen gibt, die wir mit finanzieller Unterstützung positiv angehen oder flankieren wollen. Insofern ist das erste Thema für alle Kommunen - ich rede jetzt allerdings nur für Bruchsal - Kindergärten und Schulen. Zum Thema Kindergarten wurde uns ganz besonders von Ihrem Programm vor Augen geführt, wo wir trotz guter kommunaler Unterstützung der kirchlichen und freien Kindergärten noch Lücken im System haben. Und darum geht es ja in Ihrem Programm, bei

Lücken im System anzusetzen.

Da sind wir dann ganz schnell bei der Sprachförderung, auch bei der Problematik, dass in der klassischen Erzieherausbildung darauf bisher kein Schwerpunkt gelegt wurde, so dass wir allerorts wissen, dass wir im Kindergartenbereich eine zusätzliche Professionalisierung und im Prinzip eine Bereitstellung von Infrastruktur im Manpowersinn benötigen. Wir haben einen Teil der Gelder in Bereiche gelegt, die zur Unterstützung der Sprachförderung clevere Ansätze im Kindergartenbereich haben.

Insbesondere haben wir Quartiersmütter, wir haben Brückenbauermodelle mitunterstützt. Letztendlich geht es um Modelle, die nicht direkt beim Sprachunterricht am Kind ansetzen, sondern die die Erziehungsberechtigten in eine selbstbewusste Lage führen, die Sprachförderung an das Kind weiterzugeben. Das sind sehr spannende Modelle, aber keine Modelle, die man quantitativ mit Schlagzeilen für die Bild-Zeitung belegen kann, sondern das ist wirklich die Mühe der Ebenen, und die machen wir hier. Sie wissen sicher alle, dass in diesem Bereich viel Nachholbedarf besteht, sodass ich dazu nicht viel mehr sagen muss.

Nun haben wir Kommunen im Kindergartenbereich noch den direkten Zugriff und können sagen: Liebe Träger, wir bezahlen ja schon 90 % und mehr, Ihr macht das jetzt.

Nun kommen wir aber zum Bereich der Schulen, und dabei schaue ich gerne die Vertreter des Landes an. Im Schulbereich wird es sogar noch schwieriger dadurch, dass es eine klare Trennung gibt zwischen den Aufgaben eines Schulträgers und denen des Landes mit dem konzeptionell Pädagogischen. Da können wir zwar flankierend bestimmte finanzielle Unterstützungsleistungen geben, aber das muss natürlich integriert und gewollt werden. Hier reden wir ja für Insider und nicht dafür, dass wir uns gegenseitig auf die Schultern klopfen, und somit braucht es in diesem Zusammenhang einen Schulterschluss mit den Kollegen aus den entsprechenden Bildungsbereichen, indem man sagt, man findet das Programm gut und bezuschusst es, oder lässt es die anderen machen, aber es darf keine Lücke entstehen.

In diesem Zusammenhang darf ich auf das Programm "Singen - bewegen - sprechen" zu sprechen kommen. Wir haben nämlich entsprechende Programme im Bereich der Musikschule im Kindergarten genommen, und jetzt sagt man uns seitens des Landes, dass diese mit dem Sprachförderungsprogramm verrechnet werden sollen. Das finden wir sehr schlecht, denn Sprachförderung ist das eine, musische und kulturelle Bildung das andere. Es wäre schade, wenn das gegeneinander ausgespielt werden würde. Ich verstehe, dass die Töpfe nicht unendlich groß sind, aber ich fände es ganz schwierig, wenn wir beginnen würden, Sprachförderung, Bewegung und Kultur gegeneinander auszuspielen. Dies auf kommunaler Ebene zu vermitteln, stelle ich mir sehr schwierig vor, und das führt dazu, dass ich mit den Sportvereinen und mit den Migrantenlobbys herumstreiten muss, wer das bessere Programm hat. Aber wir brauchen alles in diesen Problembereichen. Verzeihen Sie mir, dass ich als Schultes das sage.

Wir haben auch in den Fokus genommen, dass das "Leben im Quartier" so unterstützt werden soll, dass neue kreative Angebote möglich sind. Wir haben da ganz interessante Sachen. Wir haben Quartiersprojekte, es gibt einen eigenen Newspaper, es gibt alles Mögliche. Wenn es Sie näher interessiert, können wir Ihnen das noch heute Nachmittag zeigen. Auf jeden Fall geht es um ein Zusammenleben, dass durch solche kleine, aber permanente Unterstützungsmöglichkeiten Initiativen mobilisiert werden können, die wir allein mit städtischem Geld nicht hätten tragen oder pushen können.

Eine andere Möglichkeit, die ich sozialpolitisch für wichtig halte, ist die Unterstützung von Menschen, die normalerweise nicht bei den klassischen bürgerlichen Treffpunkten zusammenkommen, zu überlegen, was man denen als verbindende Arbeit geben kann, um einen gewissen Freiraum zu schaffen. Es gibt ein paar Projekte, die da ansetzen. Es ist etwas entstanden, sozusagen nicht von oben verordnet, sondern man hat gemerkt, die können zusammen, und dann hat man flankierend z. B. ein internationales Kochbuch gemacht. Das sind Einzelprojekte, über die man spötteln kann, wenn man aber sieht, was dahinter steckt, dann braucht man dazu drei Zugänge:

Zum einen ist es strukturell meine Aufgabe zu sagen: Wo sind die Quartiere? Das wird ja auch mit Ihrem Quartiersbezug entsprechend gefördert.

Das Zweite ist: Wo sind Menschen, die sich so verbinden können, dass es die Sache eine Weile trägt? Denn Zwei- oder Dreimonatsinitiativen nützen nichts. Und die dritte Frage lautet: Wo haben sie noch andere Verbündete? Und wenn das alles zusammenkommt, kommt es nicht so sehr darauf an, ob die eine oder andere Maßnahme langfristig der letzte Hype ist, sondern dann geht es um Spaß und Vertrauen, um bestimmte Projekte.

Deshalb kann ich nur sagen: Unsere SSP Projekte haben die Menschen gestärkt, und das Stärken bestimmter Schichten, die oft vergessen werden, ist ein wesentliches soziales Merkmal, und insofern ist "STÄRKEN vor Ort" ein guter Titel, den ich absolut als richtig empfinde, es geht wirklich um Stärken stärken im doppelten Sinne.

Insofern haben wir in der Stadt gesagt, wir möchten auch bei gekürzten Mitteln die Projekte und die Menschen, die in bestimmten Bereichen seit ein paar Jahren Verantwortung übernehmen, nicht vor den Kopf stoßen und ihnen mit kommunalem Geld eine Brücke bauen, damit sie weitermachen können, und wir dann natürlich diskutieren, wie wir bei knappen Haushaltskassen in Zukunft weitere Sozialprojekte unterstützen können.

Auf jeden Fall wünsche ich mir von Ihnen allen, dass das Verständnis, das wir politisch brauchen, nicht in Frage steht, weil es immer noch leichter ist, mit so einem Vorzeichen weiteres kommunales oder Landesgeld zu bekommen, als wenn wir das nicht hätten. Die Gefahr, dass man wegen der großen Investitionsprojekte diese etwas leiseren inhaltlichen Projekte übersieht, ist schon gegeben.

Es gibt nicht immer so tolle Veranstaltungen wie heute, die eine Lobby für diese Projekte darstellt. Wir Schultes' sind diejenigen, die es brauchen, dass in der Gesellschaft gut darüber gesprochen wird. Und man sollte nicht verkennen: Für diese Projekte gibt es wenige Menschen, die es in einer verfassten Art und Weise einfordern können. Deswegen brauchen diese Projekte einen Schutzraum, denn es schreit nicht gleich der Turnverein, dass es die Gelder nicht mehr gibt, weil es Menschen sind, die nicht so verfasst sind. Das ist meine große sozialpolitische Rede, d. h. geben Sie ihnen weiterhin eine Lobby.

Wenn wir die Projekte in Kindergärten und Schulen andocken, dann ist die Lobby zwar vermeintlich verfasst über diese Art von Organisationen, aber wenn es darum geht, ob es das eine oder andere gibt, wird es wieder schwierig. Insofern braucht es jenseits der Einrichtungen eine kommunale Struktur, die das steuert. Ich finde es auch gut, dass es hier Kreise gab, die aufgrund ihrer verschiedenen Professionalitäten und Sichtweisen abgewogen haben, welche Projekte für die nächste Zeit sinnvoll

sind. Insofern darf ich allen Entscheidungsträgern sagen: Unterstützen Sie uns weiter, denn es ist wirklich ein Programm, mit dem man dem Mitnehmen aller Menschen näherkommen kann.

Wir wissen, dass wir nicht immer alle erreichen, aber die Zielrichtung setzt da an, dass wir die Schwachen - ich bemühe das Wort ungern - einbeziehen können, und ich kann nur sagen, diese Zielrichtung kann uns niemand absprechen.

Insofern ist für uns Kommunen das beste Modell, wenn wir sagen, wir sind für alle da und wir versuchen, bei allen anzusetzen. Danke schön, dass Sie sich weiterhin dafür einsetzen, dass wir auch in Bruchsal die "blinden Flecken" sozialpolitisch und strategisch mit Ihrer Hilfe angehen können.

(Beifall)

Moderator Steen: Vielen Dank, Frau Petzold-Schick. Ich finde das sehr geschickt, dass Sie sich am Schluss schon einmal für etwas bedankt haben, das Sie erst erreichen wollen. Das ist eine ganz kluge Art, und da kenne ich ein paar schöne Beispiele aus dem Bereich der Schulentwicklung, wenn man etwas macht und dann den zuständigen Schulrat einlädt, der dann zum ersten Mal sieht, was mit dem Geld gemacht wurde, und es wird ganz herzlich dafür gedankt, und er kann nur noch sagen: Ja, das Geld gebe ich Ihnen.

Ich hoffe, das geht so weiter. Gibt es eine direkte Rück- oder Nachfrage an Frau Petzold-Schick? - Das ist im Moment nicht der Fall.

Die Soziale Stadtentwicklung in Baden-Württemberg, Perspektiven

Dann darf ich Herrn Rousta begrüßen. Daniel Rousta ist seit Mai - kurz nach der Wahl - Ministerialdirektor im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, gelernter Politologe und Jurist, jemand, der den frischen Wind, die nach einer Wahl die neue Regierung ins Amt gebracht hat, hier mit auf das Podium bringen kann. Herr Rousta, Sie haben unter anderem die Wahlkampagne der SPD im letzten Jahr ein Stück weit mitverantwortet, waren Geschäftsführer des Netzwerks Berlin im deutschen Bundestag.

Darunter kann ich mir nichts vorstellen. Vielleicht können Sie noch einen Satz dazu sagen. Hier geht es jetzt darum zu schauen, welche landespolitischen Antworten auf diesen Bedarf der Kommunen, wie er jetzt in Bruchsal angemeldet wird, gegeben werden können.

Die Frage nach Kontinuität oder nach neuen Ideen stellt sich jetzt an Sie. - Herzlich willkommen, Sie haben das Wort.

Die Soziale Stadtentwicklung in Baden-Württemberg, Perspektiven

Daniel Rousta

Ministerialdirektor, Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg (MFW), Stuttgart



Vielen Dank, Herr Steen, vielen Dank, Herr Lackenberger, Frau Oberbürgermeisterin. Wenn ich so in die Runde schaue, bin ich heute Morgen mit der Krawatte etwas overdressed, deshalb mache ich die Begrüßung etwas legerer und schließe mich einfach mit der namentlichen Begrüßung dem an, was Sie gemacht haben, Frau Oberbürgermeisterin, so charmant bekomme ich es eh nicht hin. Ich begrüße alle, die Sie auch begrüßt haben, und Sie alle, meine Damen und Herren,

Ich freue mich, dass ich hier heute an Ihrem Netzwerktreffen teilnehmen darf, und ich soll Ihnen auch die herzlichen Grüße des Ministers für Finanzen und Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg, Dr. Nils Schmid, überbringen. Er wünscht Ihnen und der Veranstaltung alles Gute. Zur Position des Landes beim Thema "Soziale Stadtentwicklung" kann ich Ihnen gleich zu Anfang klar sagen:

Soziale Stadtentwicklung hat in Deutschland seit 1999 einen Namen - und zwar „Soziale Stadt“. Die damalige Bundesregierung hat sich mit dem 1999 ins Leben gerufenen Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" den europaweiten Entwicklungen angeschlossen. Um den Mitteleinsatz in den so genannten benachteiligten Stadtteilen zu bündeln, wurde der Weg über die Städtebauförderung gewählt. Das Land Baden-Württemberg hat sich 1999 mit diesem Programm sofort auseinandergesetzt und seitdem positiv begleitet.

In den letzten zwölf Jahren konnten so insgesamt 82 Sanierungsgebiete in 47 Kommunen im Rahmen des Programms "Soziale Stadt" durchgeführt werden. Bruchsal ist eine davon, sie hat - glaube ich - auch in der Vergangenheit in ganz erheblichem Maße davon profitieren können.

Insgesamt wurden landesweit 118,2 Millionen Euro vom Land und 114,8 Millionen Euro vom Bund bereitgestellt. Bruchsal ist in der Größenordnung von 36 Millionen Euro berücksichtigt worden, wenn ich richtig informiert bin.

Gemeinsam mit dem Eigenanteil der Kommunen in Höhe von 40 % kommt man auf einen Mitteleinsatz der öffentlichen Hand in Höhe von landesweit rund 388 Millionen Euro. Ich bin der Meinung, dieses finanzielle Engagement für die "Soziale Stadtentwicklung" kann sich sehen lassen.

Meine Damen und Herren, Grundvoraussetzung für das gute Gelingen einer "Sozialen Stadtentwicklung" ist die Erstellung von integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzepten für den jeweiligen Stadtteil und für die Gesamtstadt.

Dadurch wird das notwendige Ineinandergreifen der Maßnahmen aus den Bereichen Wohnen und Umwelt, Soziales und Bildung, Wirtschaft und Arbeit gewährleistet. Das Land hat nach der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung und den Vorgaben des Baugesetzbuches die Aufgabe, die bundes- und landesweit zur Verfügung stehenden Fachförderprogramme für die genannten Bereiche in den Fördergebieten zu bündeln.

In Baden-Württemberg erhalten die Städte daher eine Förderzusage nach den Grundsätzen der Städtebauförderung. Zudem erhalten sie die Zusage der für die anderen Handlungsfelder zuständigen Ministerien auf bevorzugte Berücksichtigung im Rahmen der einschlägigen Fachförderprogramme.

Die Bündelung in den Fördergebieten gelingt auf der kommunalen Ebene meist ganz gut; auf der Seite von Bund und Land ist sie aber - da werden Sie aus der Praxis mir hoffentlich zustimmen - bestimmt noch ausbaufähig.

Wie ich bereits ausgeführt habe, wird das Programm "Soziale Stadt" nun seit 12 Jahren durchgeführt.

Von den Programmgebieten sind in Baden-Württemberg mittlerweile erst 10 Prozent abgeschlossen. Das ist nach unserer Ansicht ein Zeichen, dass in den aktuell noch laufenden Programmgebieten weiterhin Bedarf an Fördergeldern besteht. Daher hat uns die zunächst angedachte Halbierung der Städtebaufördermittel des Bundes für das Jahr 2011 mehr als überrascht. Durch den massiven Protest der Länder und Kommunen konnte die drastische Kürzung zum Glück vermieden werden. Die dann noch erfolgte Kürzung von 610 Millionen Euro auf insgesamt 455 Millionen Euro traf ganz besonders das Programm „Soziale Stadt“.

Der Mitteleinsatz für dieses wichtige Programm wurde bundesweit von rund 98 Millionen Euro im Jahr 2010 auf 28,5 Millionen Euro im Jahr 2011 reduziert. Dazu wurde der Einsatz der Finanzhilfen für nichtinvestive Modellvorhaben ausgeschlossen. Die Kürzung war für die Akteure in der "Sozialen Stadt" ein Zeichen, dass der Bund hier seine Aufgabe als erfüllt ansieht. Die Kommunen wurden verunsichert, wie es weiter gehen soll, denn Handlungsbedarf für die nichtinvestiven Projekte und Vorhaben besteht ja unstreitig weiter.



Die neue Landesregierung hat sich nicht nur in ihrem Koalitionsvertrag für den Erhalt der "Sozialen Stadt" ausgesprochen, sondern von Anfang an bei jeder Bauministerkonferenz und bei jedem Bund-Länder-Gespräch zu städtebaulichen Fragen für das Programm "Soziale Stadt" und für Modellvorhaben geworben.

Leider ist der Bund unserer Linie nicht gefolgt. Immerhin gibt es die "Soziale Stadt" noch, aber für die Modellvorhaben gibt es auf der Bundesebene keine aktuellen Chancen auf eine weitere Förderung.

Meine Damen und Herren, das Städtebauförderprogramm 2012 wird im kommenden Frühjahr verkündet. Förderschwerpunkte werden unter anderem sein:

Maßnahmen zur Anpassung vorhandener Strukturen an den demografischen Wandel (z. B. Maßnahmen zur Erreichung einer Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, und zwar sowohl für Rollatoren wie auch für Kinderwagen),

- Stabilisierung und Aufwertung von Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf,
- ganzheitliche ökologische Erneuerung mit den vordringlichen Handlungsfeldern Energieeffizienz im Altbaubestand, Verbesserung des Stadtklimas, Reduzierung von Lärm und Abgasen sowie Aktivierung der Naturkreisläufe in den festgelegten Gebieten.

Sie sehen, das sind alles Schwerpunkte, die sich unter den Oberbegriff „Soziale Stadtentwicklung“ subsumieren lassen.

Die finanzielle Ausstattung des Programms „Soziale Stadt“ im Jahr 2012 hat sich leider nicht wesentlich gebessert. Die einzige gute Nachricht ist, dass der Haushaltsausschuss des Bundestages eine weitere Kürzung der Städtebauförderungsmittel des Bundes für das Jahr 2012 zurückgenommen hat. Im Moment sieht es so aus, als ob man 2012 bei der "Sozialen Stadt" von den gleichen Beträgen wie 2011 ausgehen kann. Der Einsatz neuer, zusätzlicher Finanzhilfen für die Modellvorhaben bleibt leider weiterhin ausgeschlossen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ein besonderer Vorzug des Programms „Soziale Stadt“ war ja, dass mit den Modellvorhaben der integrierte Ansatz in der "Sozialen Stadtentwicklung" unterstützt werden konnte. Mit den bisher dafür vorgesehenen Mitteln konnten ganz gezielt nichtinvestive Maßnahmen gefördert werden, für die es kein anderes Förderprogramm gibt. Die Förderung von nichtinvestiven Maßnahmen sollte dazu beitragen, die investiven Bemühungen der Kommunen zur städtebaulichen Aufwertung der Gebiete der "Sozialen Stadt" durch begleitende Projekte zu

flankieren, die die Nachhaltigkeit der Strukturen und des sozialen Miteinanders im Gebiet sicherstellen und zu einer ganzheitlichen und dauerhaften Stabilisierung des Quartiers führen sollten.

Dabei ging man teilweise ganz neue Wege, Wege, die - wie sich jetzt in vielen Maßnahmen zeigt -, sinnvoll waren und andernorts sicherlich auch sinnvoll wären.

Die Städtebauförderung kann hier leider nicht mehr weiterhelfen. Eine Bewilligung von Landesmitteln für diese nichtinvestiven Maßnahmen ist aus haushaltsrechtlichen Gründen nur zulässig, wenn auch Bundesmittel für diesen Zweck eingesetzt werden dürfen.

Das hört sich kompliziert an, lässt sich aber leicht erklären. Die Finanzhilfen der Städtebauförderung werden im Kommunalen Finanzausgleich – dem so genannten KIF, Kommunalen Investitionsfonds – bereitgestellt. Das Finanzausgleichsgesetz – FAG – regelt, dass die Mittel des Kommunalen Finanzausgleichs nur für kommunale investive Kosten eingesetzt werden können. Solange es also die Modellvorhaben gab, war durch eine Sonderregelung im Haushaltsgesetz erlaubt, die KIF-Mittel zur Komplementierung der Bundesmittel verwenden zu können.

Ohne die Bundesförderung ist eine Förderung von Modellvorhaben nur mit Landesmitteln - so wünschenswert sie aus unserer Sicht wäre - leider nicht möglich.

Ich kann Ihnen aber versichern, dass sich die Landesregierung weiterhin für diesen besonderen Förderansatz der Modellprojekte auf der Bundesebene einsetzen wird. Aktuell wird es jedoch darauf ankommen, die vorhandenen Fachförderprogramme konsequent für die Gebiete der „Sozialen Stadt“ zu nutzen.

Einen weiteren wichtigen Aspekt möchte ich nicht unerwähnt lassen, meine Damen und Herren: Soziale Stadtentwicklung ist zwar auch eine Sache des Geldes – aber eben nicht nur!

Die intensive konzeptionelle Arbeit der Kommune, eine flexible Planung und deren zügige Umsetzung sowie Ihr personelles und finanzielles Engagement sind grundlegende Bausteine für eine erfolgreiche "Soziale Stadtentwicklung" der Städte und Kommunen in Baden-Württemberg.

Stadtentwicklung ist für die Kommunen, für die Akteure vor Ort, die Investoren sowie alle anderen Beteiligten eine Aufgabe, die Ausdauer, Dialogbereitschaft und Kompromissfähigkeit erfordert. Gerade in den Programmgebieten der „Sozialen Stadt“ erleben wir es immer wieder, dass der Gemeinschaftssinn in der Bevölkerung wächst. Sie haben das vorhin auch angesprochen, Frau Oberbürgermeisterin.

Werden die Bürger in die Planungen und Entwicklungen mit einbezogen, dann engagieren sie sich für ihren Stadtteil. Seien wir doch ehrlich: Wer kennt seinen Stadtteil besser als die dortigen Bewohnerinnen und Bewohner?

In den letzten Wochen wurden einige Abschlussfeste in Gebieten der "Sozialen Stadt" gefeiert. Man war dort immer guter Laune und freute sich über das Erreichte. Aber manch einer hat sich gefragt: Wie können wir das Erreichte halten und sichern?

Für die Verantwortlichen auf kommunaler Ebene bedeutet das, über die befristete Förderung im Rahmen der "Sozialen Stadt" hinaus Strukturen zu entwickeln, die die begonnenen Prozesse weitertragen und so Kontinuität schaffen. Wichtig ist, eine Analyse zu erstellen, welche Angebote und Funktionen erhalten bleiben sollen und wie der Erhalt gesichert werden kann. Vor allem sollten die etablierten fachübergreifenden Arbeitsstrukturen in der Verwaltung erhalten bleiben. Und ganz wichtig: Vor Ort braucht man auch weiterhin die „Kümmerer“. Hier ist ganz besonders die künftige Finanzierung zu klären:

Kann die Kommune weiter mitfinanzieren oder können andere Träger mit ins Boot genommen werden?

Die Erfahrung zeigt - und hier möchte ich auch an Sie alle appellieren -, dass die Überlegungen zur Verstetigung frühzeitig angegangen werden müssen. Es braucht oft Zeit, um Verständnis dafür zu schaffen und tragfähige Strukturen aufzubauen.

Verehrte Anwesende, ich möchte Ihnen allen - auch im Namen der Landesregierung von Baden-Württemberg - für Ihr Engagement in der "Sozialen Stadtentwicklung" und insbesondere in den Programmgebieten der „Sozialen Stadt“ Danke sagen.

Für Ihre laufenden und künftigen Projekte wünsche ich Ihnen viel Erfolg.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Moderator Steen: Vielen Dank, Herr Rousta!

Haben Sie Fragen an Herrn Rousta? - War alles klar? - Ich habe herausgehört: Worauf Ihr Euch stürzen müsst, ist, die vorhandenen Fachförderprogramme zu nutzen. Viel mehr können wir euch nicht bieten. Also sozusagen die Nischen suchen, in denen noch etwas zu holen ist. Ich nehme an, das werden einige hier auch schon tun. - Okay, keine direkten Rückfragen. Sie nehmen das alles erst einmal so auf.

Der ESF in Baden-Württemberg - Möglichkeiten und Grenzen

Dann darf ich jetzt auch Herrn Segmiller begrüßen. Ich habe gehört, dass Sie inzwischen eingetroffen sind. Das ist wunderbar, Sie sollen ja jetzt auch was sagen. Ich denke, es ist folgerichtig, dass es neben dem Wirtschaftsministerium auch das Sozialministerium sein muss, wenn es darum geht, wie man mit Programmen für eine "Soziale Stadt" arbeitet und Wirkungen erzielt.

Herr Segmiller, Sie sind Ministerialdirigent im Sozialministerium und seit zwei Jahren Leiter der Abteilung Arbeit und Soziale Grundsicherung. Und Sie werden uns etwas über die Bedeutung des Europäischen Sozialfonds für Modelle und Projekte der "Sozialen Stadt" sagen, und dafür sind Sie jetzt herzlich hier auf dem Podium willkommen.

Der ESF in Baden-Württemberg - Möglichkeiten und Grenzen

Gerhard Segmiller

Ministerialdirigent, Sozialministerium Baden-
Württemberg (SM), Abt. Arbeit und Soziale
Grundsicherung, Stuttgart



Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Petzold-Schick, sehr geehrter Herr Ministerialdirektor Rousta, sehr geehrter Herr Lackenberger, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf es auch mit der Begrüßung relativ kurz machen. Ich bringe Ihnen die Grüße unserer Sozialministerin Frau Katrin Altpeter mit und auch die besten Wünsche für die Veranstaltung, aber auch für Ihre weitere Tätigkeit.

Als der Wunsch an uns herangetragen wurde, über unseren Ministerialdirektor Herrn Lämmle, dem Kollegen von Herr Rousta, war die Frage in der Fachabteilung: Gehen wir zu der Veranstaltung hin? Was haben wir mit dem Programm "Soziale Stadt" unmittelbar zu tun? Denn beim Europäischen Sozialfonds unterscheidet man zwischen Bundes-ESF und dem Landes-ESF. Die "Soziale Stadt" ist in der Regel mit dem Bundes-ESF verknüpft, während wir als Landessozialministerium schon seit den 90er-Jahren natürlich auch ein Operationelles Programm machen, also das Land bekommt eben auch Mittel. Wir verknüpfen das nicht unmittelbar mit Gebietskulissen.

Wir haben uns also entschlossen hierherzukommen, weil wir tatsächlich an einer Stelle sind, wo ja auch die Töpfe neu strukturiert werden, d. h. wir sind am Beginn der Vorbereitungen für die nächste Förderperiode. Aber ich möchte Sie Schritt für Schritt in unser Operationelles Programm einführen, und zwar gegliedert in vier Fragen:

Was ist der Europäische Sozialfonds? - Es ist ein europäisches Finanzierungsinstrument, mit dem die EU die regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung unterstützt. Der ESF wird europaweit eingesetzt - in Deutschland sowohl durch den Bund als auch durch die Länder. Die Mittel, die das Land bekommt, werden bei uns eingesetzt für

- Wachstum und Beschäftigung,
- die Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen,
- die Schaffung von Arbeitsplätzen,
- Menschen bei der Ausbildung und
- beim Ausbau ihrer Fähigkeiten im Hinblick auf eine Verbesserung ihrer Berufsaussichten

und somit als arbeitsmarktpolitisches Instrument.

Das heißt, wir unterstützen die Arbeitsmarktpolitik des Bundes, konkret die Bundesagentur für Arbeit im Bereich der Grundsicherung im Land Baden-Württemberg.

Sowohl das Land wie auch die Kommunen und die Wirtschaft beteiligen sich hierbei. Es müssen also Komplementärmittel da sein. 50 % kommen von der Europäischen Union, und die anderen 50 % müssen aus dem Land kommen, aber nicht unmittelbar aus dem Landeshaushalt. Wir haben im Landeshaushalt relativ geringe Komplementärmittel eingestellt.

Für das Operationelle Programm in Baden-Württemberg fließen in der aktuellen Förderperiode - die läuft von 2007 bis 2013, eigentlich 2008 - 2014, da sie etwas später begonnen wurde - 266 Millionen Euro aus dem ESF, also rund 38 Millionen Euro pro Jahr. Im Operationellen Programm wird entschieden, welchen Gruppen das zugute kommen soll.

Wir haben das Operationelle Programm unter das Motto "Chancen fördern" gestellt, um klar zu sagen, wir wollen die Chancen von Menschen fördern. Wir setzen die ESF-Mittel konzentriert in drei Schwerpunktbereichen ein. Das größte Gewicht haben Maßnahmen, die den Zugang zur Beschäftigung und die soziale Eingliederung von benachteiligten Personen verbessern. Dafür werden mehr als 40 % des ESF-Mittel und eine Fördersumme von fast 110 Millionen Euro verwendet.

Wir sind ein wirtschaftlich starkes Land und haben eine starke Arbeitnehmerschaft. Das ist das Rückgrat neben den Unternehmen. Aber wir haben natürlich auch Menschen, die durchaus noch Bedarf haben, z. B. aufgrund mangelnder Qualifizierung Schwierigkeiten haben, Fuß zu fassen in unserem Arbeitsmarkt, und zwar aufgrund verschiedener Benachteiligungen, also Personen mit mehreren Vermittlungshemmnissen, wobei diese von gesundheitlichen Einschränkungen bis hin zum bloßen Alter reichen. Wenn man ab einem gewissen Alter auf dem Arbeitsmarkt freigesetzt wird, tut man sich schwer. Auch mit dem Migrationshintergrund gibt es Schwierigkeiten bis hin zum Thema Kinderbetreuung. Bei letzterem müssten dazu flankierend Maßnahmen der eigentlichen Sozialpolitik greifen, z. B. Ausbau der Kinderbetreuung. Die Alleinerziehenden sind dabei eine wichtige Zielgruppe.

Wir wollen die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit fördern - mit spezifischen Maßnahmen zum Abbau der unterschiedlichen Vermittlungshemmnisse.

An zweiter Stelle werden die Mittel, rd. 92 Millionen Euro, zur Verbesserung des Humankapitals verwendet. Das ist ein Ausdruck, den man heute nicht mehr benutzt, aber bei der Programmerstellung war das noch so, da geht es also im Grunde um die Beschäftigten, sie zu unterstützen und weiterzubilden. Das ist ein Teil, der auch sehr stark vom Ministerium für Finanzen und Wirtschaft verwaltet wird und in die dortigen Fachprogramme einfließt. Wenn man die große Zahl hört, fragt man sich, wohin das Geld verschwindet.

Das greift natürlich in verschiedenen Verzahnungen zusammen und unterstützt die verschiedenen Maßnahmen. Es geht zum einen darum, die Beschäftigten zu unterstützen, aber auch die nachwachsende Generation.

Dasselbe gilt auch für die dritte Sache mit knapp 55 Millionen Euro. Da geht es um die Steigerung der Anpassungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen. Beim zweiten Schwerpunkt setzen wir zusammen mit der Kultusverwaltung sehr stark im Bereich Übergang Schule - Beruf an, bereits in der Schulphase bei den so genannten Kompetenzanalysen.

Der Bund hat ein eigenes Operationelles Programm, das stärker verknüpft ist mit dem Programm "Soziale Stadt". Mein Fachreferat sagt mir immer, wir müssen darauf achten, dass wir keine Doppelförderung einzelner Projekte durchführen, denn darüber wacht auch die Europäische Kommission stringent. Der Bund hat im Bereich der Arbeitsmarktpolitik schon seit 2 Jahren die Mittel gekürzt. Auf dem Höhepunkt der Krise 2009/10 waren das im Bereich des so genannten Eingliederungstitels bei den SGB-II-Kunden über 300 Millionen Euro, mittlerweile sind es noch knapp 230 Millionen Euro. Auch für das nächste Jahr stehen noch Kürzungen an. Das können wir natürlich nicht ersetzen, weder aus dem Landeshaushalt noch aus dem Operationellen Programm. Aber wir versuchen, über die Projekte doch noch mitzuwirken.

Wie kann man das Thema "Soziale Stadt" über das Operationelle Programm verknüpfen? - Wir unterscheiden programmtechnisch zwei Teile. Zum einen sind da die zentralen Projekte, d. h. da machen wir eine Ausschreibung bzw. einen Förderaufruf für bestimmte Zielgruppen, z. B. für die Zielgruppen Alleinerziehende oder Migranten.

Dann bewerben sich die verschiedenen Projekte aus dem gesamten Land bei uns. Die Projektträger und wir wählen dann aus und entscheiden. Das ist der kleinere Teil, über den wir zentral von Stuttgart aus entscheiden. Beim größeren Teil nehmen wir eine Regionalisierung der Mittel vor, d. h. wir geben den Stadt- und Landkreisen, den 42 Arbeitskreisen in Baden-Württemberg, nach einem bestimmten Schlüssel Geld, um das Operationelle Programm vor Ort umzusetzen.

Der Schlüssel dazu setzt sich zusammen aus den verschiedenen Strukturdaten und wird mit den Betroffenen vor Ort vereinbart. Dabei verteilen wir insgesamt über 100 Millionen Euro pro Periode an die 42 Arbeitskreise, die mit den Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg nahezu identisch sind. Je nach Größe sind das dann zwischen 200.000 Euro und 1,12 Millionen Euro - je nach Größe. Welches Projekt dabei gefördert wird, entscheidet der jeweilige Arbeitskreis. Die Arbeitskreise erstellen dazu Strategiepläne, die sie uns zukommen lassen. Allerdings reden wir ihnen da nicht hinein.

Als Bewilligungsbehörde fungiert die L-Bank. Die eigentliche inhaltliche Entscheidung wird aber vor Ort geleistet. Das ist aus unserer Sicht auch die Stelle, wo Sie am besten Verknüpfungen für die Netzwerke suchen können. Die nennen sich ESF-Arbeitskreis aus dem Operationellen Programm Baden-Württemberg. Das können Sie bei Ihrem jeweiligen Stadt- oder Landkreis in Erfahrung bringen, oder Sie gehen auf die Internetseite des Sozialministeriums Baden-Württemberg, da werden Sie zum ESF geleitet, und da sind alle Informationen sehr ausführlich hinterlegt. Dort sind mittlerweile auch die Projekte veröffentlicht.

Es gibt auch in Bruchsal Projektbeispiele. Mit Blick auf die Uhr erzähle ich da nicht zu viel. Bruchsal gehört zum regionalen ESF-Arbeitskreis Karlsruhe, dem jährlich 470.000 Euro zur Verfügung stehen. Dazu gibt es ein konkretes Beispiel, das Projekt "Beruf - Integration statt Stütze". Der Arbeitskreis entscheidet also über den Einsatz der Mittel. Der Ansatz, den wir immer mehr fahren, ist der, dass wir sagen, wir müssen wegkommen von den kurzfristigen Maßnahmen hin zu den längerfristig wirkenden Maßnahmen, gerade bei dem Klientel, um das es uns geht, nämlich die benachteiligten Menschen mit vielen Vermittlungshemmnissen.

Eine kleine Erfolgsbilanz sei noch erlaubt: 2010 haben wir in den Regionen insgesamt 243 Projekte mit knapp 30 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus ESF-Mitteln gefördert. Fast die Hälfte der Teilnehmenden waren Frauen. Über 80 Prozent waren unter 25 Jahre alt. - Daran sieht man, wir haben in Baden-Württemberg eine Arbeitsmarktpolitik mit einem sehr starken Gewicht auf junge Leute, ganz bewusst in enger Abstimmung mit der Arbeitsmarktverwaltung, was sich auch in den sehr guten Arbeitsmarktzahlen zeigt, die wir haben, wobei man immer daran denken muss, dass wir durch diese Schwerpunktsetzung ein gutes Übergangssystem haben. Die Leute gehen also nicht in die Arbeitslosigkeit über, sondern in Maßnahmen, und das hilft natürlich auch beim Senken des Schnitts der Jugendarbeitslosigkeit. - Über 40 % hatten Migrationshintergrund, und mehr als 7 000 waren vor Beginn der Maßnahme Langzeitarbeitslose.

Jetzt noch ein kurzer Ausblick: Sie lesen in den Medien, die Landesregierung habe sich zum Ziel gesetzt "Gute und sichere Arbeit". Das hat verschiedene Aspekte. Es gibt den ordnungsrechtlichen Rahmen. Da geht es um das Thema "Muss man nicht das Arbeitsrecht reorganisieren?" und die Stichworte Mindestlohn, Zeitarbeit, atypische Beschäftigungsverhältnisse usw. Und es hat einen Landesteil, nämlich den Ansatz zu sagen, man will auch die Anstrengungen des Landes verstärken in diesem Bereich. Für den Haushalt 2012 ist es immerhin schon gelungen, 5 Millionen Euro zusätzliche Landesmittel zur Verfügung zu stellen, und zwar für die benachteiligten Personengruppen. Und wir wollen das ergänzen aus Mitteln des ESF, die an anderer Stelle nicht so verwendet werden mussten, und zwar um weitere 5 Millionen, sodass ab 2012 ein neuer, zusätzlicher Impuls kommen soll für diese Zielgruppen, die ich bereits genannt habe, nämlich die Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen.

Dabei wollen wir einen Schwerpunkt auf bewährte Maßnahmen setzen, die sich über die bisherige ESF-Förderung ergeben haben, nämlich die so genannte assistierte Ausbildung, d. h. Jugendliche mit Handicaps verschiedener Art in der Ausbildung zu begleiten - und genauso ihre Arbeitgeber.

Zweitens wollen wir die Teilzeitausbildung fördern. Das ist gerade für junge alleinerziehende Frauen eine wichtige Sache.

Weiter wollen wir Langzeitarbeitslose, wenn man sie in einen Arbeitsplatz des ersten Arbeitsmarktes vermitteln kann, länger begleiten, also sozialpädagogisch betreuen - und auch hier den Arbeitgeber. Da gibt es Ansätze im SGB II, was auch die Jobcenter machen können, und wir wollen das etwas verstärken. Ebenso wollen wir die Arbeitsloseninitiativen unterstützen in ihrer Tätigkeit, aber auch neuere Elemente in der Beschäftigungsförderung, so auch Kümmerer, die bei gemeinnützigen Unternehmen angesiedelt sein können.

Nicht zuletzt wollen wir den sozialen Arbeitsmarkt mit neuen Modellansätzen verstärken, um Langzeitarbeitslose mit multiplen Vermittlungshemmnissen wieder eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu ermöglichen. Wir wollen dem Bund zeigen, dass man den lange diskutierten "Passiv-Aktiv-Tausch" vielleicht doch erfolgreich durchführen kann. Dahinter verbirgt sich nichts anderes als zu sagen: Wenn ich jemanden mit vielen Vermittlungshemmnissen, der - ich sage es mit meinen Worten - noch oberhalb des Menschen mit Schwerbehinderungen liegt, aber trotz aller Maßnahmen über längere Zeit Minderleistungen aufweist, auf dem normalen Arbeitsmarkt unterbringe, dann brauche ich ihn nicht länger zu unterstützen.

Da gab es schon im SGB II einen Ansatz bei § 16 e, und deshalb besteht jetzt die Überlegung, ob man das nicht intensivieren kann. Das haben wir mit dem Bund diskutiert, doch dort ist man noch nicht so weit. Und deshalb haben wir uns dazu entschlossen, es einmal modellhaft zu machen und den Unternehmen bzw. Arbeitgebern anzubieten, solche Leute mit längerfristigen Zuschüsse zu unterstützen. Dabei müssen die Stadt- und Landkreise mitmachen, denn die sparen dann Kosten für Unterkunft und Heizung solcher Leute, wenn die dann entsprechendes Geld verdienen.

Das sollen sie in den Zuschuss einbringen. Wir würden anstelle des Bundes modellhaft für zwei bis drei Jahre die Regelleistungen SGB II einbringen, und damit könnte man einem Arbeitgeber einen längerfristigen Zuschuss geben, um zu testen, wie das wirkt.

Das klingt jetzt toll, aber die Mittel, die wir dafür einsetzen können, sind nicht sehr üppig. Wir schätzen, dass wir landesweit Modelle mit 300 bis 400/500 Plätzen machen können. Das ist nicht viel, Ziel ist es aber, die Bundesdiskussion darüber zu verstärken.

Ganz am Ende wird sicher noch das Thema "Reform der Strukturfonds" kommen, das betrifft im Moment fast alle Ministerien. Das ist ein spannendes Thema - EU-weit, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland mit ihrer föderalen Struktur zwischen den einzelnen Ländern. Da geht es wie immer um die Geldverteilung - und innerhalb des Landes dann wieder um die Ausstattung der einzelnen Fonds und die Verbesserung der Zusammenarbeit. Das wird uns nächstes Jahr sehr stark in der Konzeptdiskussion beschäftigen, und dann ab 2013/14 in der Umsetzung.

So viel von mir an der Stelle. Ich habe jetzt gnadenlos überzogen, und ich bitte Sie, mir das nachzusehen.

(Beifall)

Moderator Steen: Vielen Dank, Herr Segmiller. Ich habe nicht alles verstanden, muss ich zugeben, aber ich bin auch nur Erziehungswissenschaftler.

Aber ich habe verstanden, dass es diese Mittelvergabe für die regionalen Arbeitskreise weiterhin gibt - auch in gleichem Umfang -, und diese zweimal fünf Millionen, von denen Sie sprachen, beziehen sich auf diesen Bereich? - Nein. Aber die Möglichkeit, über die regionalisierten Mittel die Verbindung zur "Sozialen Stadt" herzustellen, geht nach wie vor und wird auch erhalten bleiben.

Gibt es Rückfragen an Herrn Segmiller? - Ja, bitte.

Fragender aus dem Plenum: Sehen Sie eine Möglichkeit für eine Stadt, die am Programm "Soziale Stadt" teilnimmt, an den zentralen ESF-Projekten, die Sie ausschreiben, in irgendeiner Form zu partizipieren? Sie sagten beispielhaft, dass sich Alleinerziehende bei Ihnen melden, um in die Förderung aufgenommen zu werden. Jetzt könnte doch ein Quartiersmanager mehrere Alleinerziehende mobilisieren, die in seinem Quartier sind, und sagen, für diese Gruppe will ich etwas tun. Kann der sich bei Ihnen melden?

Ministerialdirigent Segmiller: Entschuldigen Sie die Ungenauigkeit. Nicht die einzelnen Alleinerziehenden, sondern die Projektträger können sich melden. Wir machen Förderaufrufe, weisen darauf hin, was wir machen wollen, z. B. Teilzeitausbildung für junge Frauen mit entsprechenden Kriterien und Zielen, und nennen den Förderumfang. Dann reichen die Projektträger ihre Anträge ein. Das können selbstverständlich auch Projektträger aus der "Sozialen Stadt" sein. Man muss nur schauen, dass nicht das gleiche Projekt über die Bundes-ESF gefördert wird. Da besteht eine gewisse Abgrenzungproblematik.

Die Kommunikation der regionalen Mittel läuft über die Arbeitskreise - dort, wo wir direkt ausschreiben, in der Einreichung über die L-Bank. Schauen Sie immer mal wieder auf die Internetseite des Sozialministeriums, denn dort stehen die Förderaufrufe.

Moderator Steen: Vielen Dank, die Diskussion wird nachher fortgesetzt.

"Die soziale Stadt" - Zukunft des Bund-Länder-Programms

Ich begrüße jetzt Nicole Graf. Frau Graf kommt aus dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Sie hat in Bonn Politik, Recht und neuere Geschichte studiert, habe ich gelesen, und ist seit 2003 im Ministerium tätig, wo sie seit zwei Jahren das Referat Soziale Stadt, Integration und ESF-Programme leitet.

Sie können jetzt nahtlos anschließen, denn Sie haben das Wort.

„Die Soziale Stadt“ - Zukunft des Bundesländer Programms

Nicole Graf

Regierungsdirektorin, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Berlin



Vielen Dank. Ich wollte mich jetzt auch bei Frau Oberbürgermeisterin Petzold-Schick für die sehr herzliche Begrüßung bedanken, aber sie ist jetzt nicht da, sodass ich es nachher hinterher schieben werde.

Ich bin sehr froh, dass ich heute hier in Bruchsal sein kann und möchte mich auch der Begrüßung anschließen - Herr Rousta, die Kollegen aus dem Ministerium, Herr Lackenberger, Herr Steen, vielen Dank für die Einladung . und Sie alle hier sehr herzlich begrüßen.

Mir war es ein Anliegen, ein paar Punkte zu visualisieren, weshalb ich eine Power-Point-Präsentation mitgebracht habe. Ich möchte, wenn ich auf die Zukunft der "Sozialen Stadt" eingehe, mit einem kleinen Rückblick starten. Die Herausforderungen, die wir schon seit Jahren haben, auch auf Bundesebene im Blick haben, sind in den Städten und Gemeinden nach wie vor groß, vor allem im Blick auf den demografischen und wirtschaftlichen Wandel. Wir haben schon vor einigen Jahren festgestellt, dass wir soziale Ungleichheiten in den Gebieten haben, das verstärkt sich eigentlich noch mehr, und so zeigt auch die Antragslage in der "Sozialen Stadt", dass sich durch die Armutsungleichheiten die Polarisierungen verstärken.

Der Blick auf die Bundesebene: Wir werden es auch in Zukunft mit einem Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung zu tun haben. Wir wollen auch im Blick auf den demografischen Wandel einen Schwerpunkt in der "Sozialen Stadt" legen. Die Städtebauförderung hilft den Städten, sich den Herausforderungen zu stellen. Wir haben in diesem Jahr das 40-jährige Jubiläum der Städtebauförderung gefeiert, die Städtebauförderung gibt es seit 1971. Es wurde schon angesprochen: Im Jahr 2009 gab es noch 610 Millionen Euro für die Städtebauförderung. Auch der Bundeshaushalt war von den Einsparnotwendigkeiten nicht gezeit, und die Städtebauförderung musste einen erheblichen Beitrag leisten. Wir haben jetzt in diesem Jahr wieder 455 Millionen Euro Bundesfinanzhilfen und können diese auch im kommenden Jahr fortsetzen - dank des Haushaltsausschusses, der die Summe von 410 Millionen auf 455 Millionen erhöht hat.

Alle Programme der Städtebauförderung werden fortgesetzt, auch das Programm "Soziale Stadt".

Sie wissen, dass es sehr viele politische Diskussionen dazu gab im vergangenen Jahr. Ich bin sehr froh, dass wir das Programm im kommenden Jahr fortsetzen und mit 40 Millionen Euro wieder ausstatten können.

Das Programm wurde 1999 gestartet, um der sozialen Polarisierung in den Städten zu begegnen, und stellt die wirtschaftlich und sozial benachteiligten Gebiete in den Vordergrund, und zwar dort, wo sich mehrere Problemlagen verstärken. Es hat insofern auch eine Neuorientierung in der Stadtentwicklungspolitik geleistet. Das integrierte Handeln ist dabei zu einem Schwerpunkt geworden, was sich in den vergangenen 10 Jahren doch in sehr vielen Kommunen durchgesetzt hat. Ich gebe Ihnen Recht, auf Landes- und auf Bundesebene können wir dabei noch besser werden, das ist auch das Ziel.

Weil es für die Weiterentwicklung bzw. für die künftige Ausrichtung des Programms wichtig ist, möchte ich Ihnen sagen, worum es eigentlich geht, was die Ziele sind: neben der Verbesserung des baulichen Zustands, also der Verbesserung der Infrastruktur, des öffentlichen Raums, auch die sozialen Lebensbedingungen verbessern. Die Integration der benachteiligten Bevölkerungsgruppen und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, die Handlungsmaxime, die eben mit dem "Goldenen Zügel" beschrieben worden ist, somit der integrierte ganzheitliche Ansatz, soll bestehen bleiben.

Das integrierte Entwicklungskonzept ist Voraussetzung für die Förderung der Gebiete. Es ist nach wie vor ein wesentlicher Bestandteil, den wir in den kommenden Jahren stärken wollen. Dazu werde ich gleich noch Weiteres sagen. Was auch noch wichtig ist zu sagen, ist die Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerschaft. Das war und ist weiterhin ein Kernelement der "Sozialen Stadt", das als investitionsvorbereitende Maßnahme förderfähig ist. Wir wollen weiter stärken, dass die Bewohner auch beteiligt werden. Es gibt sehr viele gute Beispiele, dass erst dann der Raum angenommen wird, wenn die Bewohner beteiligt werden. Baden-Württemberg hat da so seine Erfahrungen.

Es gibt aber auch sehr viele kleinere Maßnahmen. Ich habe neulich mit einem Bürgermeister gesprochen, der aus der Verwaltung heraus einen Kinderspielplatz gebaut und die tollsten Geräte aufgestellt hat. Leider hat kein Kind darauf gespielt, und man hat festgestellt, dass Kinder mit Migrationshintergrund gar nicht die tollsten, neuesten Geräte haben wollen. Daraufhin wurde der Spielplatz neu geplant, und deshalb ist es für uns nach wie vor ein wichtiges Anliegen, das zu unterstützen.

Das Quartiersmanagement als Bindeglied aus dem Quartier heraus zur Verwaltung ist ein Element der "Sozialen Stadt" seit 1999 gewesen und bleibt auch eins. Das ist von besonderer Bedeutung, wenn ich nachher noch einmal auf die Bündelung zu sprechen komme, und weiterhin förderfähig.

Wir haben in der "Sozialen Stadt" mehr Gebiete, als es eben einmal gesagt wurde. Aktuell sind es 600 in 350 Kommunen. In der politischen Diskussion kommt oft das Argument, es sei ein Großstadtprogramm. Sie werden wissen, dass dem nicht so ist, und das zeigt auch die Karte, die ich mitgebracht habe. Es ist gerade in kleineren und mittelgroßen Städten zunehmend ein Problem, und ich hoffe, dass wir mit einer kontinuierlichen Aufklärungsarbeit diesem Vorbehalt entgegenkommen können.

Wir haben von 1999 bis 2011 rd. 970 Millionen Euro Bundesfinanzhilfen gegeben. Hinzu kommen noch die Länder- und kommunalen Anteile, was dann insgesamt rd.

3 Mrd. Euro ergibt. Das ist auch schon angesprochen worden. Es ist richtig und ist auch schon angesprochen worden, dass es nach Diskussionen im Parlament eine Kürzung um rd. 70 % gab. Im Jahr 2010 hatten wir 95 Millionen Euro Finanzhilfe für die "Soziale Stadt", in diesem Jahr nur 28,5 Millionen Euro. Deshalb bin ich froh, dass es zumindest gelungen ist, wieder einen Schritt nach oben auf 40 Millionen Euro zu gehen. Der Haushaltsausschuss ist dem Vorschlag der Regierung nicht ganz gefolgt, die Umverteilungsmöglichkeit wieder zuzulassen. Das hat der Haushaltsausschuss unterbunden. Es sind die Modellvorhaben, die erst 2006 eingeführt wurden, wieder gestrichen worden; aktuell können nur die laufenden Maßnahmen unterstützt und ausfinanziert werden.

Die Modellvorhaben - ihre Bedeutung wurde schon angesprochen - waren notwendig und wurden dazu genutzt, vorhandene Infrastrukturen zu unterstützen, also zu bespielen. Sprachkurse konnten gefördert werden - und weitere sozialintegrative Maßnahmen. Rein investive Maßnahmen sind nicht mehr möglich, aber investitionsvorbereitende Beteiligungsmaßnahmen.

Wir wollen im kommenden Jahr beim Programm "Soziale Stadt" neue Akzente setzen, vielfach ist das schon bekannt. Das Programm heißt - mit einem Appendix versehen - "Soziale Stadt - Investitionen im Quartier". Uns geht es vor allem vor den anstehenden Herausforderungen um mehr Generationengerechtigkeit und familienfreundliche Infrastrukturen gerade auch in benachteiligten Stadtteilen zu stärken. Das ist vielfach schon erfolgt, aber wir wollen noch einmal einen Schwerpunkt setzen.

Was in den Diskussionen immer wieder zum Tragen kommt, ist nicht nur die Erhöhung der Nutzungsvielfalt in den Stadtteilen, sondern auch den Austausch der Generationen zu fördern. Auch das bürgerschaftliche Engagement soll weiter gestärkt und weitere Partner aus Wirtschaft und Gesellschaft sollen eingebunden werden. Darüber hat es viele Diskussionen auch mit den Ländern gegeben, das will ich nicht verschweigen, aber Bund, Land und Kommunen müssen erst einmal in Vorleistung gehen und zeigen, dass man den Stadtteil auch angehen wolle.

Ich glaube aber schon, dass eine ganze Menge Potenzial darin liegt, verstärkt andere Partner ins Boot zu holen - das klang ja eben auch schon an -, denn für die Verstetigung ist es sinnvoll und notwendig, bereits frühzeitig Partner einzubinden, damit sie auch mitreden können.

Ich glaube, dass wir zu einem neuen Verständnis und Austausch mit Unternehmen kommen müssen. Wir werden das von Bundeseite auf jeden Fall unterstützen und haben schon erste Gespräche geführt. Ich habe schon den Eindruck, dass Unternehmen auch versuchen, stärker den Stadtteilbezug in den Blick zu nehmen und dabei die Stadtentwicklungspolitik einzubeziehen.

Es bedarf immer wieder - nicht nur allein wegen der reduzierten Mittel - des Einbeziehens weiterer Partner, gerade auch in der Bildungspolitik. Wir führen nicht nur Gespräche mit den Unternehmen und Stiftungen, sondern auch mit den Ressorts, was ein Bohren ganz dicker Bretter ist, das gebe ich ehrlich zu. Vielleicht ist dabei auch die neue Förderperiode ein hilfreicher Schritt, noch einmal aktiv zu werden. Es gibt aber auch schon gute Ansätze, gerade beim Bildungsressort, aber darauf komme ich gleich zurück.

Ein weiterer Punkt, der schon in Bruchsal sehr gut umgesetzt wird - jedenfalls habe ich das eben so mitgenommen - sind die integrierten Entwicklungskonzepte, die man in der bereits angesprochenen Verwaltungsvereinbarung stärken wolle. Wir wollen vor allen Dingen, dass der Stadtteilbezug und die gesamtstädtische Ebene stärker aufeinander abgestimmt werden bzw. dass die Konzepte für die Stadtteilebene aus den gesamtstädtischen Strategien abgeleitet werden - dort, wo gesamtstädtische Strategien vorhanden sind, es können auch Integrationsstrategien sein.

Das ist ein wesentlicher Punkt, den wir im vergangenen Halbjahr auf Bundesebene diskutiert haben - im Rahmen des so genannten Dialogforums "Integration vor Ort". Der Nationale Integrationsplan hat schon 2007 ausgesagt, dass die Umsetzung integrierter sozialräumlicher Ansätze von zentraler Bedeutung für die Integration ist. Wir haben gerade auf Bundesebene - gemeinsam mit den Ländern - den Nationalen Integrationsplan zu einem Nationalen Aktionsplan Integration weiterentwickelt. Das ist in einem Dialogprozess mit Ländern, Kommunen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Migrantenorganisationen, Stiftungen und weiteren Partnern passiert. Wir hatten die Federführung für das Dialogforum "Integration vor Ort", und es geht darum, auf Bundesebene, auf Landesebene und auf kommunaler Ebene konkrete und überprüfbare Ziele festzulegen und diese dann auch zu überprüfen.

Das Kabinett wird sich mit dem Aktionsplan am 14. Dezember dieses Jahres befassen - ich glaube, die Ministerpräsidentenkonferenz auch in dieser Woche -, und das Ganze soll dann beim sechsten Integrationsgipfel Anfang 2012 bei der Bundeskanzlerin vorgestellt werden.

Ich komme noch näher auf das Dialogforum zu sprechen, weil das auch für die soziale Stadtentwicklung eine wichtige Bedeutung hat. Vor allen Dingen haben wir dabei - das können Sie sich sicher vorstellen - sehr kontroverse Diskussionen gehabt, am Ende aber doch ein gutes Ergebnis gefunden und auch sehr offen diskutiert.

Das Dialogforum hat mit den Partnern zwei Ziele festgelegt: einmal die Integration und Teilhabechancen von Menschen mit Migrationshintergrund vor Ort zu verbessern - das ist eher die gesamtstädtische Ebene - und zum anderen die Integration im Quartier zu verbessern. Wir haben dazu eine begleitende Studie in Auftrag gegeben - "Stand der kommunalen Integrationspolitik" -, die beleuchten soll, wie die Empfehlungen der kommunalen Spitzenverbände aus dem Nationalen Integrationsplan von 2007 tatsächlich in den Kommunen umgesetzt worden sind. Die Studie ist noch nicht veröffentlicht, aber ich darf schon sagen, dass es sehr erfreuliche Ergebnisse sind. Viele Kommunen sind da schon sehr weit und sehr engagiert. Nicht nur die Kommunen, die sehr große Anteile von Menschen mit Migrationshintergrund haben, haben Probleme, sondern es gibt solche gerade auch dort, wo kleinere Gruppen das Problem in den Stadtteilen darstellen.

Die Studie hat uns auch ein paar Punkte mit auf den Weg gegeben. Das ist einmal eine stärkere Verzahnung von Stadtentwicklungspolitik und Integrationspolitik. Wir sollten davon wegkommen, nicht immer nur weitere Konzepte zu machen, sondern zu versuchen, die Stadtentwicklungspolitik als Aufhänger zu nehmen, um andere Strategien einzubinden, also als Querschnittsaufgabe zu sehen und die Integrationspolitik nicht nur mit Blick auf die Migranten sehen, sondern als Bereicherung für die gesamte Bevölkerung.

Kritisiert wurde, dass es eine unzureichende Verzahnung von Stadtentwicklungspolitik und Wirtschaftsförderung gibt. Das kann man daran erkennen, dass das in den Kommunen bislang noch nicht umgesetzt wurde. Wir haben das ja mit dem ESF-Programm "BIWAQ" versucht. Auch da ist das Thema "Lokale Ökonomie" bislang ein eher untergeordnetes Thema. Das werden wir uns dann auch in der Evaluierung ansehen wollen.

Ein weiterer Punkt war, dass die Gutachter eine Chance bei den Themen Bildung, Integration und Engagementpolitik gesehen haben, nämlich die Einbeziehung von ehrenamtlichem Engagement durch die jungen Alten, bei denen - aufgrund der Tatsache, dass die Jüngeren im Arbeitsleben immer weniger Chancen haben, sich sozial und ehrenamtlich zu engagieren - dieses Potenzial überwiegt, und man ist deshalb zu der Überzeugung gekommen, dies stärker in die "Soziale Stadt" einzubeziehen, was aber auch schon vielfach geschieht.

Frau Oberbürgermeisterin, sie haben vorhin gesagt, die Bildung ist ein ganz entscheidendes Thema. Auch das haben wir aus dem Dialogforum mitgenommen. Wir können ja mit dem Experimentellen Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) Kommunen unterstützen, neue Wege zu gehen.

Wir wollen mit dem gerade neu gestarteten Projekt "Orte der Integration", das bis 2014 laufen wird, die Bildungs- und Gemeinschaftseinrichtungen in benachteiligten Quartieren zu Orten der Integration qualifizieren.

Dabei geht es auch um die Bündelung von Bildungsangeboten und eine stärkere Abstimmung von Stadtentwicklung in allen Belangen, Bildungseinrichtungen zu öffnen und innovative Netzwerkstrukturen aufzubauen oder auszubahnen. Hier geht es also um eine enge Verzahnung von Bildung und Stadtentwicklungspolitik. Wir werden da auch mit dem Bildungsressort eng zusammenarbeiten.

Das Bildungsressort hat auch ein Programm "Lernen vor Ort" ins Leben gerufen. Das Programm richtet sich zwar eher an die gesamtstädtische Ebene, aber auch hier sind von 40 Städten über 30 mit einem "Soziale Stadt"-Gebiet vertreten. Die strategische Verzahnung von Stadtteilentwicklung und Integrationspolitik, was ja auch ein Ergebnis des Dialogforums war, wird gerade noch mit einem weiteren ExWoSt unterstützt - "Integration und Stadtteilpolitik" -, das läuft noch bis 2012.

Ich komme zur ergänzenden ESF-Förderung. Wir haben neben der Städtebauförderung, neben dem Programm "Soziale Stadt", noch ein weiteres Programm, nämlich "Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier" (BIWAQ). Das ist ein ESF-Programm, das sich an die "Soziale Stadt"-Gebiete richtet. Es geht dabei um die Verknüpfung von Arbeitsmarktförderung mit städtebaulichen Maßnahmen und integrierten Entwicklungskonzepten. Die Ziele sind Integration, Ausbildung und die Beschäftigung von benachteiligten Jugendlichen und die Verbesserung der Chancen für Langzeitarbeitslose.

Wir können bis jetzt sagen, dass wir gerade durch die Verknüpfung und diesen Quartiersbezug sehr passgenaue und erfolgreiche für Langzeitarbeitslose und Jugendliche vor Ort fördern können. Wir hatten im September im Rahmen eines Kongresses den Auftakt für die zweite Förderrunde, und einige Beteiligte sind tatsächlich in Arbeit gekommen. Gerade durch diesen Quartiersbezug war es ein sehr erfolgreiches Projekt, aber auch daran können wir noch weiterarbeiten. Die Kommission war im Übrigen auch anwesend und hat gelobt, dass der Quartiersbezug und die Arbeitsmarktförderung zusammenkommen und sieht darin auch Chancen. In der neuen Förderperiode werden - wo wir auch gerade in der Diskussion stehen um die neuen Verordnungsentwürfe - wahrscheinlich auch Multi-fonds-Projekte möglich sein, d. h., wir können Investitionen mit dem EFS stärker koppeln. Ich hoffe, dass sich das durchsetzt und wir eine neue Chance haben, ergänzende Förderungen für "Soziale Stadt"-Gebiete zu erreichen.

In der ersten Förderrunde können wir 135 Projekte fördern, davon sind vier in Baden-Württemberg. Baden-Württemberg hat sich in der zweiten Förderrunde an der Beteiligung sehr stark verbessert. Es gibt 9 Projekte, die in der zweiten Förderrunde gefördert werden können - eins davon in Bruchsal, Ich bin sehr froh darüber, dass ich das heute mitbringen konnte.

Wir haben in der zweiten Förderrunde noch einmal den Aspekt der Bürgerarbeit aufgegriffen, gerade weil wir auch die ressortübergreifende Zusammenarbeit stärken wollten.

Wir fördern also auch Quartiersarbeit, die genauso ausgelegt ist wie die Bürgerarbeit.

Aber wir müssen Doppelförderung in dem Sinne vermeiden, dass wir nicht in der gleichen Stadt die gleichen Projekte fördern. Es gibt aber auch noch die Möglichkeit, Bürgerarbeitsprojekte durch das Programm BIWAQ zu ergänzen, also die sozialen Aspekte zu stärken und zu fördern.

Ich weiß, dass das alles ein kompliziertes Unterfangen ist, und ich hoffe, dass es trotzdem gelingen kann, aber wir werden dann sehen, ob wir das in einer neuen Förderperiode unterstützen können.

Ich bin am Ende.

(Beifall)

 Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

**„Die Soziale Stadt“ – Zukunft des
Bund-Länder-Programms**

Nicole Graf
Leiterin des Referates
-Soziale Stadt, ESF-Programme, Integration -

9. Netzwerktreffen
LAG Soziale Stadtentwicklung 02.12.2010

www.bmvbs.de


 Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

Herausforderungen

- Gesellschaftliche Herausforderungen in den Städten und Gemeinden: demografischer und wirtschaftlicher Wandel
- Zunehmende soziale Ungleichheiten und Gefahr räumlicher Polarisierung
- In benachteiligten Quartieren wirken mehrere Problemfaktoren zusammen

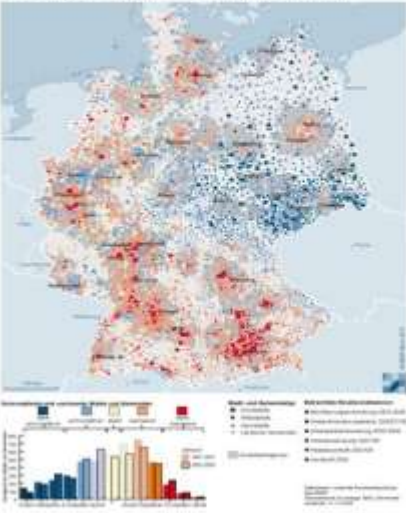


2 Nicole Graf, BMVBS www.bmvbs.de

 Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

Herausforderungen

Wachstumstrends und veränderte Rolle und Positionen in Deutschland im Zeitraum 1992 bis 2009



- Demografischer Wandel: weniger, älter, bunter
- Wirtschaftlicher Wandel: regionale Unterschiede nehmen zu
- Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung

3 Nicole Graf, BMVBS www.bmvbs.de

Städtebauförderung – Politik für die Städte und Gemeinden



- Städtebauförderung hilft den Städten, sich den Herausforderungen von Strukturwandel, Wohnungsleerstand, Zu- oder Abwanderung zu stellen.
- 2011 und 2012: 455 Mio. € Bundesfinanzhilfen
- 2011: 40 Jahre Städtebauförderung

Programme der Städtebauförderung:

- Sanierung und Entwicklung
- Stadtumbau
- Aktive Stadt- und Ortsteilzentren
- Städtebaulicher Denkmalschutz
- Kleinere Städte und Gemeinden
- Soziale Stadt

4

Nicole Graf, BMVBS

www.bmvbs.de

Städtebauförderungsprogramm 'Soziale Stadt'

- 1999 gestartet, um der sozialen Polarisierung in den Städten zu begegnen
- Stellt wirtschaftlich und sozial benachteiligte Stadtteile in den Mittelpunkt
- Neuorientierung der Stadtentwicklungspolitik



5

Nicole Graf, BMVBS

www.bmvbs.de


 Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

Städtebauförderungsprogramm 'Soziale Stadt'

- *Ziel: Positive Trendwende in den Quartieren einleiten durch*
 - Verbesserung des baulichen Zustands (Wohnen, Wohnumfeld, Infrastruktur) und darüber hinaus
 - der sozialen Lebensbedingungen,
 - Integration benachteiligter Bevölkerungsgruppen und
 - Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts
- **integrierter, ganzheitlicher Ansatz**



6 Nicole Graf, BMVBS www.bmvbs.de


 Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

Städtebauförderungsprogramm 'Soziale Stadt'

Integrativer Ansatz im Stadtteil:
Verzahnung von Politik- und Handlungsfeldern



7 Nicole Graf, BMVBS www.bmvbs.de

 Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

Städtebauförderungsprogramm 'Soziale Stadt'


Besondere Handlungsansätze

Im Sozialraum (vor Ort)

- Städtebauliche Investition zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität
- Grundlage: Integriertes Entwicklungskonzept für das Quartier
- Fachübergreifende Ressourcenbündelung (Finanzmittel, Personal, know-how)
- Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerschaft im Quartier
- Einrichtung angepasster Organisationsstrukturen (Quartiersmanagement)




8 Nicole Graf, BMVBS www.bmvbs.de

 Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

'Soziale Stadt' - Gebiete

- **Fördergebiete**
2011: 600 in rd. 350 Kommunen
- **Fördervolumen**
1999 bis 2011: rd. 970 Mio. €
Bundesfinanzhilfen an die Länder
- rd. 3 Mrd. € insgesamt mit Mitteln
der Länder und Kommunen
- 95 Mio. € in 2010
28,5 Mio. € in 2011
(Modellvorhaben 2006-2010)
- **Haushalt 2012:** 40 Mio. € für
Soziale Stadt-Investitionen im
Quartier



9 Nicole Graf, BMVBS www.bmvbs.de



Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

Soziale Stadt-Investitionen im Quartier

Neue Akzente: Soziale Stadt – Investitionen im Quartier

- Mehr Generationengerechtigkeit und familienfreundliche Infrastrukturen in benachteiligten Stadtteilen
- Erhöhung der Nutzungsvielfalt im Stadtteil (Stadtteilzentren, Schulen, Mehrgenerationenhäusern usw.)
- Weitere Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements
- Verstärkte Einbindung weiterer Partner aus Wirtschaft und Gesellschaft

10 Nicole Graf, BMVBS www.bmvbs.de




Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

Soziale Stadt – Investitionen im Quartier

- komplexen Problemlagen in den sozial benachteiligten Quartieren sind nicht allein durch Mittel der Städtebauförderung möglich
- eine stärkere und verbindlichere Einbindung von Dritten in die Stadtteilentwicklung ist notwendig
- Quartiersmanagement ist Voraussetzung und weiterhin förderfähig
- Integrierte Entwicklungskonzepte sind Fördervoraussetzung und müssen fortgeschrieben werden
- Ableitung bzw. Abstimmung mit gesamtstädtischen Konzepten

11 Nicole Graf, BMVBS www.bmvbs.de



Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

Integration vor Ort

- Integrationspolitik von Bund und Ländern misst der Umsetzung integrierter sozialräumlicher Ansätze zentrale Bedeutung bei (Nat. Integrationsplan)
- Weiterentwicklung vom NIP zum Nationalen Aktionsplan Integration
- Dialogprozess mit Ländern, Kommunen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Migrantenorganisationen, Stiftungen zur Erarbeitung konkreter und messbarer Ziele
- Kabinettsbeschluss: 14. Dezember 2011; Vorstellung im Rahmen des 6. Integrationsgipfels Anfang 2012

12 Nicole Graf, BMVBS www.bmvbs.de



Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

Integration vor Ort

- Dialogforum „Integration vor Ort“:
 - Integration und Teilhabechancen von Menschen mit Migrationshintergrund vor Ort verbessern
 - Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt im Quartier stärken
- Begleitende Studie „Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland“ (Umsetzung Empfehlungen komm. Spitzenverbände)
- Strategische Verzahnung von Stadtentwicklungs- und Integrationspolitik erforderlich (Gesamtstadt/Stadtteil)
- Verankerung Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe, Bedeutung Soziale Stadt

13 Nicole Graf, BMVBS www.bmvbs.de

 Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

Integration vor Ort

- Unzureichende Verzahnung von Stadtentwicklungspolitik und Wirtschaftsförderung
- Weiterentwicklung ressortübergreifender, sozialräumlicher Ansätze durch Vernetzung der Zukunftsthemen Bildungs-, Integrations- und Engagementpolitik



14 Nicole Graf, BMVBS www.bmvbs.de

 Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

Integration vor Ort

- ExWoSt „Orte der Integration“ (2011-2014):
Qualifizierung von Bildungs- und Gemeinschaftseinrichtungen in benachteiligten Quartieren zu "Orten der Integration"
Bündelung von Bildungsangeboten und Aufbau von innovativen Netzwerken
enge Verzahnung von Bildung- und Stadtentwicklungspolitik
- ExWoSt „Integration und Stadtteilpolitik“ (2009-2012):
strategische Verzahnung von Stadtentwicklung, Stadtteilentwicklung und Integrationspolitik

15 Nicole Graf, BMVBS www.bmvbs.de

 Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier - BIWAQ

Ergänzende ESF-Förderung


- ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ seit 2008
- Verknüpfung Arbeitsmarktförderung mit städtebaulichen Maßnahmen und integrierten Entwicklungskonzepten

Ziele

- Integration, Ausbildung und Beschäftigung von benachteiligten Jugendlichen
- Chancen für Langzeitarbeitslose verbessern



16 Nicole Graf, BMVBS www.bmvbs.de

 Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)

Maßnahmen/Fördergegenstände

- passgenaue Arbeitsmarktprojekte für Langzeitarbeitslose und Jugendliche vor Ort
- Quartiersbezug
- Kooperation mit Arbeitsagenturen stärken

Fördervolumen

- 124 Mio. € ESF-Mittel, 60 Mio. € Bund
- 1. Förderrunde 2008 - 2012: 135 Projekte (4 in BW)
- 2. Förderrunde 2011 - 2014: rd. 90 Projekte (9 in BW)



17 Nicole Graf, BMVBS www.bmvbs.de

Die Zukunft der Sozialen Stadtentwicklung in Baden- Württemberg

Diskussion

Moderation: Rainer Steen

Cornelia Petzold-Schick, OB Bruchsal

Daniel Rousta, MFW Ba.-Wü., Stuttgart

Gerhard Segmiller, SM Ba.-Wü., Stuttgart

Nicole Graf, BMVBS, Berlin

Gabriele Steffen, Weeber+Partner, Stuttgart

Gerald Lackenberger, LAG, Freiburg



Moderator Steen: Ich hoffe, Sie haben die Pause nutzen können, um Ihre Gedanken zu sortieren, die eine oder andere Sache anzusprechen.

Ich begrüße auf dem Podium Frau Gabriele Steffen von Weeber+Partner, Institut für Stadtplanung und Sozialforschung mit Sitz in Stuttgart und Berlin. Frau Steffen hat viel Erfahrung in der Begleitung und Koordination von "Soziale Stadt"-Projekten. Herrn Lackenberger haben Sie ja schon kennen gelernt.

Ich möchte mit Herrn Lackenberger gerne anfangen. Was heute hier so im Raum steht, ist sozusagen die Arbeit vor Ort und die Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft zu befruchten durch den Austausch auf vielen, möglichst politischen Ebenen, um ein bisschen sortieren zu können, in welche Richtung es weitergehen kann und was dabei zu beachten ist. Herr Lackenberger, wenn ich jetzt mitbekomme, was alles gesagt wurde, dann frage ich mich, was hat sich bei Ihnen im Kopf schon sortiert, wenn Sie als Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaft und als Sachwalter bzw. Lobbyist für das Projekt "Soziale Stadt" hören, was möglich ist, was nicht mehr möglich ist oder was anders möglich ist. Gibt es bei Ihnen schon so etwas wie eine Sortierung, was besonders wichtig ist und welche Fragen noch offen sind?

Herr Lackenberger: Fragen sind viele offen. Ich komme ja von der Praxis her, bin als Quartiersmanager vor Ort tätig, und für uns vor Ort ist natürlich immer entscheidend, was kommt von dem, was höheren Orts geplant, gedacht und gewollt ist, bei uns im Stadtteil für die Menschen an. Da muss ich sagen, ich habe jetzt heute noch nicht wirklich das gehört, das mir für die Zukunft große Hoffnung machen würde, dass es im Umfang, wie es bisher war - oder besser noch -, weitergehen könnte. Ich höre wohl und auch als Signal, dass der Bund statt 28 wieder 40 Millionen Euro drauflegt, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass damit sozusagen der große Wurf gelingt. Wenn ich nach Freiburg schaue, wo ich herkomme, haben wir mindestens noch 2 - 3 Quartiere, die die "Soziale Stadt"

genauso gut gebrauchen könnten wie die beiden, die es schon haben. An weitere Mittel aus ESF oder sonst woher heranzukommen, ist ausgesprochen schwierig, wenn man vor Ort tätig ist. Erstens braucht man einen Überblick über die Förderlandschaft. Herr Segmiller, ich denke, Sie haben es schon sehr gut dargestellt, aber wenn man jetzt kein Fachmann für diese Förderung ist - na, ja. Ich habe jetzt persönliche Erfahrungen mit BIWAQ - auch ESF-Förderung -, aber ich weiß nur, wir haben eine Dreiviertelstelle allein für den Verwaltungsaufwand, der damit verbunden ist. Es ist eine Katastrophe, es geht so einfach nicht. Ich hoffe, dass wir im Lauf der Diskussion ein Stück weiterkommen, auch vielleicht Verabredungen treffen zu können für Baden-Württemberg, Wege zu finden, um das Ganze etwas zu strukturieren, zu vereinfachen und gewinnbringender und zielführender vor Ort einbringen zu können.

Moderator Steen: Das war mir auch aufgefallen, als der Hinweis kam, es gäbe noch verschiedene Sonderwege, um an Mittel zu kommen. Herr Rousta hatte vorhin den Begriff des Kümmerers benutzt, und was Sie jetzt gerade gesagt haben, bedeutet ja, dass die Kümmerer sozusagen die Voraussetzung dafür sind, dass man diese Vielfalt von Möglichkeiten nutzt, aber die Kümmerer sind dann wichtige Personen, die irgendwie bezahlt und vorhanden sein müssen.

Frau Steffen, Sie sind in vielen Projekten unterwegs. Sie kennen Projekte zum Teil auch aus der Evaluation, und Sie erleben die Vielfalt auch aus der organisatorischen Tätigkeit, die Sie machen, heraus. Wie ist das aus Ihrer Perspektive, wenn Sie jetzt hören, welche Möglichkeiten evtl. ausgeschöpft werden können, welche Programme da sind? Gibt es für Sie so etwas wie einen roten Faden in der Diskussion, die Sie jetzt mitbekommen?

Frau Steffen: Mein Hintergrund bei der "Sozialen Stadt" ist die konkrete Erfahrung in etwa 15 "Soziale Stadt"-Projekten, also die Steuerung von Quartiersmanagement, von denen vier gerade noch laufen, dann vorbereitende Untersuchungen, für den Bund Programmbegleitungen und Ähnliches, und ich bin von Anfang an im SRL-Arbeitskreis "Soziale Stadt". SRL ist die Vereinigung von Stadt-, Regional- und Landesplanung, wo ich sehe, dass es zwei getrennte Strukturen gibt, auf der einen Seite mehr die soziale Schiene und auf der anderen Seite die städtebauliche Schiene. Wir sind ein Institut für Stadtplanung und Sozialforschung, eines der vielleicht einzigen oder auf jeden Falls sehr wenigen, und versuchen, diese beiden Themen immer zusammenzubringen. Darin sehe ich nach wie vor ein ganz großes Problem, überhaupt diese faszinierende Idee der "Sozialen Stadt", der Ressourcenbündelung und Integration, dass man sagt: Hier gibt es Gebiete, da ist was zu tun, da muss man wirklich investieren in Köpfe und in bauliche Strukturen, und darauf sollen alle Mittel gebündelt werden. Das hat man sich von Anfang an in Gestalt von Sonderprogrammen vorgestellt. Es wäre aber auch einfacher gegangen. Die Bayern, die ja politisch der damaligen Landesregierung gar nicht so fern waren, haben schon sehr frühzeitig eine sehr schöne Broschüre über integrierte Programme herausgegeben, wie man dieses Thema Mittelbündelung umsetzen könne.

In Baden-Württemberg war es dagegen etwas bescheiden, da hatte man den Eindruck, es wurde etwas in Umlauf gegeben, und jedes Ministerium hat geschrieben, man könne etwas machen, z. B. Kriminalprävention usw., und da gibt es den oder den, der dafür verantwortlich ist, aber wie es genau gehen würde, hat man ernsthaft nicht in Angriff genommen.

Für mich ist das ganz entscheidende Thema die Bildung. Da kümmert sich die Stadt Stuttgart - hier zwei Vertreterinnen des Amtes für Stadtplanung und Stadterneuerung - mit großem Engagement drum. Aber das Thema Bildung in Gestalt einer Pflichtaufgabe ist fast ganz außen vor, strukturell bei der "Sozialen Stadt". Man kann ja Pflichtaufgaben nicht in die Förderung einbeziehen. Man hätte

auch sagen können, statt vieler netter Internet Cafés baut man in diesen Gebieten gezielt die Schulen an und aus und dockt ganz viel an, aber die Bildungspolitik ist da ziemlich außen vor. Für mich war es z. B. völlig unbegreiflich, dass man ein Ganztagschulprogramm IZBB auflegt, und vergeben wurde es nach dem Windhundprinzip, d. h. die Gebiete, die schon die tollen Konzepte in der Tasche hatten, das waren die mit den gebildeten Eltern, mit den bildungsstarken und durchsetzungsstarken Eltern, waren vorne dran, und die Gebiete, mit denen wir es zu tun hatten, hatten das Nachsehen.



Das als kleines Beispiel, dass es nicht immer nur um die zusätzlichen Förderprogramme geht, sondern dass man dieses Prinzip Ressourcenbündelung noch gar nicht ganz durchgesetzt hat, sodass es sich für mich als fachlich sehr sektoriert darstellt, auch nach den unterschiedlichen Handlungsebenen. Nach wie vor ist das Zusammenarbeiten zwischen den Ressorts, zwischen den Ministerien, die Herausforderung. Wenn wir das einmal geschafft haben, sind wir auch ganz viel weiter.

(Beifall)

Moderator Steen: Würde das heißen, auch das Kultusministerium müsste hier sitzen. - Ja, okay.

Wir haben hier zwar schon einen ressortübergreifenden Ansatz im Raum, aber er ist nur das kleine Entree in eine eigentlich ganz anders verstandene, ressortübergreifende Geschichte.

Ich habe in einem Papier, das heute Nachmittag zur Diskussion gestellt wird, vier Begriffe gesehen: Bildung, Beschäftigung, Ökonomie und Integration. Das macht schon deutlich, dass es hier um einen Zusammenhang geht, der im Raum gar nicht vertreten ist.

Ich möchte die Diskussion auch ins Plenum öffnen, Sie aber darum bitten, wenn Sie sich melden und drankommen, das Mikrofon zu nehmen, das ich Ihnen gerne vorbeibringe, weil die ganze Veranstaltung mitgeschnitten wird, um sie hinterher auch protokollieren zu können, und da helfen Sie mit, wenn Sie sich daran halten und aufs Mikrofon warten.

Wenn Sie sich melden, sagen Sie bitte dazu, wo Sie herkommen und wie Sie heißen.

Frau Leykamm, Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg: Zum Stichwort

"ressortübergreifend" fällt mir ganz deutlich auf, es gehört auch das Gesundheitsressort dazu. Teilweise decken Sie es mit ab, aber in einer anderen Abteilung. Das soziale Miteinander in der "Sozialen Stadt" hat nämlich ganz viel mit Gesundheit und Gesundheitsförderung zu tun. Wir haben auch schon kooperiert, Herr Lackenberger, und ich wünsche mir, dass das bei der Bündelung auf Landesebene viel besser gelingt. Bei den Vorträgen heute Vormittag habe ich gedacht, das könnte genauso von der Gesundheitsseite kommen: Generationengerechtigkeit, Familienfreundlichkeit, Integration als Querschnittsthema - das führen wir auch in unseren Konzepten. Es wäre schön, Gesundheit und Soziales stärker zu bündeln.

Frau Bitzan, Hochschule Esslingen: Ich habe heute Morgen mit Interesse zugehört und möchte das aufgreifen, was Frau Steffen gesagt hat, nämlich das zusammenzubringen, was im Leben zusammen ist, das Soziale und die baulichen Gegebenheiten, die Infrastruktur und das Leben darin. Das ist eine der höchsten Qualitäten in diesem Programm. Wir haben in den vergangenen Jahren in Baden-Württemberg erleben müssen, dass dieser Aspekt von Ministeriumsseite aus am Unterbelichteten ist. Es liegt natürlich sehr viel Hoffnung darin, wenn sich jetzt regierungsmäßig etwas verändert, dass dieser Aspekt endlich mal erkannt wird, dass man versucht, die Entwicklungen durch quartiersbezogene Bündelungen ganzheitlich zu machen.

Sie selbst, Herr Rousta, haben davon gesprochen, es braucht die Kümmerer vor Ort. Sie haben es vorhin so dargestellt, dass Ihnen die Hände gebunden sind, wenn der Bund auf dieser Ebene nichts bringt. Dann kann auch das Land keine Komplementärmittel bringen. So haben Sie es begründet. Ich habe mir dabei gedacht, eine Landesregierung müsste aber auch in der Lage sein, initiativ zu werden. Das müsste möglich sein, und wir wissen aus vielen anderen Gebieten, dass das auch möglich ist. Ich habe mir gedacht, wenn dieser Aspekt der Integration des Sozialen und des baulich Infrastrukturellen - und damit auch die Integration der Handlungsfelder und der Politik - ein Anliegen der neuen Regierung ist, könnte sich die Landesregierung doch etwas ausdenken, wie sie einerseits in der Verwaltung und Steuerung solche Dinge fördert und andererseits die so genannten Kümmerer vor Ort auch finanziert, z. B. eine Landesförderung für das Quartiersmanagement, so wie auch die Schulsozialarbeit wieder gefördert wird und andere Dinge auch.

(Beifall)

Ministerialdirektor Rousta: Für das Thema Modellvorhaben gilt leider das, was ich gesagt habe. Es ist nicht möglich, sozusagen ein Netz oder einen doppelten Boden dafür im Land zu spannen, wenn vom Bund dieses Programm nicht weiter verfolgt wird.



Stichwort Quartiersmanagement: Da fördert das Land weiterhin. Ich habe aber aus dem heutigen Tag und den Vorbereitungen darauf sowie aus dem Gespräch mit meinen Fachkollegen einen wichtigen Erkenntnisgewinn für mich gezogen. Das ist die Frage, inwiefern wir die Fachförderprogramme stärker mit dem Ankerprogramm "Soziale Stadt" bündeln können. Das ist - nach dem, was ich in den letzten Tagen gehört habe - etwas verlorengegangen. Es gibt aber einen Kabinettsbeschluss, der eigentlich festlegt, dass es einen Fördervorrang gibt für die Gebiete, in denen mit den Mitteln aus der "Sozialen Stadt" gefördert wird. Da hapert es aber ganz erheblich an der Umsetzung; da wird eher mit der Gießkanne über das ganze Land gegangen und nicht in die Brennpunkte, die mit dem Programm "Soziale Stadt" identifiziert worden sind. Ich habe eine Theorie, warum das in den letzten Jahren und Jahrzehnten hier in Baden-Württemberg so war.

Das möchte ich jetzt aber gar nicht weiter vertiefen, sondern nach vorne schauen und sagen, dass wir uns diesen Kabinettsbeschluss sehr genau anschauen werden und sich das neue Kabinett mit der Frage beschäftigen wird, inwiefern wir den wieder zu einer stärkeren Geltung bringen können und damit das Programm "Soziale Stadt" trotz der Tatsache, dass es erhebliche Einsparungen gab, wieder so aufwerten können, dass die sinnvollen Fördervorhaben dort noch effizienter werden.

Oberbürgermeisterin Petzold-Schick: Ich denke, ein Anker könnten die Grundschulen sein: Grundschulen haben wir überall, Grundschulen sind auch diejenigen, die ausgebaut werden sollen, nach dem Wunsch der Landesregierung bis 2020 sogar als Ganztagsbereich. Im Grundschulbereich wird noch nicht so selektiert, also die Frage ist schon, inwieweit man diese Einrichtungen als Anker nehmen kann in diesem Quartiersbezug.

Je mehr es sich in den Lebensraum Schule verlagert, ist das zumindest ein pragmatischer Ansatz, der auf jeden Fall gelingt. Da haut auch niemand ab. Das wäre ein Wunsch, den man sich überlegen kann. Dann würde das auch mit der ressortübergreifenden Zusammenarbeit im Kultusbereich gehen. Im Schulsozialarbeitsbereich gibt es durchaus Diskussionen, wie weit die Schulsozialarbeit da hineinwirken kann, sicherlich nicht in die Bildungspolitik, aber die Schulsozialarbeit muss im Grunde genommen so viel Freiraum haben, um gestärkt zu sein - mit dem eigenen Blick auf die Gemeinschaft und die Reibereien, die es gibt, was sozialpolitisch sicher sinnvoll ist.

Das wäre sicherlich ein Anker.

Ich habe noch eine konkrete Frage an Bund und Land: Wir möchten schon hören - da geht es mir wie Herrn Lackenberger -, dass es nicht nur gut ist, integriert zu arbeiten. Ich denke, auf kommunaler Ebene gibt es auch Ressortprobleme, aber wir sind praktisch mehr zusammen, da ist es auch leichter

Das heißt, wenn der Planungsbereich und der Sozialbereich zusammenarbeiten, wird das nicht nur vom Programm her als gut empfunden, sondern dann ist das auch eine richtige Stadtentwicklung. Deshalb stellt sich mir schon die Frage, warum man gerade hier politische Kürzungen vornimmt. Je mehr auf Bundesebene bestimmte Felder abgeräumt werden - in der Kleinkindbetreuung sind wir auf einem guten Weg, wir Kommunen jammern zwar noch, es dauere zu lange, aber im Grund hat sich viel entwickelt, im Arbeitssektor auch -, also je mehr diese Bereiche angegangen werden, desto mehr haben wir erst recht die Aufgabe, die wahren Schwachen politisch einzubinden, und genau da könnte doch eine neue Lobby für das Programm entstehen, denn ich sage nach wie vor, das Problem an diesem Programm ist, dass die Betroffenen nicht verfasst schreien, und da wiederum muss es unsere Aufgabe sein, denen auch einen strukturellen Rahmen zu geben.

(Beifall)

Regierungsdirektorin Graf: Ich greife mal das Stichwort "Lobby" gleich auf. Es ist natürlich richtig - und auch wir haben die Bedarfe gesehen -, dass man sich vorstellen kann, beim Programm "Soziale Stadt" mehr Gelder zur Verfügung zu stellen. Der Haushaltsausschuss hat immerhin einen Schritt nach oben gemacht, und ich hoffe, dass wir damit gut arbeiten können. Das Stichwort "Lobby" passt auch zu den integrierten Entwicklungskonzepten.

Zu Beginn der Diskussionen auf politischer Ebene kam oft die Bemerkung, das sei ja ein soziales Programm und habe deshalb im Bauministerium nichts zu suchen. Die ersten Protestschreiben sind dann auch an das BMFSFJ gegangen. Ich glaube, es ist unser aller Anliegen und sollte auch unser Anliegen sein, zu erläutern, worum es tatsächlich geht, nämlich um die Stadtentwicklung, um die integrierte Stadtentwicklung. Deshalb auch unser Wunsch, das noch zu stärken. Dann kann man auch Potenziale ausloten und weiter verstärken.

Zum Stichwort "Modellvorhaben": Ich verstehe, dass es für die Kommunen einfach und komfortabel ist, einen Topf zu haben. Auf der anderen Seite haben mir Ressorts gesagt: Als ihr das gemacht habt, brauchten wir das nicht zu machen, also konnten wir uns um andere Dinge kümmern. Ich finde, das ist auch nicht der richtige Weg, es muss schon jeder in seiner Verantwortung die Benachteiligten unterstützen, gerade auch in diesen Gebieten. Wenn man das als Chance begreift und sagt, okay, dann machen wir es halt nicht mehr, dann müsst ihr jetzt wieder stärker ran - das hatten Sie auch schon gesagt, Herr Rousta -, dann kann man den Weg weiter gehen.

Bei der Vorstellung der ExWoSt hatte ich ja schon gesagt, wir holen ganz konkret auch das Bildungsministerium mit ins Boot, damit die das begleiten, aber Bildung ist halt Ländersache, da können wir als Bund nur versuchen zu unterstützen, gerade wir als Stadtentwicklungsministerium.

Moderator Steen: Das scheint mir auch ein relativ wichtiger Punkt zu sein, wo die Länder eine Eigenständigkeit entwickeln müssen. Frau Leykamm hat die Gesundheit angesprochen im Gesundheitsbereich, und wir haben den Bildungsbereich - das sind alles eindeutig föderale Strukturen, und ich frage mich, warum es z. B. uns in der Gesundheitsförderung nicht gelingt, mit dem Kultusbereich, obwohl wir ganz viel mit Schulen und Kindergärten zu tun haben, in einen Arbeitszusammenhang zu kommen. Es müsste doch eigentlich interministerielle Arbeitsgruppen geben, die sich angesichts solcher Fragestellungen mit diesen Stichworten tatsächlich auf diese Sachen zubewegen. Man hört immer nur, es müsse ressortmäßig verarbeitet werden, man sei nicht zuständig. Da wäre meine Frage an die zuständigen Ministerien, vielleicht auch an die neue Landesregierung: Wo ist dieser Impuls, der dazu führt, dass man nicht wegen der eigenen Etats ressortorientiert diskutiert und dann versucht, das irgendwie abzustimmen, sondern zu sagen, eigentlich müssen wir eine langfristige Planung machen, wo wollen wir in 10 Jahren sein, und was muss dazu aus dem Bildungs-, aus dem Sozial-, aus dem Gesundheits- und aus dem Wirtschaftsbereich sowie aus dem Finanzierungsbereich beigetragen werden? Das ist - wie Brecht sagt - das Einfache, das offenbar so schwer zu machen ist.

Ministerialdirigent Segmiller: Sozialplanung ist ein spannendes Thema. Ich kenne es selbst von der Kommunalebene her, und es hat auch Wellen. Es gibt Wellen, wo man sagt, man kann alles toll planen, und arbeitet dann jahrelang, um zur Kenntnis zu gelangen, man lässt doch wieder vor Ort etwas mehr Freiheit walten. In diesem Spannungsverhältnis bewegt man sich ständig. Ganz konkret zu dem Thema, es ist angesprochen worden von der Kollegin aus dem Gesundheitsbereich: Da hat ja die Landesregierung vor und schon Schritte unternommen, landesweit kommunale Netzwerke aufzuziehen, und da sollen sämtliche Lebensbereiche reingehen. Ressortintern ist es so, die Lebensbereiche allgemeine Gesundheit, Freizeit, Schule, Kindergarten usw. ist Sache der Kollegen in den entsprechenden Abteilungen. Der Bereich Arbeit und Gesundheit wird dann bei mir in der Abteilung über den Arbeitsschutz mit angegangen, und da will man auch an die Dinge wie Betriebliches Gesundheitsmanagement usw. vernetzt herangehen, da laufen die Dinge schon an.

Konkret zu den Fördermarktprogrammen im arbeitsmarktpolitischen Bereich, soweit es die Länder mitgestalten können: Arbeitsmarktpolitik ist ja Bundesangelegenheit, und was wir als Länder machen, ist eine Ergänzung. Die Europäische Union mit ihren Strukturfonds ist der Geldgeber, den wir als Länder im Bereich "Soziale Stadt" genauso wie Sie nutzen.

Da gibt es jetzt eine spannende Diskussion, wie die Gelder europaweit verteilt werden - unter den europäischen Regionen.

Wie werden sie verteilt unter den deutschen Regionen - und wir machen das dann im Land? Dann werden wir diskutieren, wie man die verschiedenen Töpfe miteinander verbinden kann. Das ist seit-her auch schon ein Stück weit geschehen. Da geht es um EFRE, um ESF und andere Dinge. Das läuft also schon, die Verbindungen und Diskussionen laufen. Und da muss man solche Dinge disku-rieren. Wir vom Sozialministerium waren eigentlich bisher immer stolz - ich sage das so, ich habe das Konzept ja nicht erfunden, sondern übernommen und höre immer, dass das ein ganz guter An-satz ist. Es gibt so etwas in der Bundesrepublik kaum mehr, dass man einen großen Teil der Gelder auf die regionale Ebene gibt und sagt, ihr macht eure eigenen Konzepte und vernetzt das vor Ort. Dabei ist die Sozialraumorientierung nicht verboten. Wir haben sie nur nicht als stringenten Impuls gesetzt, in welche Quartiere man damit gehen muss. Ich habe bisher über meine Kolleginnen und Kollegen, die den Bereich erarbeiten, nur positive Rückmeldungen über diese Regionalisierung be-kommen. Wir wollen das eigentlich in der neuen Programmperiode - für den Europäischen Sozial-fonds Land - weiterhin vorschlagen. Wir werden aber selbstverständlich, wenn wir in die Programm-planung gehen, allen über Internetaufruf ein Forum bieten, sich zu beteiligen und uns dann mit den Interessengruppen austauschen, was sinnvoll ist - und man wird sich auch mit den Ressorts austau-schen.

Noch ein letztes Wort - ich höre gleich wieder auf: Die Arbeit mit dem Europäischen Sozialfonds - so habe ich es auch kennen gelernt - ist durch diese Verzahnung schwierig. Da muss man genau ar-beiten, auch in der Antragstellung. Ich kokettiere immer damit, dass ich in Baden-Württemberg wahr-scheinlich der erste Referent war, der mit dem Europäischen Sozialfonds gearbeitet hat, der seiner-zeit frisch aufgelegt wurde. Wir haben im Stadtkreis Karlsruhe und im Landkreis Sigmaringen Modell-projekte gemacht, Langzeitarbeitslose in die Existenzgründung zu bringen. Das war noch einfach, da gab es noch relativ wenige Vorgaben. Das war eine schlanke Umsetzung. Aber mit der Zeit ist das programmatisch gewachsen. Deswegen bieten wir in der Umsetzung ESF eine Schulung für die Leu-te an, die sich damit auseinandersetzen. Das haben wir aus den Arbeitskreisen heraus entwickelt, indem wir sagten, man muss eine Schulung anbieten, um mit dem Instrumentarium richtig umgehen zu können.

Moderator Steen: Wahrscheinlich werden Sie in der nächsten Zeit mehr Kontakte haben, denn vor-hin haben sich 10 dieser regionalen Arbeitskreise gemeldet, die das Konzept der regionalisierten Förderung kannten.

Frau Steffen: Weil das Stichwort Gesundheit vorhin fiel, will ich ausdrücklich das Landesgesund-heitsamt hervorheben, weil es vormacht, wie es sein könnte, dass sich nämlich eine Behörde dieses Themas annimmt - mit den vielen Aktivitäten zur Gesundheitsförderung und zur "Sozialen Stadt" - und immer wieder den erfolgreichen Versuch macht, wenn Mittel aus Bundesprogrammen akquiriert werden können, diese dann auf "Soziale Stadt"-Gebiete und -Themen zu fokussieren.

Wenn man jetzt auch mal an Zielgruppen denkt, sind bisher manche ziemlich herausgefallen und fallen auch bei ESF ziemlich heraus. Zum Beispiel bleibt das Thema ältere Menschen außen vor. Das ist ein Beispiel, wie man auf der Ebene der Behörden auch sehr viel tun kann, wenn dort engagierte Menschen sitzen.

Auch auf der kommunalen Ebene gibt es Programme. Wir sind in Stuttgart dabei, zu schauen, was es an Programmen gibt: städtische Programme, die man mit der "Sozialen Stadt" verknüpfen könnte, ob das Bildungspartnerschaften oder Bildungsregionen sind, also richtig Bestandsaufnahme auf Landesebene machen. Es geht nicht nur um Programme, sondern es geht auch um Themen wie Lehrerausstattung oder die Qualität von Lehrerinnen und Lehrern. Wo kommen die besten hin, und welche Bedingungen gibt es dafür? Müssen die die ganze Zeit damit kämpfen, dass die Technik zusammenbricht, das Dach undicht ist und tropft oder können die sich auch mal um innovative Projekte und Schularbeit kümmern? Und die laufende Verwaltung ist ja auch meistens außen vor. Ich habe zum Beispiel in einem Ort einmal festgestellt, dass in einem Gewerbegebiet alle Inseln von Kreisverkehren wunderschön bepflanzt waren mit den schönsten Blümchen, und dahinter fängt das "Soziale Stadt"-Gebiet an - und nichts ist da. Auch die Verwaltung, so man als Führungsperson gar nicht mehr durchgreift, leistet ihren Beitrag auch zur Benachteiligung bzw. zur Bevorzugung. Wir sollten erst einmal schauen, was können wir alle zusammen machen für diese Gebiete. Das wäre gerade jetzt an diesem Punkt, wo so eine Umbruchphase kommt, ganz dringend nötig.

Moderator Steen: Frau Oberbürgermeisterin Petzold-Schick kurz dazu. Wie ist es bei Ihnen mit den Kreisverkehren?

Bürgermeisterin Petzold-Schick: Die Kreisverkehre werden unabhängig von der Gemarkungsabgrenzung gut oder schlecht bepflanzt. Aber ich möchte etwas sagen zu lokalen Bündnissen für Familien. Wir haben eines, das ist eine Bundesinitiative, die wir aufgenommen haben, und wir haben auch das Thema "Neues Altern in der Stadt", wo wir auch gesundheitspezifische Aspekte und die Senioren zusammenpacken. Das kann man sicherlich noch mehr vernetzen, aber die Dinge gibt es ja schon. Wir Kommunen nehmen die Sachen schon an, wenn sie manchmal auch von oben kommen und etwas weiter gestützt werden.

Frau Böhm, Stadt Stuttgart: Mir geht es um den ESF. Was ich besonders schade finde, ist, dass gerade jetzt zum Ende des Jahres das Programm "STÄRKEN vor Ort" auch noch ausläuft. Das ist ziemlich unglücklich, um es einmal so zu sagen. Normalerweise gibt es immer noch irgendwelche Restmittel, damit bis zum Ende der Förderperiode solche Programme noch laufen. Vielleicht gibt es Informationen darüber, warum das jetzt schon ausläuft und es keine Mittel gibt, das zu verlängern. Insgesamt ist es zwar für Politiker ganz nett, immer neue Programme aufzulegen, weil man sich damit in der Öffentlichkeit auch profilieren kann, für die Arbeit vor Ort ist es aber - ehrlich gesagt -

ein Wahnsinnsaufwand. Der gesamte ESF-Bereich ist so gestaltet, dass man unheimlich viel Personal und Ressourcen reinstecken muss. Wenn man dann zusätzlich die Programme wechselt und die Voraussetzungen immer wieder ändert, bedeutet das schlicht und einfach, dass vor Ort weniger ankommt, denn die Arbeit und die Ressourcen erfordern wieder einen großen Personalaufwand, alles anzupassen und zu überlegen, wie die Modalitäten jetzt sind, welche Voraussetzungen und welche Verträge zu schaffen sind. Man sollte sich schon einmal überlegen, wo da der Gewinn ist (Beifall)

Herr Schäfer, Leiter des Referats Städtebauliche Erneuerung: Ich bin seit 1992 dabei und habe die Einführung des Programms "Die Soziale Stadt" miterlebt, und ich war sehr enttäuscht über den Beschluss des Bundestages, die Modellvorhaben komplett zu streichen und die Durchlässigkeit und Übertragbarkeit von Fördermitteln aus allen anderen Programmen für das Programm "Soziale Stadt" zu stoppen. Auch jetzt ist die 20-prozentige Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Programmsäulen nicht zugelassen. Ich habe sehr wohl verstanden, dass hier Appelle an das Land gerichtet werden: Helft uns bei der Mobilisierung von Fachförderprogrammen.

Aber ich möchte sagen, das Ankerprogramm, das der Herr Ministerialdirektor genannt hat, ist ein Programm zur Refinanzierung unrentierlicher Kosten, die die Kommunen zur Beseitigung städtebaulicher Missstände aufgewendet haben.

Das steht so im Baugesetzbuch, das ist die Rechtslage der Städtebauförderung, das ist die Grundlage für das Programm "Soziale Stadt". Dann ist man bei der "Sozialen Stadt" einen Schritt weitergegangen - das ist mehrfach angeklungen -, die nichtinvestiven Ausgaben - ich nenne das jetzt mal so als Begriff, Sie wissen, was ich meine - mehr in den Fokus zu nehmen und zu sagen, es hat doch keinen Zweck, dass wir die Fassade anstreichen und die Aufzüge reparieren und am nächsten Tag liegt wieder ein betrunkenener 14-Jähriger vor der Tür, oder die frisch gestrichene Fassade ist wieder besprüht.

Wir müssen in die Herzen und in die Köpfe der Menschen, wir müssen einfach die sozialen Verhältnisse stabilisieren. Und dieser Ansatz ist gestoppt worden durch den Bundestagsbeschluss. Und jetzt sollte doch die Energie darauf gerichtet werden, die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag oder die Meinungsträger im Bundestag darüber zu informieren, dass es am allerbesten ist, der Kommune, die im Rahmen der Selbstverwaltung und der Kofinanzierung sowie der kommunalen Planungshoheit die städtebauliche Erneuerung durchführt, mit Modellvorhaben Freiheit an die Hand zu geben, wenn sie sagt: Wir wissen, wo uns der Schuh drückt, wir wissen, was wir im Gebiet an Problemen haben, und da setzen wir die Mittel ein, die wir jetzt haben.

Dann brauchen wir die ganzen Klimmzüge nicht mehr, Herr Segmiller, wo wir uns darüber unterhalten, ob wir etwas mehr Ressortegoismus pflegen oder etwas weniger.

Dabei haben wir gar keinen Ressortegoismus, wir haben ein Ministergesetz, eine Trennung der Geschäftsbereiche der Ministerien. Das war schon die Frage 1999, als man damals fragte: Wir kriegen wir die Integration hin?

Und wenn Sie sagen, wir brauchen einen Quartiersmanager für die Landesregierung, der das alles koordiniert, dann sind wir wieder beim Ministerpräsidenten. Dann sind Sie bei der Regierung oder sonst wo, dann haben Sie immer noch die Haushaltstrennung und die Aufteilung in verschiedene Geschäftsbereiche, aber auch die Fragestellung, die auch beim Bundestag aufgekommen ist.

Da wurden nichtinvestive Kosten bei einem investiven Haushaltstitel gebunden, und das hat man im Rahmen der Haushaltswahrheit und -klarheit gestoppt, also ein formales Argument. Das muss man einhalten, aber man kann schlicht und ergreifend sagen, für die "Soziale Stadt" werden im Haushaltsplan des Bundes genügend Mittel bereitgestellt, die genauso kombiniert nach unten ausgereicht werden - und dann hätten wir es doch! Deswegen ist meines Erachtens für alle, die sich für dieses Thema engagieren, der Hauptadressat der Forderungen - die Frau Graf!

(Heiterkeit, Beifall)

Moderator Steen: Frau Graf, wie finden Sie das?

Regierungsdirektorin Graf: Ich hatte es schon befürchtet.

Ich will auf das Programm "STÄRKEN vor Ort" zurückkommen. Das liegt ja in der Zuständigkeit des BMFSFJ. Es liegt nicht nur an den ESF-Mitteln, denn auch da muss leider gespart werden. Die Haushaltsmittel für die Gegenfinanzierung waren nicht geklärt. Vielleicht gibt es noch Möglichkeiten - das weiß ich nicht - der Weiterführung aus Restmitteln. Ich sehe es im Moment eher nicht. Die Kollegen hatten mich darauf hingewiesen, dass es leider gestrichen werden muss. Das ist ja ein Programm, das auf "Soziale Stadt"-Gebiete beschränkt war.

Zum Stichwort Verwaltungsaufwand bei den ESF-Mitteln: Ich persönlich bin der Überzeugung, dass es bei den vielfältigen Programmen auch einmal gelingen sollte, Schwerpunkte zu setzen und nicht zu kleinteilige Programme aufzulegen. Vielleicht ergibt sich eine Chance in der neuen Förderperiode. Bei den Programmen, die aktuell laufen, wird es sehr schwierig sein, noch einen Schritt voranzukommen.

Zum Adressat Bund: Man muss versuchen, die Ziele darzustellen. Herr Schäfer hat es angesprochen: Es ist ein Städtebauförderprogramm, ein investives Programm. Es müsste gelingen, die Idee der "Sozialen Stadt" bei allen Bundestagsmitgliedern präsent zu machen; teilweise ist das auch schon der Fall. Das zeigen die Reaktionen, die aus dem Bundestag kommen. Ich kann es nur weitergeben, ich bin leider nicht die Bundeskanzlerin, die das entscheiden und in die Ressorts reinschreiben kann, dass sie Geld für die "Soziale Stadt" bereitstellen sollen. Aber wir sind in einem intensiven Dialog. Es ist nicht so, dass es noch gar nicht gelungen wäre.

Zum Stichwort Gesundheit: Da ist es auch gelungen, über die Krankenkassen in den Stadtteilen direkte Maßnahmen zu prüfen und Handlungsempfehlungen zu geben.

Ich habe es schon gesagt, es ist das Bohren dicker Bretter, aber es geht eben auch nur mit Unterstützung. Man sollte die gesamtstädtische Entwicklung sehen, nicht immer nur die einzelnen Maßnahmen, die sind zwar wichtig, aber wozu sie eigentlich dienen, muss dargestellt werden, und dann ist es klar, worum es eigentlich geht bei der "Sozialen Stadt".

Frau Steffen: Frau Graf, das können Sie vielleicht nicht so deutlich sagen, denn Sie sind nicht der Bundestag, Sie sind ein Ministerium, das auch betroffen ist. Man muss sehen, es sind Städtebauförderprogramme generell stark gekürzt worden, und es sind die Gewichte innerhalb der Städtebauförderprogramme stark verschoben worden. Es sind einige mehr oder weniger gleich geblieben - Stadtumbau Ost, Stadtumbau West -, und es ist draufgesattelt worden bei den aktiven Stadtteil- und Ortsteilzentren und bei den kleinen Städten. Und es ist dramatisch nur bei der "Sozialen Stadt" heruntergegangen. Das muss man sagen. Es ist jetzt nicht die allgemeine Finanznot daran schuld. Ich nehme an, dass das das Ministerium oder Ihre Abteilung nicht so gern gesehen hat. Es ist eine klare politische Aussage: Wir wollen das Programm so nicht mehr - mit den Bibliotheken für die kleinen Migrantenmädchen und Ähnliches. Das sind klare politische Prioritäten, die gesetzt worden sind, und das muss man einfach so auch sagen.

Oberbürgermeisterin Petzold-Schick: Ich bin Herrn Schäfer dankbar. Ich habe jetzt nicht nur gemurmelt, aber damit Sie das mit der deutlichen Sprache einer Kommunalen mit nach Berlin nehmen, kann ich nur deutlicher werden: Eigentlich bin ich entsetzt, wenn man sagt - nicht Sie, Sie sind ja nur die Botschafterin, die uns das überbringen muss -, dass es wieder ein Progrämmchen ist. Wir vor Ort sind die letzte Instanz, die den Menschen helfen kann. Man versucht, auf Bundes- und auf Landesebene das Thema Kindergarten und Schule voranzubringen. Man versucht, wo man strukturell etwas machen kann, etwas zu machen. Und dann gibt es einen Bereich, der nicht verfasst ist, und der wird räumlich begrenzt. Insofern ist das nicht irgendein Progrämmchen, sondern die Möglichkeit, die großen Maschen im Netz, die man lokal strukturell sonst nicht erfassen kann, mit einer strukturellen Zuspitzung zu erreichen

Ich bitte Sie dringend, diesen Appell der Kommunalebene mit nach oben zu nehmen. Ich glaube, es wird nicht verstanden, dass die Bürgermeister die Letzten sind - natürlich die Sozialarbeiter und die Kümmerer, ich nenne mich nur stellvertretend für die kommunale Ebene -, und wenn die Menschen zu uns kein Vertrauen mehr haben, dann werden wir das nicht in den Griff bekommen.

Das ist keine Selbstüberschätzung unserer kommunalen Ebene, sondern die nüchterne Erkenntnis. Nachdem die Kirchen ihre Macht verlieren, hat der Staat wieder eine andere Verantwortung für diese Bereiche - so pathetisch das jetzt klingen mag,

aber gerade der Gemeindebezug, der früher von den Kirchengemeinden sehr stark aufgenommen wurde, verliert an Bedeutung. Deshalb bitte ich dringend zu berücksichtigen, dass der Bezirksbezug heute in einer eher säkularisierten Welt nicht vergessen werden darf. Da gibt es keinen Weg zurück.

(Beifall)

Herr Lackenberger: Frau Petzold-Schick, Sie haben völlig Recht. Das Quartier ist der Ort, wo das alles stattfindet, worüber wir hier reden: Da findet die Integration statt, da findet die Bildung statt, da lernt man das Leben vor Ort und all das, worüber die hohe Politik - und auch die mittlere - gerne schöne Reden hält. Da braucht es Menschen, die vor Ort Verantwortung übernehmen und das Ganze ins Laufen bringen. Und deshalb ist es egal, woher das finanziert wird - ob das jetzt vom Bund, vom Bundesministerium, vom Arbeits- oder Sozialministerium kommt, ist letztendlich völlig wurscht, könnte man sagen.

Ich schwanke etwas, ob ich das so sagen soll. Ich habe die Erfahrung gemacht - und ich denke, das können hier viele Quartiersmanager und -managerinnen bestätigen -, für uns vor Ort, in diesen Quartieren, wo die Menschen über lange Zeit das Gefühl hatten, allein gelassen zu werden, sich selbst überlassen zu sein, wo man jedes Vertrauen in sich selbst verloren hat - zumindest eine Zeitlang -, war für uns das Thema Bauen und Sanieren immer das Vehikel, um an die Menschen heranzukommen. Die Wohnung, das Haus ist der letzte Rückzugsort, wo die Menschen sozusagen ihr Nest haben. Wenn wir dahin mit den Informationen kommen, es soll saniert und neu gebaut, evtl. abgerissen werden, betrifft das die Menschen unmittelbar.

Sie sind elektrisiert und mobilisiert und somit ansprechbar. Wenn ich aber komme und sage, lasst uns mal über die Radwegeplanung in der Gesamtstadt diskutieren, interessiert das keinen, denn da ist einfach das Hemd näher als die Jacke. Darauf muss man reagieren. Das Bauen ist also an der Stelle durchaus das richtige Vehikel, um die Menschen zu kriegen. Deshalb ist es mir vielleicht doch nicht so egal, wo das Geld herkommt, denn ich weiß nicht, ob das Bundesbauministerium und das Bundesarbeits- oder -Sozialministerium so gut miteinander können, um neue Programme miteinander abzustimmen. Aber ich möchte mich auf jeden Fall dem Appell insoweit anschließen.

Das alles entlässt aber auch das Land nicht aus der Verantwortung. Wir können auch auf der Landesebene viel tun, um diese Dinge zu vereinfachen, damit sie verständlicher sind und koordinierter stattfinden. Mir ist jetzt gerade eingefallen, vielleicht wäre es sinnvoll, auf Landesebene so etwas wie eine Koordinierungsstelle "Soziale Stadt" oder "Stadtteilentwicklung" einzurichten oder eine Fachberatungsstelle, wo sich die Kommunen und Projektträger konzentrierte Informationen abholen können. Man könnte auch sagen, es gibt eine Querschnittsaufgabe innerhalb der Verwaltung des Landes, wo alle Ressourcen abgeprüft werden, wo ihre Beiträge zur "Sozialen Stadt" sind. Wir haben gehört, das Kultusministerium, die Gesundheit, die Arbeit, die Wirtschaft usw. haben alle irgendetwas damit zu tun, und das gehört zusammengebündelt.

Ich bin es in der Praxis leid, wie ein Dackel von Pontius zu Pilatus zu rennen und zu schauen, wer wo und wie irgendetwas zu bieten hat. Mein Job ist ein anderer: Ich will vor Ort mit den Menschen etwas erreichen, damit es ihnen besser geht, und mich nicht ständig auf die Fährtsuche machen zu müssen, wo es noch ein Progrämmchen gibt usw. Das wollte ich einfach einmal loswerden, als Leidgeplagter von der Front. (Beifall)

Herr Hahn, Amt für Stadtentwicklung Heidelberg: Herr Schäfer, Sie haben sehr elegant die zentrale Verantwortung auf den Bund geschoben, und ich kann Sie da auch in jedem Punkt unterstützen. Aber als Kommune im Land Baden-Württemberg habe ich natürlich schon eine Erwartung auch an mein eigenes Bundesland, auch an die neue Landesregierung, und die würde ich doch nicht ganz aus der Verantwortung lassen und alles nur auf den Bund schieben.

Herr Lackenberger hat jetzt eine Reihe von Vorschlägen gemacht, von denen ich glaube, dass das Land dabei durchaus Aktionsmöglichkeiten hätte, aber gerade als jemand, der aus der kommunalen Sicht kommt und dort für die integrierte Planung verantwortlich ist, ist der Verweis, der schon mehrfach vorgeführt wurde, nämlich die Formalien der Haushaltssatzung, nicht ganz nachvollziehbar. Denn das macht den Eindruck, man will mit einer Formalie ein Problem beheben und sich nicht wirklich mit dem Problem beschäftigen. Und da hoffe ich doch, dass bei der heutigen Veranstaltung gerade auch von Ihnen, Herr Rousta, noch ein stärkeres Bekenntnis zur "Sozialen Stadtentwicklung" von Seiten der Landesregierung kommt. (Beifall)

Moderator Steen: Herr Schäfer, Ihre Eleganz wurde angesprochen.

Herr Schäfer: Das ist jetzt natürlich nicht einfach, wenn auch mein Vorgesetzter wegen der politischen Einstellung angesprochen wurde. (Heiterkeit)

Zumindest darf ich zur Konstruktion der Städtebauförderung noch einen Satz sagen: Herr Hahn, Sie haben völlig missverstanden, was ich gesagt habe. Es ging nicht darum, dass wir das Thema nicht berücksichtigen und aus formalen Gründen - wegen der Haushaltsstatistik oder wegen der Haushaltsfunktionalität - irgendetwas falsch machen. Das Thema soll ja gerade haushaltsrechtlich aufgegriffen und in Ordnung gebracht werden. Es gibt Wege, wie man das mit dem Bundeshaushalt machen kann, dass die Kommune bei ihrer Selbstverwaltung die Modellvorhaben vor Ort hat - und dazu auch noch die richtigen Mittel. Deshalb gibt es eine Handlungsebene beim Bund. Okay, Sie haben Recht, es gibt auch eine Handlungsebene beim Land. Dazu wird noch sicher das eine oder andere Wort gesagt werden.

Ich möchte zur Städtebauförderungstechnik noch auf etwas hinweisen: Wir haben sechs Bundesprogramme und ein Landessanierungsprogramm. Alle Programme werden nur nach Maßgabe der Städtebauförderrichtlinien des Landes ausgereicht.

Deshalb kann es Ihnen im Grunde genommen - das ist jetzt etwas harsch, was ich sage - egal sein, was der Bund in die Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung hineinschreibt. Bei den Kommunen kommt alles an als eine Finanzhilfe, als ein Paket nach Maßgabe der Städtebauförderrichtlinien, und die sind seit 1971 maßvoll angepasst worden, aber immer vor dem Hintergrund: noch mehr Freiheit für die Kommune, noch mehr Kommunenfreundlichkeit, noch mehr Handlungsfreiheit. Und deswegen ist es auch kein besonderes, kein alleiniges Merkmal des Programms "Soziale Stadt", dass man Handlungsstränge kombiniert. Das steht schon seit 1971 im Städtebauförderprogramm - und 40 Jahre Städtebauförderung haben wir alle gerade erst gefeiert - und auch, dass Bund, Land und Kommune ihre Anstrengungen bündeln sollen, damit im Sanierungsgebiet, wo man unter Zeitdruck steht, Veränderungen herbeigeführt werden können. Diesen Bündelungsgedanken hat man 1999 intensiviert. Ich war bei den Besprechungen auf Bundes- und Landesebene dabei, und da hat man gesagt, die Kommunen drücke der Schuh im sozialen Bereich, besonders im sozialen Bereich, lasst uns da etwas machen. Und da war die Idee besser als ihre Umsetzung, und an den Umsetzungsmängeln krankt die Sache heute noch. Die Bündelungsaufgabe besteht schon seit 1999, und die Kosten für einen Quartiersmanager oder für einen Sanierungsberater sind schon von Anfang an bei der Städtebauförderung förderfähig gewesen. Deswegen mag der Quartiersmanager noch eine zusätzliche Funktion übernehmen, aber er ist gedacht als Personalkosten für investitionsbegleitende Maßnahmen - und das ist Steuerung, Beratung, Vorbereitung. Und nichts anderes macht auch ein Sanierungsberater.

Von daher ist das Programm "Soziale Stadt" nichts Neues und nichts Überraschendes und sollte auch nicht überfrachtet werden. Klar ist, dass wir versuchen müssen, so viel wie möglich Freiheit für die Kommune zu bekommen, und das ist meine Richtung.

Moderator Steen: Zur politischen Strategie auf Landesebene jetzt der Vorgesetzte.

Ministerialdirektor Rousta: Ich würde es nicht wagen zu widersprechen. Sie sind der Dienstältere, insofern begegnen wir uns da auf Augenhöhe. (Heiterkeit)

Ich möchte das aufgreifen, was Herr Lackenberger gesagt hat. Sie haben mir im Grunde aus der Seele gesprochen. Ich muss betonen, ich bin kein Fachmann auf diesem Gebiet, bin zwar seit einem halben Jahr im zuständigen Fachministerium, aber bei der Breite der Themen möchte ich mir nicht anmaßen, hier Detailkenntnisse vorzutäuschen. Aber ich möchte mich schon so weit aus der Deckung wagen beim Thema Modellvorhaben, weil ich sehr gut nachvollziehen kann, dass Sie alle aus der Praxis vor die Situation gestellt werden - vorher konnten Sie unmittelbar aus dem Programm ableiten -, dass man Ihnen sagt, schaut euch die Liste an und sucht das Passende heraus. Das halte ich für ein nachvollziehbares Problem. Ich hätte das allerdings nicht so plastisch und voller Emotionen sagen können wie Sie. Deshalb hatte ich auch versucht, da direkt einzusteigen.

Sie haben auf denselben Punkt Bezug genommen und gesagt, hier sei durchaus die Verantwortung der Landesebene gefragt. Das kann ich in dem Punkt absolut akzeptieren. Ich kann Ihnen sagen, dass ich - bevor die Landesregierung gebildet wurde - mit dem sich damals abzeichnenden Minister Peter Friedrich, der jetzt im Staatsministerium sitzt und für den Bereich Europa und Bundesangelegenheiten zuständig ist, über den Punkt gesprochen, ob es nicht einer Anlaufstelle bedürfe, gerade wenn es um die europäischen Fonds gehe. Es gibt eine unglaubliche Vielzahl von Fördermöglichkeiten und nur sehr wenige Menschen, die den Durchblick haben. Diesen Gedanken, so etwas einzurichten, gibt es also schon, und ich nehme aus der heutigen Veranstaltung auf jeden Fall die Anregung und den dringenden Appell mit, dass es für den Bereich "Soziale Stadt", gerade vor dem Hintergrund, dass das Ganze jetzt verkompliziert worden ist, eine dringende Notwendigkeit gibt, sodass wir dort vielleicht damit anfangen können.

Herr Lehmann, Schwäbisch Gmünd: Mir ist gerade bewusst geworden, dass das Quartiersmanagement, was eigentlich die Stärke des Programms ist, irgendwie auch seine Schwäche ist. Ich will es so erklären: Der Quartiersmanager ist eigentlich der Einzige, der versucht, so etwas wie einen 360-Grad-Blick zu haben. Und er sucht eigentlich Verbündete, die einen ähnlichen Blick haben, obwohl sie Ressourcen vertreten. Und genau das fehlt. Deswegen ist der Quartiersmanager oft Einzelkämpfer. Ich denke, es wird letzten Endes auch von der Basis bemängelt, dass man allein gelassen wird - deswegen allein, weil man selbst den Blick hat auf ganz viele Bereiche. Und wenn man nicht auf eine Struktur trifft, wo die Verwaltung ressourcenübergreifend arbeitet, wo das Land ressourcenübergreifend arbeitet oder gar der Bund, dann verpufft einfach ganz viel, und im Endeffekt ist man allein an der Front.

Herr Fries: Ich habe ein eigenes Planungsbüro, und wir sind zurzeit in sieben Kommunen unterwegs - von Bayern bis Rheinland-Pfalz. Daher kenne ich die regionalen Unterschiede ganz gut.

Ich will etwas zu den Modellvorhaben sagen: Wir müssen uns auch kritisch selbst hinterfragen, ob diese Modellvorhaben alle zielgerichtet waren, die da umgesetzt worden sind, und ob wir uns nicht angreifbar gemacht haben. Denn letzten Endes waren sie so gedacht, dass man sagt, man hat ein integriertes Entwicklungskonzept, das sich auf den Sozialraum bezieht, und in Anlehnung an die baulichen Investitionen legen wir soziale Projekte auf. Das war die Grundphilosophie. Und wenn man sich dann einmal diese Projektpaletten anschaut, auch die teilweise sehr kleinteiligen Projekte, muss man sich fragen, ob wir mit den Projekten nicht den Kritikern Argumente geliefert haben, die dann vorgetragen wurden - auch auf politischer Ebene -, um diese Modellprojekte einzustampfen. Das sehe ich als einen sehr wichtigen Punkt.

Zum Thema "Mehr Transparenz in den Förderszenarien": Das Land Rheinland-Pfalz hat eine Broschüre aufgelegt - über die Mittelbündelung usw.

Bis diese Broschüre auf dem Markt war, waren zweieinhalb Jahre vergangen. Sie können sich vorstellen, wie viele Programme davon noch gültig waren. Von daher sollte man kritisch hinterfragen, was eigentlich die richtigen Maßnahmen sind. Sie haben von einer Koordinierungsstelle gesprochen. In Hessen hat das eine Zeitlang wunderbar funktioniert. Es wären bessere Ansätze, enger in den Dialog einzusteigen und die kommunale Ebene zu Wort kommen zu lassen, damit man auch auf Landesebene gehört wird und die horizontale Steuerung innerhalb der Landesministerien funktioniert.

Ich bin ähnlicher Meinung wie Sie, Herr Lackenberger: Ich denke, das Programm ist im Baubereich gut aufgehoben, und ich denke auch, wir müssen politisch jetzt schon arbeiten, auf Bundesebene sagen, wir wollen in der nächsten ESF-Förderperiode wieder so ein Programm wie BIWAQ haben. Das entscheidet sich nämlich jetzt und nicht erst in 2 - 3 Jahren bei der Aufstellung des Programms. Da müssen wir wachsam sein und politische Arbeit leisten, damit wir weiterhin in der "Sozialen Stadt" flankierende Beschäftigungsprojekte umsetzen können, die dann auch in den Stadtteil passen.

Moderator Steen: Ich möchte jetzt die Schlussrunde einläuten. Wir haben noch eine Viertelstunde. Es käme jetzt darauf an, die Gedanken zu bündeln. Was ich bis jetzt herausgehört habe und was wir aus der Gesundheitsförderung auch ganz gut kennen, ist das Risiko, in einer Projektidiotie zu enden mit sehr vielen, immer wieder neu aufgelegten Programmen, mit immer wieder etwas anders angelegten Programmen, wo man schaut, dass man es etwas anders formuliert, um aus dem Topf noch etwas zu bekommen, dass man sich also von Projektphase zu Projektphase hangelt und es möglicherweise weder kommunal noch sonst wie gelingt, so etwas wie Standards zu entwickeln, die tatsächlich auf Nachhaltigkeit zielen und nicht verhindern, dass man es mit immer mehr Auslaufmodellen zu tun hat, an die man immer wieder anknüpft, um Stellen zu sichern, um Aktivitäten zu erhalten und Einrichtungen zu schützen. Das wäre für mich eine der Überlegungen, die in die Schlussrunde hineingehören.

Ein Aspekt scheint mir auch zu sein, was unter anderen auch Herr Lackenberger vorgeschlagen hat: Brauchen wir so etwas wie eine Koordination, die dann tatsächlich ressortübergreifend ist, wo diese Fäden zusammenlaufen, damit man tatsächlich den Gedanken der Nachhaltigkeit sozusagen bündelt - an Personen, an Beratungs- oder Koordinierungsstellen? Was könnte sonst helfen, um aus diesem Schlamassel herauszukommen, der mehrfach beschrieben wurde, dass man immer schauen muss, wo gibt es wieder etwas und wie muss man vorgehen, damit man da reinkommt, ohne dass eine Parallelförderung droht, also ganz viele Geschichten, die man ausschließen muss, um tatsächlich langfristig planen zu können?

Das ist jetzt meine Aufforderung an die Schlussrunde, dass Sie dann, wenn Sie jetzt zu Wort kommen, in dieser Richtung etwas sagen.

Was wäre Ihre Idee, Ihr Wunsch, Ihre Zielsetzung oder Forderung auf der einen Seite? Und auf der anderen Seite bitte ich Sie, was ich bei solchen Podiumsdiskussionen immer für wichtig halte, eine Art Selbsterklärung abzugeben, worum man sich selbst kümmern werde, was man für sich aus dieser Veranstaltung mitnimmt als wichtiges Anliegen.

Oberbürgermeisterin Petzold-Schick: Ich möchte noch einen Satz außerhalb der Schlussrunde zu dem Herrn vorhin sage: Ich verstehe, was Sie meinen, aber leider wurde noch keine Argumentation vorgebracht, dass die Gelder unsinnig verwendet worden sind. Insofern finde ich nicht, dass wir obersebstkritisch sein müssen, wenn der Bund ganz klar sagt, er wolle neue Prioritäten setzen. Es gab keine Analyse - mir liegt jedenfalls keine vor -, dass bei dieser Verteilung der Gelder auch nur annähernd ein Missbrauch oder eine falsche Ressourcenbündelung vorgekommen sei. Es gibt andere Bereiche mit anderen Beträgen, die in großen Maßen gelenkt wurden. Aber hier war gerade der Charme, dass dann, wenn mal eine Maßnahme nicht ganz so spektakulär und sozial integrierend war, trotzdem das Geld floss, denn es waren so geringe Beträge, dass sie in der Gesamtsituation sicher keine große Rolle spielten. Insofern nehme ich das gerne auf, aber ich würde auch gerne vom Bund hören, ob man das Geld falsch verwendet hat. Denn das habe ich bisher mit keinem Ton gehört - und das ist ja das Tragische: Man setzt neue Prioritäten ohne Evaluation, dass das Alte falsch war.

Zu meinen Wünschen und meiner Selbstverpflichtung: Ich wünsche mir, dass der Quartiersbezug von allen ministerialen Ebenen weiterhin gesehen wird - mit den entsprechenden Zuschussprogrammen. Wie die heißen, ist nicht meine Welt. Auf jeden Fall sollen sie transparent und nachhaltig sein. Mein Wunsch ist, dass wir uns vor Ort wirklich streiten um die richtige Verwendung. Und mein Versprechen an die Geldgeber ist: Glauben Sie nur nicht, dass wir nicht um jede 10.000 Euro ringen mit den entsprechenden Lobbyisten. Allein das ist ein sehr mühsamer, aber wirksamer sozialpolitischer Prozess. Und das noch sozialpolitisch zu verankern, hat eine eigene Qualität, die diesen Maßnahmen immanent ist, und ich selbst als OB bin auch bereit, kommunales Geld flankierend dazuzugeben. (Beifall)

Frau Steffen: Auf der Bundesebene wünsche ich mir, dass wir einen Minister haben, der nicht nur Verkehrsminister heißt und eine Milliarde Euro aus der Städtebauförderung für den Verkehr abzieht, sondern einen Minister, der sich als Stadtentwicklungsminister versteht und die Probleme von Städten und nicht nur von Dörfern und Kleinstädten kennt und ernst nimmt, diese offensiv vertritt und etwas dafür tut. (Beifall)

Auf Landesebene, wo jetzt ein ganz großer Neuanfang herrscht, wünsche ich mir trotz Ministergesetzen und hunderttausend Hindernissen eine Fördermöglichkeit, die interministeriell ist, indem jedes Ministerium ein Prozent seines Budgets gibt

- ich weiß, das ist utopisch, aber es geht doch um integriertes Handeln und die Grenzen in den Köpfen, die Grenzen zwischen den Ressorts abzubauen, und zwar für Projekte, die langfristige Arbeitsansätze sind, die mehr Zielprojekte sind, nicht lauter kleine Projektchen aus unterschiedlichen Bereichen, denn es geht um wirklich integriertes Handeln, was für die Förderung von Städtebau, Wirtschaft, soziales Leben und Kultur, unterschiedliche Altersgruppen und soziale Herkunft hilfreich ist. Es geht um die Projekte und Ansätze, die am meisten etwas bringen - und die müssen gefördert werden. Innovation ist ein wichtiger Schwerpunkt dabei, deshalb nenne ich sie Innovationsprojekte.

Diese werden sonst nur im Bereich der Technologie gesehen, aber auch hier ist das ganz besonders dringend. Ich will keine Gespenster an die Wand malen, aber ich bin jedes Jahr in London - und ich war auch in diesem Jahr wieder dort -, und es ist schon ein eigenartiges Gefühl, wenn man dort ist und London brennt. Die Leute dort sagen, das waren die schlimmsten Bilder seit dem Blitzkrieg, also seit dem Zweiten Weltkrieg, seit der Bombardierung Londons. Ich will nicht sagen, dass die "Soziale Stadt" so etwas monokausal verhindern kann, aber ich glaube doch, dass unsere Sozial- und Städtebaupolitik einiges damit zu tun hat, dass wir vielleicht etwas anders ausgestattet sind.

Meine Selbstverpflichtung ist: Wenn die neue Landesregierung einladen würde zu einem interministeriellen, fachübergreifenden Gespräch, auch für unterschiedliche Partner, die in der "Sozialen Stadt" und in der Stadtentwicklung Erfahrung haben, würde ich mich sehr engagiert daran beteiligen.

(Beifall)

Ministerialdirektor Rousta: Ich setze am letzten Punkt an. Sie wissen, der Minister Dr. Schmid hat die dialogorientierte Wirtschaftspolitik als den Überbau all dessen, was unser Haus macht, ausgerufen, und das passt da wunderbar rein.

Was ich als Erstes gerne zusagen möchte, ist, dass wir ein sehr offenes Ohr für das gesamte Thema haben werden, dass ich das, was ich heute aus dieser Veranstaltung mitnehme, dahin gehend weiter verarbeiten werde, dass wir ein Treiber sein werden, auch in Richtung Bund, denn ich teile all ihre Kritik, was die Umverteilung der Mittel innerhalb der Städtebauförderung betrifft. Ich habe persönlich das Erlebnis gehabt, bei der Bundesministerkonferenz in Koblenz dabei zu sein und den Minister, den ich jetzt bei Gott nicht verteidigen muss, als sehr glaubwürdig erlebt zu haben, als mit 16 zu 0 Stimmen die Bundesländer dafür geworben haben, das Programm "Soziale Stadt" fortzusetzen. Er war etwas in der Zwickmühle, denn er hatte eine Entscheidung zu verteidigen, die an noch höherer Stelle getroffen wurde - ich denke, vom Finanzminister.

Wir müssen alle versuchen dranzubleiben. Insofern ist die Verpflichtung, die ich mitnehme, gleichzeitig auch der Appell an Sie: Seien Sie eine starke Lobby und nutzen Sie, dass ich Ihnen zusage, dass wir ein offenes Ohr haben werden. Bündeln Sie die Appelle und tragen Sie sie in einer komprimierten Form an uns heran, sodass wir gut damit umgehen können.

Das Zweite, was ich mitnehmen werde: Ich werde mir die Überprüfung des besagten Kabinettsbeschlusses noch einmal vornehmen, gemeinsam mit meinen Kollegen und Kolleginnen, und werde schauen, dass wir diese Ressourcenbündelung wieder stärker zum Tragen bringen werden.

Das dritte Stichwort ist die Koordinierungsstelle. Ich werde Minister Peter Friedrich noch einmal auf unsere alte Idee ansprechen. Wir werden schauen, inwiefern wir als Ministerium da in die Verantwortung gehen können.

Diese drei Punkte sind das, was ich aus dieser Veranstaltung heute mitnehmen werde. (Beifall)

Moderator Steen: Einen Satz noch, bevor ich das vergesse. Sie haben die starke Lobby angesprochen. Dazu würde auch die Landesarbeitsgemeinschaft gehören, die es zu stärken gelte. Wenn Sie dort noch nicht Mitglied sind, sprechen Sie die Kollegen nachher doch mal darauf an. Es würde helfen, viele unterschiedliche Berufsgruppen und Funktionen in dieser Gemeinschaft zu haben

Ministerialdirigent Segmiller: Wir reden vom Europäischen Sozialfonds, von der Landesumsetzung. Die Landesumsetzung geschieht durch das Operationelle Programm, das jetzt in der neuen Förderperiode neu aufgelegt wird. Dieses Operationelle Programm ist ein interministerielles Programm. Beteiligt sind daran das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen, das Kultusministerium, das Ministerium für Wissenschaft und Kultur und das Ministerium Ländlicher Raum, aber auch das Integrationsministerium. Wir werden in der Neuauflage natürlich alle Ressourcen mit einbeziehen.

Ich nehme von der heutigen Veranstaltung mit, dass das Thema "Sozialraumorientierung" ein Thema werden wird. Ich gehe davon aus - wir machen ja eine offene Anhörung über das Internet -, dass das auch von der Landesarbeitsgemeinschaft eingebracht wird. Es wird von verschiedenen Interessengruppen verschiedene Dinge eingebracht werden. Es wird beispielsweise der Schwerpunkt Gesundheit eine Rolle spielen, und zwar in der Ausprägung "Arbeit und Gesundheit", darauf habe ich schon hingewiesen. Diese Themen werden auf Landesebene kommen.

Davor geschaltet sind im nächsten Jahr und in 2013 das Thema "Strukturordnung auf EU-Ebene" und die Mittelverteilung. 2012/13 läuft die Mittelverteilung. Die EU-weite Mittelverteilung ist kaum mehr veränderbar. Es wird ein spannendes Thema sein: Mittelverteilung Bund - Länder. Wenn der Bund sagt, aus gewissen ordnungspolitischen Gründen machen wir weniger Sozialpolitik im Städtebau, dann müssten die Länder sagen, sie bräuchten die ESF-Gelder, die bisher der Bund verwendet hat. Es wird also interessante Diskussionen geben.

Wenn wir dann die finanzielle Verteilung geklärt haben, wird es darum gehen, Herr Roust, wie bekommen wir es landesweit in ein Operationelles Programm und welchen Stellenwert bekommt die Sozialraumorientierung.

Wir machen im ESF nicht diese engen Gebietskulissen, sondern ich würde eher zusagen, die Mittel freizugeben und vor Ort über die Arbeitskreise darüber entscheiden zu lassen, in welche Sozialraumorientierung man gehen will. (Beifall)

Regierungsdirektorin Graf: Ich nehme für heute noch einmal mit, dass der Quartiersbezug in der Städtebauförderung richtig aufgehoben und es notwendig ist, von der Stadtentwicklung auszugehen. Ich kann Sie nur darin bestätigen, dass es so ist. Wir haben auch eine Studie zur Verstetigung in Auftrag gegeben, aus der deutlich geworden ist, dass gerade die baulichen Anker sehr notwendig sind. Insofern nehme ich gerne mit, dass das in der Städtebauförderung und im Bau- und Stadtentwicklungsministerium richtig aufgehoben ist. Nehmen Sie die 40 Millionen als Signal. Aber gleichwohl sind wir uns einig, dass wir weiterhin um Unterstützung werben müssen, alle gemeinsam.

Ich möchte noch einmal die Modellvorhaben aufgreifen. Ich würde nicht sagen, dass alle Modellvorhaben schlecht waren. Aus fachlicher Sicht würde ich Evaluierung vorziehen, bevor eine Entscheidung getroffen wird. Aber es ist offensichtlich so diskutiert worden, dass viele Modellvorhaben im Bauministerium nicht richtig aufgehoben sind. Es sind viele tolle Projekte entstanden, herausragend z. B. die Stadtteilmütter, die sich auch bundesweit verbreiten. So war es auch immer gedacht, dass man mit einem Modellvorhaben beginnt, mit einem Anstoß aus der Städtebauförderung, aus der "Sozialen Stadt", und die anderen Ressorts diese Aufgaben dann auch übernehmen. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass auch die anderen Ressorts ihren Teil zu einer integrierten Stadtentwicklung beitragen.

Was mir heute etwas zu kurz kam, ist, auch weitere Partner einzubeziehen. Ich bekomme das auch von Kommunen mit. Sie sind nicht die einzigen, die sagen, die gesamten Projektanträge sind ein Problem für sich, und von einem Projekt zum nächsten zu hetzen, ist auch nicht das richtige. Deshalb plädiere ich mehr dafür - und unterstütze das auch -, Stiftungen und Unternehmen stärker für die Belange der "Sozialen Stadt" zu aktivieren. Denn ich glaube, das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, diese Gebiete zu unterstützen. Ich nehme mich da nicht aus und hoffe, dass wir ein Stück weiterkommen.

Herr Lackenberger: Ich bin sehr erfreut über das, was ich jetzt aus dem Podium höre. Dafür, dass wir das erste Mal in dieser Zusammensetzung uns treffen und es das erste Mal ist, dass auch die Landesministerien zu so einer Veranstaltung kommen, bin ich jetzt fast richtig guter Dinge. (Beifall)

Ich kann sozusagen als Replik sagen, wir suchen als LAG weiterhin den Dialog mit Ihnen, auch mit anderen Akteuren, die in diesem Bereich herumspringen. Ich habe da auch eine Vision entwickelt: Ich könnte mir so etwas wie einen Baden-Württemberg-Gipfel für Stadtentwicklung vorstellen, bei

dem man mit Zeit und Fachleuten zusammensitzt und noch etwas genauer hinschauen kann, was es denn braucht, um hier im Land - unter den spezifischen Bedingungen Baden-Württembergs und mit den Voraussetzungen des Bundes - das Bestmögliche umzusetzen. Das wäre eine Vision und auch ein Wunsch von mir, den ich für die Zukunft habe.

Selbst vornehmen möchte ich mir - das habe ich heute Morgen noch gar nicht angeführt -, das "Bündnis für eine Soziale Stadt Baden-Württemberg". Das ist im Übrigen auch ein Anlass, weshalb wir heute hier zusammengekommen sind. Ich sehe und höre, dass es weiterhin notwendig sein wird, auch auf Bundesebene Lobbyarbeit zu betreiben und auch ein Stück weit Druck zu entwickeln.

Deswegen soll heute hier ein Bündnis für Soziale Stadt in Baden-Württemberg gegründet werden, sozusagen ein Ableger des Bündnisses im Bund, das es schon gibt, mit 5 - 7 Beteiligten aus Baden-Württemberg. Deshalb halte ich es für richtig und sinnvoll, so etwas in Baden-Württemberg aufzulegen. Sie haben in Ihren Unterlagen den Bündnistext und den Aufruf dazu vorliegen.

Es gibt Unterschriftenlisten, die ausliegen. Sie können sich also gleich hier damit einverstanden erklären. Wir werden nachher im Plenum das Ganze vorstellen und weiter behandeln.

(Beifall)

Moderator Steen: Ich sage ganz herzlichen Dank ans Podium für Ihre Diskussionsbeiträge und das Interesse an dieser Debatte. Herr Lackenberger hat es eben ausgedrückt, es wäre sinnvoll, wenn heute Nachmittag noch viele Lobbyisten bei der Diskussion über das Bündnis in Baden-Württemberg dabei wären.

Nach einer kurzen Trapezvorführung entlasse ich Sie dann in die Mittagspause.



Soziale und integrierte Stadtentwicklung— Erfahrungen, Wirkungen, Impulse

Gabriele Steffen

Geschäftsführerin, Weeber+Partner, Institut für Stadtplanung und Sozialforschung, Stuttgart/Berlin



Das Programm Soziale Stadt ist in vieler Hinsicht eine Erfolgsgeschichte. In den benachteiligten Stadtteilen sind Veränderungen sichtbar und spürbar – baulich-städtebaulich ebenso wie in Bezug auf Image, Zusammenleben und Engagement.

Soziales und kulturelles Kapital ist gewachsen und Investitionen haben vielfache weitere ausgelöst. Nicht zu unterschätzen ist der Beitrag zum sozialen Frieden. Maßgeblich war zum einen die engagierte Arbeit vor Ort, zum anderen der strategische Ansatz dieses Städtebauförderungsprogramms.

Über das Programm hinaus weisen Zukunftsthemen, die in den guten Projekten im Mittelpunkt standen: der kleinteilig sozialräumliche Ansatz mit dem Stadtteilmanagement und dem Fokus auf dem jeweiligen Quartier, aber im gesamtstädtischen Kontext; die konsequente Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, der Einrichtungen und auch der lokalen Ökonomie über das bloße "Mitreden" hinaus, auch als Beitrag zu neuen Governance-Formen, zu einer neuen Verantwortungsteilung zwischen Staat, privater Wirtschaft und Zivilgesellschaft; und die integrierte und integrative Stadterneuerung, die sich nicht in der Addition von "Maßnahmen" erschöpft, sondern geteilte Ziele, Akteure, Aktivitäten, Organisationsformen, Ressourcen, Räume und Zeiten umfasst.

Viel Beifall bekommt oft die Forderung "Nicht in Steine investieren, sondern in Menschen". Dies ist aber die falsche Alternative. Es gilt zu investieren – in Menschen *und* in Stadt-Räume für Menschen, in denen sozialer und wirtschaftlicher Austausch gelingt.

Nicht alle Erwartungen konnte die Soziale Stadt erfüllen. Armut, Arbeitslosigkeit, Bildungsarmut, Segregation lassen sich in großem Umfang nicht allein durch ein Städtebauförderungsprogramm beheben. Zur Mittelbündelung haben andere Fachressorts nur sehr begrenzt beigetragen, und die ressortübergreifende Kooperation ist auf allen Verwaltungsebenen – von ermutigenden Ausnahmen abgesehen – ein Problem. Es gibt auch große Unterschiede zwischen den Gebieten und der Qualität der Entwicklungskonzepte.

Perspektiven sind zum einen, das in der Sozialen Stadt Erreichte durch tragfähige Strukturen zu sichern. Hierfür lassen sich erste Erfahrungen und konzeptionelle Ansätze für Verstetigungsstrategien nutzen. Für die Weiterentwicklung geht es darum, das Folgeprogramm "Soziale Stadt - Investitionen im Quartier" mit nicht-investiven Programmen zu verknüpfen und generell kommunale und regionale Politikfelder auf benachteiligte Quartiere zu fokussieren – vor allem die Bildungspolitik, aber auch Wirtschaftsförderung und andere. Integrierte Strategien sind in vielen Handlungsfeldern gefordert, zum Beispiel in Bezug auf Gesundheit, demografischen Wandel, Kriminalprävention, Umwelt und Klima, Bürgerengagement und Governance.

Hier lassen sich Erfahrungen aus der Sozialen Stadt nutzen und weiterentwickeln. Vor allem kommt es darauf an, durch laufende kleinteilige Stadterneuerung und bei der Entwicklung neuer Stadtquartiere dafür zu sorgen, dass keine weitere sozialräumliche Benachteiligung und Segregation gefördert wird. Erfahrungen zeigen, dass sich durch neue Ansätze, vor allem im Zusammenhang mit kleinteiliger Nutzungsvielfalt, sozial und funktional heterogene Gebiete mit hoher Lebensqualität entwickeln oder erhalten lassen.

Gabriele Steffen, Geschäftsführerin
WEEBER+PARTNER, Institut für Stadtplanung und Sozialforschung (Stuttgart/Berlin)
Mühlrain 9, 70180 Stuttgart, Tel. 0711 62009360, wpstuttgart@weeberpartner.de,
www.weeberpartner.de

Soziale und integrierte Stadtentwicklung: Erfahrungen, Wirkungen, Impulse

Die Zukunft der Sozialen Stadt in Baden-Württemberg, LAG, Bruchsal 02.12.2011

Gabriele Steffen, Geschäftsführerin



WEEBER+PARTNER

Institut für Stadtplanung und Sozialforschung
Stuttgart/Berlin

WEEBER+PARTNER

Was haben wir erreicht? Wirkungen der Sozialen Stadt

- ▶ sicht- und spürbare Veränderungen in den Quartieren (baulich-städtebaulich, Infrastruktur, Zusammenleben, Image und Stimmungslage, Beteiligung) - Stabilisierung statt Abwärtsspirale
- ▶ zahlreiche gute Projekte, viel neues Engagement
- ▶ neue Wege bei Bürgerbeteiligung, Kommunikation und Selbstorganisation
- ▶ Aufbau von sozialem und kulturellem Kapital - nicht nur "bonding", sondern auch "bridging" (Putnam)
- ▶ engagierte Teams, hohe Identifikation - spricht besonders innovative Leute an und setzt Ideen frei
- ▶ Bekanntheit und Wertschätzung in Fachkreisen
- ▶ 1 Euro Städtebauförderung löst bis 8,50 Euro weitere private und öffentliche Investitionen aus (90 % der Mittel für investive Vorhaben)
- ▶ wichtiger Beitrag zum sozialen Frieden in den Städten

"Soziale Stadt" in vieler Hinsicht eine Erfolgsgeschichte



WEEBER+PARTNER

Was war dafür wichtig?

- ▶ Soziales als Thema + Ziel eines Städtebauförderungsprogramms
- ▶ Zuwendung zu bisher vernachlässigten Quartieren
- ▶ Verbindung investiver und nicht-investiver Ansätze
- ▶ fach- und ressortübergreifender Ansatz: Integriertes Entwicklungskonzept, Ressourcenbündelung
- ▶ Fokus Quartier: kleinteilig sozialräumlicher Ansatz, quartiersbezogene Organisationsformen
- ▶ aktive Rolle der Menschen ("Akteure") im Stadtteil
- ▶ geteilte Verantwortung öffentliche Hand - private Wirtschaft - Bürgerschaft
- ▶ Thematisierung der lokalen Ökonomie
- ▶ Ziel: selbsttragende Entwicklung
- ▶ strategischer Ansatz des Programms: Lernendes Programm, top down und bottom up
- ▶ bisher best ausgestattetes und best evaluiertes Städtebauförderungsprogramm



Quartier und Gesamtstadt

- ▶ Fokus Quartier – kleinteilig sozialräumlicher Ansatz
- ▶ integrierter Blickwinkel: Menschen im Quartier und Profis, Handlungsraum für den Alltag, Zusammenhänge statt fachlich-administrative Sektorisierung
- ▶ unterschiedliche Quartierstypen: Wohnsiedlungen und Mischgebiete – spezielle Probleme in reinen Wohnsiedlungen
- ▶ quartiersbezogene Organisationsformen für Politik und Verwaltung vor Ort (v.a. Quartiersmanagement)
- ▶ Orientierung nicht (nur) an Defiziten, sondern: Stärken, Ressourcen und Potenziale entdecken und entwickeln
- ▶ Einbindung in gesamtstädtischen Kontext (sozial, räumlich, funktional)



Beteiligung, Kooperation, neue *governance*-Formen

- ▶ neue Kompetenzen für Bürgerinnen und Bürger – über "Mitreden" und "Mitnehmen" hinaus
- ▶ neue Partnerschaften öffentliche Hand – Wirtschaft – "3. Sektor" / Zivilgesellschaft: geteilte Verantwortung, Ko-Produktion
- ▶ wichtige Rolle der lokalen Ökonomie (auch "Migrantenökonomie") – Selbständigkeit und unternehmerisches Handeln
- ▶ neue Kooperationsformen zwischen Verwaltung und Stadtteil (Sprecher/innen von Arbeitskreisen, Vertreter/innen Schulen, Kirchen, Wirtschaft, Migrantinnen und Migranten, Älteren...)
- ▶ Verbindung von Engagement und Finanzverantwortung (Quartiers- / Verfügungsfonds, Begleitausschüsse, Bürgergremien)



WEEBER+PARTNER

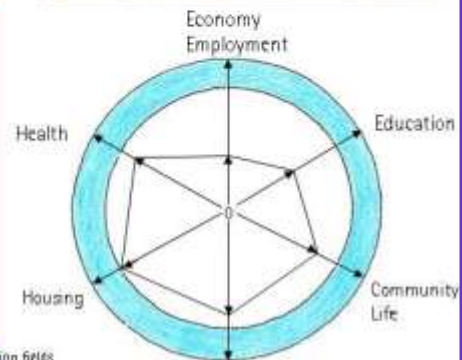
Integrierte und integrative Stadterneuerung

- ▶ Zusammenarbeit über Fach- und Hierarchiegrenzen hinweg (vertikal / horizontal)
- ▶ keine bloße Addition von "Maßnahmen"- gemeinsame Ziele, Mehrziel-Projekte
- ▶ gebaute und gelebte Stadt
- ▶ Einbindung in gesamtstädtischen Kontext
- ▶ Integration und Inklusion als Prinzip und Ziel



7 W der Integrierten Planung:

- ▶Wozu? Ziele, Wirkungen
- ▶Wer? Akteure, Beteiligte, stakeholders
- ▶Was? Entwicklungskonzept, Strategien, Aktivitäten
- ▶Wie? Organisation, Methoden
- ▶Womit? Ressourcen (Finanzen, Personal)
- ▶Wo? räumliche Ebene, Orte
- ▶Wann? Zeiten und Zeitrhythmen



action fields
Weeber+Partner, URBACT Environment

WEEBER+PARTNER

Nicht in Steine investieren, sondern in Menschen??



WEEBER+PARTNER

Hallo Hallschlag

Wohnen im „grünen Hallschlag“

Investieren!

In Menschen und in Stadt-Räume für Menschen - für sozialen und wirtschaftlichen Austausch

Stadt als gebaute Stadt - als Lebensform - als politische Gemeinde
 öffentlicher Raum als Raum, aus dem niemand ausgeschlossen ist
 Bedeutung des Gebauten für Alltagsorganisation und Lebensqualität
 Beteiligung bei investiven Projekten
 im (Städte-)Baulichen und Sozialen entscheidend: Integration, Inklusion, Zusammenhänge,
 Umgang mit Differenz oder Separierung und Isolierung

WEEBER+PARTNER

Was ist *nicht* gelungen?

teilweise zu hohe Erwartungen an ein *Städtebauförderungsprogramm*:

- Verringerung von Armut, Bildungsarmut, Arbeitslosigkeit in großem Umfang
- strukturelle Veränderungen der Lebensbedingungen
- grundsätzlicher Abbau von Segregation
- selbsttragende Entwicklung
- durchgreifender Umbau zur bürgerorientierten Verwaltung

Probleme bei der Umsetzung:

- Mittelbündelung (Mangel an integrierbaren Programmen, Probleme vorhandener Programme, Regelförderung außen vor – z.B. Bildung)
- ressortübergreifende Kooperation in Verwaltungen
- zu wenig Diskurs über Zusammenwirkungen physischer und sozialer Strukturen, gebaute und gelebte Stadt

Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund (0 bis unter 12 Jahre)

Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund an den Kindern

74,2% und mehr	10,0%
64,2% bis unter 74,2%	10,0%
48,7% bis unter 64,2%	10,0%
38,0% bis unter 48,7%	10,0%
unter 38,0%	10,0%

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Perspektiven: In der Sozialen Stadt Erreichtes sichern

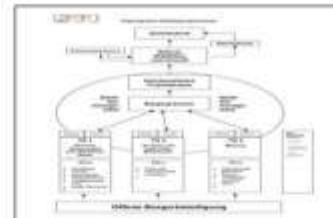
Ziele:

- ▶ Rückschritte verhindern
- ▶ Erfahrungen und Projekte sichern
- ▶ begonnene Entwicklungen weiterführen
- ▶ Transfer ermöglichen

Tragfähige Strukturen:

- ▶ Kooperative, integrierte Organisationsformen /
Managementstrukturen
 - politisch-administrative Ebene
 - kleinräumig-lokale Ebene
- ▶ Maßnahmen und Projekte
 - spezifische Investitionen (z.B. Bürgertreffs)
 - städtebaulich-soziale Strukturen
 - nicht-investive Projekte und Vorhaben, Modellvorhaben
- ▶ Finanzierung und Ressourcenbündelung
 - für Maßnahmen, Projekte, Strukturen, laufende Arbeit durch Mittelbündelung, andere Fachressorts, neue Finanzierungsformen, Stadtteilbudgets, sozialraumorientierte Haushalte

WEEBER + PARTNER



Beispiel: Verstetigungsstrategie Ludwigsburg-Eglosheim

(2001-2008 Programm Soziale Stadt)

- ▶ "Eglosheim – wir machen weiter" als Modellvorhaben
- ▶ Stadtteilbeauftragte in der Verwaltung als Schnittstelle zwischen Bürger/innen, Stadtteil – Verwaltung
- ▶ regelmäßige Stadtteilkonferenzen
- ▶ Stadtteilbudget (für Projekte, die Ziele aus der Sozialen Stadt weiterführen)
- ▶ Bürgertreff mit Mittagstisch als bleibendes Ergebnis der Sozialen Stadt (investiv und nicht-investiv, Netzwerk zahlreicher Träger, mehrere Ziele/ Handlungsfelder)
- ▶ Projekte durch "Lokales Kapital für soziale Zwecke" und STÄRKEN vor Ort
- ▶ Stadtteilbüro als Anlaufstelle (seit 2009 in Trägerschaft der Stadt)
- ▶ konzeptionelle Weiterentwicklung des gesamten Stadtteils durch STEP (Stadtteilentwicklungsplan) im Rahmen des STEK (Stadtentwicklungskonzept)
- ▶ <http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/>

WEEBER + PARTNER



Verstetigen und Weiterentwickeln Unterschiedliche Verstetigungsstrategien

- ▶ **Anchoring** Maßnahmen sichern
- ▶ **Mainstreaming** Aufrechterhaltung als Daueraufgabe

- ▶ **Einbauen** in übergreifende Programme (z.B. STEP)
in "normale", vorhandene Strukturen

- ▶ **Abgeben** an andere Fachressorts
Aufgaben des Quartiersmanagements an Akteure im Stadtteil
einzelne Aufgaben an externe Dienstleister

- ▶ **Generalisieren** Erweiterung des räumlichen Bezugsrahmens
Raumorientierung der Verwaltung (Organisation, Finanzen)

- ▶ **Konzentrieren, reduzieren** Sicherung der wesentlichen Projekte, Elemente, Strukturen
Herunterfahren

- ▶ **Übertragen** auf andere Stadtteile
auf andere Projekte

Perspektiven: Worauf es jetzt ankommt

- ▶ tragfähige Strukturen in den Programmgebieten der Sozialen Stadt sichern
- ▶ neues Programm "Soziale Stadt - Investitionen im Quartier" mit nicht-investiven Programmen verknüpfen
- ▶ kommunale und regionale Politikfelder auf benachteiligte Quartiere fokussieren (v.a. Bildungspolitik, auch Wirtschaftsförderung u.a.)
- ▶ integrierte Strategien in anderen Handlungsfeldern verankern (Gesundheit, demografischer Wandel, Kriminalprävention, Umwelt /Klima, Bürgerengagement...)
- ▶ Erfahrungen weitergeben (Integrierte Stadtentwicklung, Governance, Beteiligung)
- ▶ vorausschauend: Monitoring, laufende kleinteilige Stadterneuerung, Quartiersentwicklung - soziale Ziele verankern
- ▶ keine weitere sozialräumliche Benachteiligung und Segregation fördern - neue Ansätze für die Stadtentwicklung: Nutzungsvielfalt - heterogene Gebiete mit Lebensqualität



WEEBER+PARTNER



WEEBER+PARTNER

Institut für Stadtplanung und Sozialforschung

Mühlrain 9, 70180 Stuttgart
Tel. 0711 62009360 Fax 0711 62009389
wpstuttgart@weeberpartner.de

Emser Straße 18, 10719 Berlin
Tel. 030 8616424 Fax 030 8616630
wpberlin@weeberpartner.de

www.weeberpartner.de

Kunsthof Bruchsal Gutes Beispiel aus der Praxis

Tom Naumann
Leiter Kunsthof
Musik- und Kunstschule

Dieter Gohl
Sanierungsstelle
der Stadt Bruchsal



Mit der Fertigstellung des neuen Baubetriebshofes 2001 wurde dem alten Bauhof seine Nutzung entzogen. Der Versammlungsraum der Bauhofmitarbeiter wurde von der DLRG als Vereinsraum übernommen. Einzelne Werkstätten nutzte fortan die Kunstschule. Der Bürotrakt wurde von den Streetworkern als Anlaufstelle genutzt.

Wenn keine feste Nutzung mehr vorhanden ist, dann wachsen die einzelnen Zwischennutzungen schritt für Schritt. Sowohl die DLRG benötigte immer mehr Fläche für die Tauchtechnik und Einsatzfahrzeuge. Die Kunstschule richtete einen leerstehenden Raum nach dem anderen für ihren Unterricht her.



Mit Beginn der Sanierungsmaßnahme "Durlacher-/Prinz-Wilhelm-Str." kam der alte Baubetriebshof wieder auf die politische Tagesordnung. Die Chance hier ein niederschwelliges Angebot schaffen zu können war gegeben. Allein eine erste Planung erbrachte zu erwartende Kosten von rd. 1 Mio. €. Dies ließ sich kommunalpolitisch nicht darstellen. Mit allen Akteuren wurde über deren Engagement und die zukünftige Nutzungen gesprochen. Der Gemeinderat hat sich mehrheitlich für den Erhalt der Einrichtung, im Rahmen einer Sicherung des Objektes bei einem Einfachen Ausbaustandard ausgesprochen.

Mit der DLRG und der Musik- und Kunstschule, aber auch durch die Unterstützung der Agentur für Arbeit wurde ein riesiges Potential von Manpower aufgebracht, sodass bei der Stadt Bruchsal nur noch die reinen Materialkosten verblieben. Ein paar wenige Handwerkerrechnungen mussten selbstverständlich übernommen werden.



Zudem wurde an dem Objekt Baustoffwiederverwertung im großen Stil praktiziert. Wieder zu verwendende Baustoffe anderer öffentlicher Maßnahmen wurden im jetzigen Kunsthof wieder eingebaut. So fanden zum Beispiel die bei der Rathauserneuerung ausgebauten Fenster wieder eine neue Heimstadt.



Die Abrechnung der baulichen Investition lag bei rd. 400.000 €. Mit Unterstützung durch die Sanierungsförderung betrug der Eigenanteil der Stadt Bruchsal rd. 260.000 €.

Mit der jetzt erreichten Nutzung der nördlichen Räumlichkeiten incl. der Fahrzeughallen durch die DLRG und der südlichen Räumlichkeiten durch die Kunstschule wurde eine zukunftsfähige Einrichtung geschaffen. Die Verortung einer Vielzahl von Modellvorhaben und Mikroprojekten aus dem ESF Bundesprogramm "STÄRKEN vor Ort" zeigt, dass die Einrichtung gut angenommen wird.



Eine öffentliche Einrichtung in der es auch einmal „dreckig“ sein darf! Schweißen, betonieren, bildhauen, malen und vieles mehr!

Aber auch Treffpunkt für unterschiedliche Gruppen. Theater spielen, diskutieren, tanzen oder einfach nur geselliges Zusammen-

kommen, alles ist im Kunsthof möglich. Neben Schulen, Kursunterricht der Kunstschule treffen sich hier auch Akteure der Modellvorhaben und Mikroprojekte zu ihren Programmpunkten oder Weiterbildungen.



Bündnis für die Soziale Stadt Vorstellung und Diskussion des Entwurfs

Gründungsaufruf für das
„Bündnis Soziale Stadt Baden-Württemberg“



Für soziale Stabilität in den Städten Baden-Württembergs



Die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg ist 2011 dem vom Deutschen Städtetag ins Leben gerufenen „Bündnis für eine Soziale Stadt“ beigetreten. Im Gründungsaufruf heißt es:

„Die soziale Differenzierung und Spaltung in Deutschland nimmt zu. Mehr denn je geht es darum, das Zusammenleben der Menschen in ihren Nachbarschaften durch städtebaulich, sozial-, bildungs- und arbeitsmarktpolitisch integrierte Maßnahmen zu unterstützen und Konflikte innerhalb der Wohn- und Stadtquartiere friedlich zu bewältigen. Damit nicht immer mehr städtische Wohnquartiere abgleiten und vorhandene soziale Brennpunkte wieder zu funktionierenden Nachbarschaften werden, mobilisiert das Programm „Soziale Stadt“ Menschen und Ressourcen für eine positive Quartiersentwicklung und fördert das Zusammenwirken der verschiedenen Ressorts und Politikbereiche sowie der Akteure aus Zivilgesellschaft und Ökonomie im Interesse der Bürgerinnen und Bürger im konkreten Quartier vor Ort.“

Die Bundesregierung hat gerade beschlossen, das Programm „Soziale Stadt“ abzuwickeln. Neu aufgelegt wird stattdessen das Programm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“. Für dieses Programm sind mit 40 Mio. Euro im Jahr 2012 zwar 11 Mio. Euro mehr als im laufenden Programmjahr für „Soziale Stadt“ vorgesehen, vor dem Hintergrund der erfolgten radikalen Kürzungen von 95 Mio. Euro auf 29 Mio. Euro ist das aber nur ein sehr kleiner Erfolg, der einem massiven breiten Protest zu verdanken ist. Das neue Programm ist auf investive Maßnahmen beschränkt. Damit wird die Erfolgsgarantie des integrierten Programms „Soziale Stadt“, nämlich die Verknüpfung baulich-investiver und sozialer Maßnahmen, endgültig beseitigt. Die soziale Stabilität in den Städten Baden-Württembergs ist in Gefahr, weil Investitionen in Menschen erforderlich sind und nicht nur in Gebäude.

Die Städte Baden-Württembergs sind auch zukünftig bereit, ihren Beitrag für eine nachhaltige Stadtteilentwicklung zu leisten. Sie sind dabei allerdings auf die Unterstützung von Bund und Land angewiesen.

Hoffnungsvoll stimmt es die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung in diesem Zusammenhang, dass die neue Landesregierung von Baden-Württemberg den Erhalt der „Sozialen Stadt“ ausdrücklich zu ihrem Ziel in der Koalitionsvereinbarung erklärt hat. Dort heißt es: „Wir wollen, dass auch der Bund seiner Verantwortung nachkommt. Deshalb werden wir uns auf Bundesebene für die Rücknahme der Kürzungen bei den Stadtentwicklungsprogrammen einsetzen. Insbesondere die Beschränkungen des Programms „Soziale Stadt“ auf rein investive Maßnahmen kritisieren wir, da gerade ein gutes Wohnumfeld wesentlich zur Steigerung der Wohn- und Lebensqualität beiträgt.“

Bleibt es bei der niedrigen Ausstattung des Programms und dem Ausschluss sozial-integrativer Begleitmaßnahmen von Städtebauförderung, so hat das verheerende Auswirkungen für die baden-württembergischen Städte. Notwendige Sachinvestitionen in die Gemeinwesenentwicklung könnten nur noch sehr eingeschränkt getätigt sowie zwingend erforderliche flankierende Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Integration und lokale Arbeitsmarktpolitik nicht mehr fortgeführt werden, was die Lebensqualität und die ohnehin schon ungleichen Lebenschancen der Bewohner/innen weiter verschlechtern würde.

Wir rufen deshalb zur Gründung eines „**Bündnis Soziale Stadt Baden-Württemberg**“ auf. Damit stärken wir gleichzeitig das bundesweite „Bündnis für eine Soziale Stadt“. Treten Sie dem Landesbündnis bei und unterstützen Sie die Forderungen des Deutschen Städtetags an die Bundesregierung, das Programm "Soziale Stadt" wieder auf dem Niveau des Jahres 2010 zu fördern sowie sozial-integrative Begleitmaßnahmen und die Möglichkeit der Querfinanzierung aus anderen Städtebauförderungsprogrammen wieder zu ermöglichen.

Die neue Landesregierung bitten wir um Prüfung, inwieweit derzeitige haushaltstechnische Restriktionen abgeschafft und Modellvorhaben auch über das Kommunale Investitionsprogramm finanziert werden können und inwieweit Flexibilisierungen des Mitteleinsatzes, z.B. in Form von zeitlich befristetem Projektpersonal bei den Kommunen, möglich sind.

Das Landesbündnis möchte

- die Erfolge des Programms „Soziale Stadt“, nämlich wie sozialen Konflikten innerhalb von Nachbarschaften, der sozialen Entmischung sowie der krisenhaften Entwicklung ganzer Wohnquartiere begegnet werden kann und wie Integrationserfolge erzielt und nachhaltig gesichert werden können, mit den Verantwortlichen im Land und Bund diskutieren,
- die Verstetigung von Projekten erreichen,
- an den Überlegungen zu alternativen Fördermöglichkeiten (z.B. ESF-Programme, Stiftungen etc.) für die „Soziale Stadt“-Gebiete mitarbeiten,
- dazu in einen Dialog mit der Bundes- und neuen Landesregierung eintreten und
- sich für die Fortführung des erfolgreichen Programms "Soziale Stadt" in seiner ursprünglichen Konzeption mit Modellvorhaben einsetzen, um damit im Bereich Spracherwerb, Verbesserung von Schul- und Bildungsabschlüssen, Betreuung von Jugendlichen in der Freizeit sowie lokale Ökonomie einen integrativen und sozialen Beitrag für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf zu leisten.

Ansprechpartner:

Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg e.V., www.lag-sozialestadtentwicklung-bw.de

c/o Stadtteilbüro Haslach
Nachbarschaftswerk e.V.
Gerald Lackenberger
Melanchthonweg 9b
79115 Freiburg
gerald.lackenberger@nachbarschaftswerk.de

Pressespiegel


Programm „Soziale Stadt“ auf Prüfstand

Landesarbeitsgemeinschaft „Soziale Stadtentwicklung“ tagte in Bruchsal

Um die „Zukunft der Sozialen Stadt in Baden-Württemberg“ sorgen sich die Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit (LAG). Sie kamen am 2. Dezember zum neunten Netzwerktreffen in Bruchsal zusammen. Ort des Treffens war der Kunsthof Bruchsal, der von der städtischen Musik- und Kunsthochschule betrieben wird. Hier finden einige Projekte statt im Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ und die Teilnehmer konnten unmittelbar sehen, was das Programm bewirkt hat in dem Viertel, in dem der Kunsthof liegt.

Die Stadt Bruchsal hatte dieses Quartier zum Sanierungsgebiet „Soziale Stadt“ erklärt. Die Zukunft vieler Projekte ist akut gefährdet“, sagte der Vorsitzende der LAG Gerald Lackenberger. „Der Bund hat seine Förderung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds massiv gekürzt und erlaubt keine Förderung mehr von nichtinvestiven Maßnahmen.“ Dies sei aber der Erfolgsfaktor gewesen, dass über das seit 1999 existierende Programm Soziale Stadt (SSP) auch inhaltliche und integrative Projekte gefördert werden konnten, obwohl das Programm in erster Linie ein Städtebauförderungsprogramm gewesen sei. SSP habe verschiedene Ressorts miteinander verbunden, wie Gebäudesanierung, soziale Projekte, Integrationsmodelle oder Angebote für mehrere Generationen. Erstmals kämen bei einem LAG-Treffen Referenten

von einem Bundesministerium, von Landesministerien und aus der kommunalen Ebene zusammen, um über die Zukunft der Projekte in der „Sozialen Stadt“ zu beraten. Es waren dies Nicole Graf, Referatsleiterin im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Gerhard Segmiller, Ministerialdirektor im Sozialministerium Baden-Württemberg, Daniel Rousa im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg und Bruchsal Oberbürgermeisterin Cornelia Petzold-Schick. Sie gaben in Referaten Einzelstatements ab und stellten sich dann in einer Podiumsdiskussion auch den Fragen und der Kritik der Zuhörerinnen und Zuhörer.

„Das Programm Soziale Stadt ist in Bruchsal angekommen“, sagte Petzold-Schick. „Viele kleine Projekte haben sich zu einem Netzwerk verbunden im betroffenen Quartier und darüber hinaus. Daniel Rousa rief verstärkt Fachförderprogramme zu nutzen, um bisherige Projekte fortzuführen. Dazu bedürfte es aber einer Koordinierungs- und Beratungsinstanz, wie Zuhörer vorschlugen. Gerhard Segmiller warb für ein „innerministerielles Programm“, das die Quartiere als integrative Sozialräume sehe, die nicht einem bestimmten Ressort zuzuordnen seien. Die Bedeutung des SSP unterstrich Nicole Graf. „Hier verknüpfen wir Arbeitsmarktförderung mit städtebaulichen Maßnahmen und integrativen Entwicklungskonzepten“, sagte sie. 

Amtsblatt der Stadt Bruchsal am 08.12.2011

Zukunft der „Sozialen Stadt“

Bruchsal (art). Um die „Zukunft der Sozialen Stadt in Baden-Württemberg“ sorgen sich die Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit (LAG). Sie kamen zu ihrem neunten Netzwerktreffen in Bruchsal zusammen. Ort des Treffens war passenderweise der Kunsthof Bruchsal, der von der städtischen Musik- und Kunsthochschule betrieben wird. Dort finden einige Projekte im Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ statt.

„Die Zukunft vieler Projekte ist akut gefährdet“, sagte der Vorsitzende der LAG Gerald Lackenberger. „Der Bund hat seine Förderung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds massiv gekürzt und erlaubt keine Förderung mehr von nichtinvestiven Maßnahmen.“ Dies sei aber der Erfolgsfaktor gewesen, dass über das seit 1999 existierende Programm Soziale Stadt (SSP) auch inhaltliche und integrative Projekte gefördert werden konnten, obwohl das Programm in erster Linie ein Städtebauförderungsprogramm gewesen sei. SSP verbinde verschiedene Ressorts miteinander, wie Gebäudesanierung, soziale Projekte, Integrationsmodelle oder Angebote für mehrere Generationen.

Erstmals kamen bei einem LAG-Treffen Referenten von einem Bundesministerium, von Landesministerien und aus den Kommunen zusammen. Es waren Nicole Graf, Referatsleiterin im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Gerhard Segmiller, Ministerialdirektor im Sozialministerium Baden-Württemberg, Daniel Rousa im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg und Bruchsal Oberbürgermeisterin Cornelia Petzold-Schick.

Badische Neueste Nachrichten
am 07.12.2011

Teilnehmende, 9. Netzwerktreffen, 02.12.2011 Bruchsal

Abler, Andreas, kath. Stadtteil- und Familienzentrum am Mühlbach
info@sfzammuehlbach.de, 0781 - 63 91 88 11

Ackermann, Jörg, Stadt Mannheim, Fachbereich Städtebau, Projektleiter
Joerg.ackermann@mannheim.de, 0621 – 29 37 904

Aichelin, Rebecca, Studentin, Master Soziale Arbeit
msraven@gmx.de, 0176 - 204 766 02

Back, Clemens, Dr., LAG, K.I.O.S.K. e.V., Quartiersarbeiter
stadtteilarbeit@rieselfeld.org, 0761 - 76 79 562

Bagci-Demirhol, Arife, Esslinger Wohnungsbau GmbH, Gemeinwesenarbeit ES-Brühl
a.bagci@ewb-es.de, 0711 - 882 404 01

Bitzan, Maria, Prof. Dr., HS Esslingen, Fakultät SAGP Soziale Arbeit Gesundheit und Pflege
maria.bitzan@hs-esslingen.de, 0711 - 39 74 590

Böhlen, Beate, MdL, Fraktion Die Grünen, Sprecherin für Bauen & Wohnen
beate.boehlen@gruene.landtag-bw.de, 0711 - 20 63 633

Böhm, Susanne, Landeshauptstadt Stuttgart, Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung
susanne.boehm@stuttgart.de, 0711 - 21 67 871

Borgwardt, Annegret, Stadtverwaltung Ludwigshafen, Projektleiterin
annegret.borgwardt@ludwigshafen.de, 0621 - 50 42 997

Bormann, Bernhard, Stadtteilkordinator Oststadt
stadtteilbuero@stadtteil-ost.de, 07171 - 10 49 084

Brzezinski, Steffen, LAG, KH-Freiburg, Student
steffen.brzezinski@gmail.com

Dolp, Hermine, Diakonie Mannheim, Projekt Rainweidenstraße
rainweidenstrasse@diakonie-mannheim.de, 0621 - 31 87 738

Ehrler, Eva, Stadt Karlsruhe, Stadtplanungsamt Bereich Generalplanung und Sanierung
eva.ehrler@stpla.karlsruhe.de, 0721 - 13 31 835

Eisenhauer, Martin, PLV, Stadtamtsrat
martin.eisenhauer@stadt-pforzheim.de, 07231 - 39 21 97

Emer, Karl, Caritasverband Heidelberg, Fachbereichsleiter
karl.emer@caritas-heidelberg.de, 06221 - 33 03 20

Euing, Maria, Stadtverwaltung Kehl, Gebäudemanagement
m.euing@stadt-kehl.de, 07851 - 88 13 18

Fries, Sven, Dr., Büro Stadtberatung Dr. Sven Fries, Geschäftsführung, Projektmanagement
sven.fries@stadtberatung.info, 0711 - 30 09 09 41

Fritz, Michael, LAG, Stadt Karlsruhe, Dezernat 6
michael.fritz@dez6.karlsruhe.de, 0721 - 13 31 063

Fulda, Christian, Stadt Karlsruhe, Amt für Stadtentwicklung
christian.fulda@afsta.karlsruhe.de, 0721 - 13 31 860

Gärtner, Johanna, Stadt Aachen, Amtsleiterin
johanna.gaertner@aalen.de, 07361 - 52 12 47

Gärtner, Bernd, Caritasverband Bruchsal e.V., Bereichsleiter Jugend, Familie und Arbeit
bernd.gaertner@caritas-bruchsal.de, 07251 - 80 08 22

Gaspar, Sajma, Edukatives Ethno Zentrum Karlsruhe e.V., 1. Vorsitzende
gaspar.ethno@yahoo.de, 0176 - 412 574 77

Gohl, Dieter, Stadt Bruchsal, Stadtplanungsamt
dieter.gohl@bruchsal.de, 07251 - 79 467

Graf, Nicole, BM für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Leiterin Referat Soziale Stadt
buerginfo@bmvs.bund.de, 030 - 18 30 0

Hahn, Joachim, Stadt Heidelberg, Amtsleiter
stadtentwicklung@heidelberg.de, 06221 - 58 21 500

Hasselbach, Klaus, Diakonisches Werk Mannheim, Quartiersmanagement
hochstaett@diakonie-mannheim.de, 0621 - 49 60 534

Hauschild, Stefan, Diakonisches Werk Mannheim, Quartiersmanagement
hochstaett@diakonie-mannheim.de, 0621 - 49 60 535

Helmle, Anna-Maria Magdalena, Studentin, Master Soziale Arbeit in Esslingen
Amma-naria2@web.de

Hillebrandt, Andreas, Kath. Stadtteil- und Familienzentrum am Mühlbach, Leitung
ltg@sfzammuehlbach.de, 0781 - 63 91 88 15

Hoffmann, Peter, LAG, Stadt Heidelberg, Stabsstelle Koordinierungsstelle Emmertsgrund
peter.hoffmann@heidelberg.de, 06221 - 58 21 563

Hollek, Gaby, Esslinger Wohnungsbau GmbH, Soziales Management
g.hollek@ewb-es.de, 0711 - 931 884 24

Hug, Volker, Mieterbeirat Freiburger Stadtbau, Vorsitzender
v.hug@arcor.de, 0761 - 28 59 278

Igel, Ursula, Diakonisches Werk Mannheim, Abteilungsleitung
igel@diakonie-mannheim.de, 0621 - 280 003 30

Ilse, Ann Kareen, Studentin
annkareenilse@gmx.de, 0176 - 610 838 45

Kallfaß, Sigrid, Prof. Dr., HS Ravensburg-Weingarten, Steinbeis-Zentren Sozialplanung
sozialplan@t-online.de, 07532 - 75 39

Keller, Albrecht, LAG, Kommunalentwicklung, Sanierung und Projektmanagement
albrecht.keller@lbbw-im.de, 0711 - 64 54 158

Kothmeier, Rudolf, Stadt Offenburg, Fachbereich Bauservice
rudolf.kothmeier@offenburg.de, 0781 - 82 22 74

- Lackenberger, Gerald**, LAG, Nachbarschaftswerk e.V., Stadtteilbüro Haslach Leitung
gerald.lackenberger@nachbarschaftswerk.de, 0761 - 76 79 005
- Lapp, Michael**, Diakonieverein im Diakonischen Werk Mannheim, Quartiersmanagement
gum-herzogenried@diakonie-mannheim.de, 0621 - 30 09 809
- Lehmann, Dieter**, Stadt Schwäbisch Gmünd, Amt für Familie und Soziales, Amtsleitung
dieter.lehmann@schwaebisch-gmuend.de, 07171 - 60 35 010
- Leykamm, Barbara**, Landesgesundheitsamt, Regierungsdirektorin
barbara.leykamm@rps.bwl.de, 0711 - 90 43 94 10
- Maier, Reinhard**, PLV, Stadtoberbaurat
reinhard.maier@stadt-pforzheim.de, 07231 - 39 22 85
- Mannhart, Ulrike**, Dipl.Ing., Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, Stuttgart,
poststelle@mfw.bwl.de, 0711 - 27 90
- Mathis, Johann**, Wohnstätten Sindelfingen, Soziales Management
mathis@wohnstaetten-sindelfingen.de, 07031 - 61 09 58
- May, Andreas**, Stadt Lahr - Bürgerzentrum K2, Gemeinwesenarbeit Lahr-West
k2buergerzentrum@web.de, 07821 - 940 86
- Merath, Christine**, Wüstenrot Haus-u. Städtebau Ludwigsburg, Projektleiterin
christine.merath@wuestenrot.de, 07141 - 14 93 04
- Meßmer, Manfred**, Stadt Freiburg, Dezernat III, Sozialplanung
manfred.messmer@stadt-freiburg.de 0761 - 20 13 50
- Mohn, Wolfgang**, Caritasverband Rottenburg-Stuttgart e.V., Referent
mohn@caritas-dicvrs.de, 0711 263 314 21
- Mössner, Heike**, Landeshauptstadt Stuttgart, Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung
heike.moessner@stuttgart.de, 0711 - 21 66 441
- Murphy, Thomas**, GBE Pforzheim, Betriebsleitung
thomas.murphy@stadt-pforzheim.de, 07231 - 39 34 17
- Naumann, Tom**, Kunsthof Bruchsal, Bereichsleitung Kunsthochschule
mail@muks-bruchsal.de, 07251 - 30 00 70
- Noack, Carsten**, Stadtteilmanagement Emmertsgrund TES e.V., Leiter Stadtteilmanagement
noack@emmertsgrund.de, 06221 - 13 94 016
- Nuß, Sophia**, Studentin, Soziale Arbeit Esslingen
sophia.nuss@gmx.de
- Oßwald, Albert**, Sanierungstreuhand Ulm GmbH, Gebietsbetreuer
sekretariat@san-ulm.de, 0731 - 15 38 629
- Petzold-Schick, Cornelia**, Stadt Bruchsal, Oberbürgermeisterin
cornelia@petzold-schick.de
- Podhajsky, Ulrike**, Ravensburg Nordstadt, Quartiermanagement
podhajsky@diakonie-rv.de, 0751 - 36 36 101

Reich, Sabine, MGH Mannheim, Der Paritätische BW, Geschäftsführerin
reich@paritaet-ma.de, 0621 - 33 83 724

Rousta, Daniel, Ministerium für Finanzen und Wirtschaft BW, Ministerialdirektor
poststelle@mfw.bwl.de, 0711 - 27 90

Rühle, Eva, LAG, Sozial- und Jugendbehörde Karlsruhe, Sozialer Dienst Mitte-Süd
sjb@karlsruhe.de, 0721 - 13 35 415

Sarenkapa, Bojana, ILB e.V., 1. Vorsitzende
ilbev@t-online.de, 0721 - 61 30 61

Schäfer, Peter, Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Stuttgart, Ldt. Ministerialrat
poststelle@mfw.bwl.de, 0711 - 27 90

Schmidt-Rohr, Jörg, Verein zur beruflichen Integration und Qualifizierung (Vbi) e.V.
Vorstand des Trägervereins Stadtteilmanagement Emmertsgrund Heidelberg
j.schmidt-rohr@vbi-heidelberg.de, 06221 - 97 03 27

Segmiller, Gerhard, Sozialministerium BW, Ministerialdirigent
poststelle@sm.bwl.de, 0711 - 12 30

Silberborth, Gabi, LAG, AWO Nordschwarzwald, Familienzentrum Ost
awo-fzost-silberborth@t-online.de, 07231 - 15 45 600

Smolik, Simone, Stadt Karlsruhe, Lokale Koordinierungsstelle STÄRKEN vor Ort
Simone.Smolik@sjb.karlsruhe.de, 0721 - 13 35 410

Steen, Rainer, Gesundheitsamt Rhein-Neckar-Kreis, Referatsleiter
rainer.steen@rhein-neckar-kreis.de, 06221 - 52 21 827

Steffen, Gabriele, Weeber+Partner, Stuttgart, Institut für Stadtplanung und Sozialforschung
wpstuttgart@weeberpartner.de, 0711 - 62 00 93 60

Steinhart, Gerhard, Forum Weingarten 2000, Soziale Stadt Weingarten West
info@forum-weingarten-2000.de, 0761 - 46 611

Stöbener, Andre Paul, Diakonisches Werk der Evangelischen Landeskirche in Baden e.V.
stoebener@diakonie-baden.de, 0721 - 93 49 228

Strunk, Andreas, Prof. Dr., GISA mbH, Gesellschafter
prof.strunk@t-online.de, 07153 - 93 79 53

Teubl, Alexander, Caritasverband Bruchsal e.V., Fachbereich Arbeit AGH
alexander.teubl@caritas-bruchsal.de, 07251 - 80 08 23

Vienken, Elke, LAG, Sozillagenbezogene Gesundheitsförderung,
vienken@gf-ka.de, 0721 - 78 20 105

Vivaldi, Natalie, Stadt Esslingen am Neckar, Praktikantin Amt für Sozialwesen
praktikant_50-112@esslingen.de

Voß, Kristin, Stadtteilmanagement Emmertsgrund TES e.V., Stadtteilmanagement
voss@emmertsgrund.de, 06221 - 13 94 016

Wagner, Angela, Sanierungstreuhand Ulm GmbH, Geschäftsführerin
sekretariat@san-ulm.de, 0731 - 15 38 620

Winkels, Peter, Stadt Offenburg, Fachbereich Bauservice BürgerBüroBauen
peter.winkels@offenburg.de, 0781 - 82 26 05

Wolf, Eberhart, Regierungspräsidium Karlsruhe, Regierungsdirektor
Eberhard.Wolf@rpk.bwl.de, 0721 - 92 67 502

Wolfer, Klaus, Stadt Esslingen, Leiter Kommunaler Sozialdienst
klaus.wolfer@esslingen.de, 0711 - 351 224 47

Zingler, Rainer, Stadt Mannheim Fachbereich Städtebau
rainer.zingler@mannheim.de, 0621 - 29 37 859

Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt in den Verein „Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg e.V.“

Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und
Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg e.V.
c/o Stadt Karlsruhe
Dezernat 6
z.Hd. Michael Fritz
Rathaus am Marktplatz
76124 Karlsruhe
Tel.: 0721 133-1063
Fax: 0721 133-1069
E-Mail: Michael.Fritz@dez6.karlsruhe.de
www.lag-sozialestadtentwicklung-bw.de

Kontaktdaten: Institution:

Name, Vorname:

Anschrift:

Telefon:

E-Mail:

Status: Ich bin / wir sind:

- Privatperson (Beitrag 20 € pro Jahr)
- Regionales Netzwerk / Arbeitsgemeinschaft (Beitrag 60 € pro Jahr)
- Juristische Person (Beitrag 100 € pro Jahr)

Beitrag: Ich werde / Wir werden den Beitrag für das jeweilige Mitgliedsjahr jährlich bis zum 31. Januar auf das unten genannte Konto der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg überweisen.

Bankverbindung: Konto-Nr. 571 036 007 | BLZ 600 907 00 (Südwestbank)

Ort & Datum:

Unterschrift:

